

Keyifli Okumalar Dileriz

Binlerce kategoride milyonlarca PDF e-kitap, ders kitapları, dergiler ve romanlara platformumuz üzerinden ücretsiz ulaşabilirsiniz.

RESMİ WEB SİTEMİZ

<https://rantey.org>

Yedek ve Duyuru Kanallarımız

Sitemize erişim engeli gelmesi veya adres değişikliği durumunda aşağıdaki kanallardan güncel giriş adresine erişebilirsiniz:

- Telegram: <https://t.me/birkitapbir>
- WhatsApp Kanalımız : <https://whatsapp.com/channel/0029VbDHv8uE50Us4lvMoc0Y>

ZEIT Geschichte

Epochen. Menschen. Ideen

**Revolution in Russland,
Kriegseintritt der USA:
Ein Jahr, das die Welt verändert**

1917



Schlacht im Atlantik
Deutsche U-Boote sollen
den Weltkrieg entscheiden

Sturz des Zaren
Eine Hungerrevolte beendet
die Romanow-Dynastie

Aufstand in der Wüste
Lawrence von Arabien
kämpft gegen die Osmanen

KLASSIK GENIESSEN

GESCHICHTE ERLEBEN

★★★★★

Wunderschöne Sammlung für's private Archiv

Wir sind begeistert von dieser Epochen übergreifenden Sammlung klassischer Symphonien. Das Begleitbuch ist [...] eine sehr gute Ergänzung zur CD-Sammlung. Eine ideale Anregung für Mußestunden! Susanne Röthenbacher

»KLASSIK, DIE GESCHICHTE SCHREIBT«

Genießen Sie auf 15 CDs große Werke der klassischen Musik vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, und erleben Sie eine neuartige Verbindung von Klassik und Geschichte! Das ausführliche ZEIT-Begleitbuch lässt den historischen Hintergrund der Werke lebendig werden und schlägt eine faszinierende Brücke zwischen Klassik und Weltgeschichte. Ein individueller Download-Code ermöglicht Ihnen auch unterwegs einen erstklassigen Hörgenuss.

So haben Sie klassische Musik noch nie erlebt!

Sichern Sie sich jetzt diese außergewöhnliche Edition unter shop.zeit.de/klassik

Bestell-Nr.: 30883 · Werbecode: KG 4942

* zzgl. 4,95 € Versandkosten | Anbieter: Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, Hamburg

**15 CDs,
Begleitbuch +
Download-Code
nur 99,95 €*¹**





Statt Blumen

Im Oktober 1917 treibt Lenin die Bolschewiki zur Revolution; die ersten US-Soldaten beziehen ihre Stellungen an der Westfront. Und in Magerstadt irgendwo in Deutschland trauert eine Familie Hunger um den Kollegen Brotlaib. Ihren Kummer teilt sie durch eine Anzeige mit, in wohlgesetzten Worten, drum herum ein schwarzer Rahmen. Einen solchen Rahmen haben die Deutschen seit Kriegsbeginn schon tausendfach in den Zeitungen gesehen – für ihre Männer, Väter und Söhne, die an der Front starben. Diese Anzeige aber, die als Postkarte verschickt wurde, ist ein Scherz. Ein Versuch, der Not mit Humor zu begegnen. Denn Magerstadt liegt überall in Deutschland, Familie Hunger wohnt in jeder größeren Stadt. **FLO**



EISENWRACK: Ein von Deutschen erbeuteter Panzer an der Westfront. 1917 erstarrt der Krieg – doch die Welt gerät in Bewegung

1917, die Weltenwende

Warum ausgerechnet 1917? Für die Menschen in Europa endet das Jahr, wie es begonnen hat: mit Krieg, Hunger, Entbehrung. Und doch tickt die Welt nun anders. Manche Zeitgenossen sind überzeugt, grundstürzende Veränderungen zu erleben, den Anbruch einer neuen Epoche. Es ist, als lüfte das 20. Jahrhundert seinen Vorhang – nur eine Handbreit, aber weit genug, um die Konturen einer neuen Welt zu erspähen.

Stellt man sich die Geschichte als gleichmäßigen Lauf der Ereignisse vor, legt sie 1917 einen Sprint ein. Zwei Premieren wirbeln die große Politik mitten im Ersten Weltkrieg durcheinander: Die USA mischen sich erstmals in einen europäischen Konflikt ein; der schlafende Riese erwacht und schwingt sich zur Schutzmacht der Demokratie auf. Auch der künftige Kontrahent betritt die Bühne: Auf den Trümmern des russischen Zarenreichs errichten die Bolschewiki das erste kommunistische Regime. Damit sind die Weichen für die Rivalität der beiden Mächte gestellt. Über Jahrhunderte war Europa die Mitte der Welt, bis die politische Landkarte 1917 neu gefaltet wird – eine Weltenwende.

Auch im deutschen Kaiserreich, im Nahen Osten oder auf den Schlachtfeldern des Krieges sind die Vorboten einer neuen Zeit erkennbar. Die Autoren dieses Heftes porträtieren ein dynamisches Jahr voller Auf- und Umbrüche, ein Jahr, das seiner Zukunft viel näher ist als der Vergangenheit. Doch die Beiträge zeigen

noch etwas anderes. Es lohnt sich, einen Moment darüber nachzudenken, dass »Epochen« eine Erfindung von Historikern sind, ein teleologischer Trick, um der Erzählung Anfang und Ende zu geben. Darin liegt eine Gefahr: Wer die Geschichte zu sehr vom Ende her denkt, übersieht leicht, wie offen sie ist.

In diesem Heft wird deutlich, dass es nicht zuletzt Persönlichkeiten wie Wilson oder Lenin sind, die das Epochenjahr prägen – ebenso wie Zufälle, Irrtümer und unbedachte Folgen des Handelns. So wollen die Deutschen mit ihren U-Booten den Krieg gewinnen – und besiegeln dadurch ihre Niederlage. Auch der Plan, Lenin als Aufwiegler nach Russland zu schleusen, fällt der deutschen Monarchie am Ende auf die Füße: Er bringt die verhasste Revolution ins eigene Land. 1917 ist auch ein Jahr der historischen Paradoxien.

Und heute? Wieder ein Epochenjahr, sagt der Historiker Adam Tooze: 1917 streben die USA missionarisch in die Welt, 100 Jahre später lautet die Parole »*America first*«, Rückzug in die Wagenburg. Das »Amerikanische Jahrhundert« – begründet von Wilson, beerdigt von Trump. Anfang und Ende. Doch der alte »Weltpolizist« meldet sich plötzlich mit einem Angriff auf Syrien zurück. Die Geschichte ist zu launisch, um ins Drehbuch der ganz großen Erzählung zu passen. Das gilt auch für 1917: Etwas Neues beginnt, aber wohin es führt? Diese Frage ist bis heute offen.

FRANK WERNER
Chefredakteur



2/17 INHALT

- 3 Fundstück**
- 6 Der Krieg steht still**
Seltene Farbfotos aus dem Ersten Weltkrieg
- 14 Der globale Moment**
1917 entsteht eine neue Welt. Die Dynamik dieses Jahres fegt das 19. Jahrhundert hinweg
Von Jörn Leonhard
- 22 Von Akaba bis Ypern**
Karte: Die Fronten in Europa und im Nahen Osten
- 24 Lenin und Wilson**
Zwei Weltveränderer: Der eine führt Russland in die Revolution, der andere die USA in den Krieg
Von Manfred Hildermeier und Manfred Berg
- 30 Unkraut als Gemüse**
Im Hungerwinter herrscht Mangel an der »Heimatfront«
Von Gesa Snell
- 34 Das kurze Jahr der Freiheit**
Hatte die Demokratie in Russland nach der Februarrevolution eine Chance?
Von Leonid Luks
- 40 Volles Risiko**
Im U-Boot-Krieg pokert Deutschland hoch – und verliert
Von Sven Oliver Müller
- 44 »Lafayette, here we come!«**
Warum die USA ihre Neutralität aufgeben und in den Krieg eintreten
Von Ronald D. Gerste
- 50 Des Kaisers Bolschewik**
Deutschland schleust Lenin nach Petrograd. Eine Zugfahrt mit Folgen
Von Jan Kusber
- 52 »Den Mann soll ich entlassen?«**
Reichstag und Heeresleitung ringen um die Macht – der Kanzler stürzt
Von Volker Ullrich
- 58 Wann wir schreiten tief entzweit**
Mit der Gründung der USPD spaltet sich die deutsche Arbeiterbewegung
Von Peter Brandt
- 62 Die Kriegsmüden**
Nichts geht mehr: An der Westfront scheitern die großen Offensiven
Von Benjamin Ziemann
- 66 Agentin Morgenrot**
Mata Hari verführt als Nackttänzerin und stirbt als Spionin
Von Louisa Reichstetter
- 68 Angriff aus der Wüste**
Lawrence von Arabien und die britische Eroberung des Nahen Ostens
Von Markus Flohr
- 74 Wilson wird uns helfen**
Der amerikanische Präsident wird zur Hoffnungsgestalt in den Kolonien
Von Judith Scholter
- 76 Gegen Bestien und Barbaren**
Wie Alliierte und Mittelmächte den Film als Propagandawaffe entdecken
Von Ralf Zerback
- 80 Der Weg zur roten Revolution**
Im Oktober 1917 putschen sich die Bolschewiki in Russland an die Macht
Von Klaus Latzel
- 88 Feindschaft voraus**
Demokratie oder Bolschewismus? Der Kalte Krieg beginnt mit Wilson und Lenin
Von Bernd Stöver
- 92 Die Farben des Krieges**
1917 finden Piet Mondrian und Wassily Kandinsky zu ihrem Stil
Von Karoline Kuhla
- 96 »Die Demokratie wird es schwer haben«**
Endet das »Amerikanische Jahrhundert« mit Donald Trump? Fragen an den Historiker Volker Berghahn
- 102 Der gefährliche Lenin**
Putin und die Geister der Geschichte: Wie Russland seiner Revolutionen gedenkt
Von Michael Thumann
- 108 Chronik**
- 110 Bücher**
- 111 Bildnachweise / Impressum**
- 113 Zugabe**
- 114 Vorschau**



Mangelware

Brot aus Birkenspänen, Hosen aus Papier:
Vier Objekte erzählen von der Not im Alltag.
Seite 33, 61, 79 und 95

➤ Weitere Texte im Internet:
www.zeit.de/zeit-geschichte

TITEL: Lenin im Jahr 1920, Uncle-Sam-Plakat
»I want you for U.S. Army« von 1917, britischer
Panzer 1917 (Montage)



Der Krieg steht still

Im Ersten Weltkrieg entstehen erstmals Farbfotos von der Front.
Sie bringen uns die Welt vor 100 Jahren nahe – und wirken doch seltsam fremd.
Die Fotografen müssen die Dia-Platten extrem
lange belichten: Ihre Bilder scheinen die Zeit einzufrieren



AM ABGRUND

Vor Beginn der
Schlacht bei Messines
in Flandern graben
britische Mineure Stollen
unter deutsche
Stellungen und legen
Sprengladungen aus.

In der Nacht auf
den 7. Juni 1917 werden
die Minen gezündet.

Durch die
19 Explosionen sterben
bis zu 10000
deutsche Soldaten, es
entstehen riesige Krater.

Dieser hat einen
Durchmesser
von 116 Metern und
ist 45 Meter tief

NACH DER SCHLACHT

Leichenträger der
13. Australischen
Feldambulanz halten inne
und blicken in die Kamera.
Sie bringen die Toten
hinter die Front.

Das Foto entsteht im
Oktober 1917 auf einem
Verbandsplatz
nahe Ypern in Belgien.

Erst einen Monat
später enden die Kämpfe,
die als Flandernschlacht
in die Geschichte eingehen









VOR DEM START

In Billancourt bei Paris montieren Arbeiter im Juli 1917 die Tragflächen von Doppeldeckern, die bereits mit den französischen Hoheitszeichen versehen sind. In der Fertigungshalle des Herstellers Farman wird noch echte Handarbeit geleistet. Der Luftkrieg gewinnt an Bedeutung, Kriegsflugzeuge werden in Serie gefertigt und technisch immer weiterentwickelt – aber das Fliegen bleibt ein Wagnis

DES KRIEGES MÜDE

Ein französischer Soldat
sitzt im April 1917 mit ein
paar Habseligkeiten auf
der Place Royale in Reims.

Große Teile der
Frontstadt haben die
Deutschen bereits zerstört.

Die melancholische
Stimmung der Aufnahme
lässt die allgemeine
Erschöpfung nach fast drei
Jahren Krieg erahnen





Der globale Moment

1917, ein paradoxes Jahr.
Europas Mächte sind ausgelaugt,
die Fronten erstarrt.
Doch der Kriegseintritt der USA und die
Revolution in Russland entfachen
eine Dynamik, die das 19. Jahrhundert
hinwegfegen wird

VON JÖRN LEONHARD



S

ilvester 1916 hoffte der Heidelberger Geschichtsprofessor Karl Hampe auf Frieden. Nach Verdun und den anderen verlustreichen Schlachten des Jahres und angesichts der erkennbaren Erschöpfung aller Kriegsparteien fiel es schwer, sich für 1917 etwas anderes vorzustellen: »Man hält doch, auch wenn man wie ich zunächst die Friedensaussichten sehr gering einschätzt, für sehr wahrscheinlich, dass das kommende Jahr uns dem Frieden zuführen wird.« Das sollte in gewisser Weise zutreffen – und auch wieder nicht. Denn 1917 zeichnete sich tatsächlich ein Ende des Krieges im Osten Europas ab. Doch der Krieg war damit noch lange nicht beendet, im Gegenteil: Erst durch den Eintritt der USA am 6. April wurde aus dem europäischen Konflikt endgültig ein Weltkrieg. Das neue Jahr sollte zeigen, wie paradox nah beieinander die Initiativen für einen Frieden und die Ausweitung und Intensivierung des Krieges lagen.

Ein Jahr nach Hampes Ausblick, Ende 1917, konnte sich kaum ein Zeitgenosse des Eindrucks erwehren, dass er Zeuge einer ungeheuren Beschleunigung des Krieges und epochaler politischer Umbrüche geworden war. Der deutsche Diplomat und Kunstmäzen Harry Graf Kessler vermerkte am 31. Dezember 1917 in seinem Tagebuch, das vergangene Jahr habe den »größten Umschwung in der Weltlage gesehen«, den in diesem Ausmaß niemand erwartet habe. Mit der »russischen Revolution, dem russischen Frieden und der Einmischung Amerikas in Europa« sei es »eines der denkwürdigen Jahre der Weltgeschichte«.

Achtzig Jahre später nennt der französische Historiker Jean-Jacques Becker 1917 *l'année impossible*, das »unmögliche Jahr«. Unmöglich, weil propagierte Kriegsziele und vorhandene Ressourcen immer weiter auseinanderfielen und die Kriegsstaaten immer mehr zu fragilen Erschöpfungs- und Durchhaltengesellschaften mutierten. Die Industrialisierung des Krieges, die militärischen Krisen in den Materialschlachten und die ungeheuren Opferzahlen erzwangen 1917 neue Antworten: im Luftkrieg, in der Ausweitung des U-Boot-Krieges sowie in der Entwicklung moderner Panzer, die auf alliierter Seite zum ersten Mal massenhaft eingesetzt wurden, um den Stellungskrieg zu überwinden.

Die Abnutzungsstrategien von 1916, die keine Durchbrüche gebracht, aber hohe Opfer verlangt und auf allen Seiten die Erwartung eines baldigen Endes des Krieges verstärkt hatten, wurden 1917 nicht fortgesetzt. Auf deutscher Seite gab die Oberste Heeresleitung (OHL) mit dem Rückzug auf die sogenannte Siegfriedstellung an der Westfront die Doktrin auf, ein einmal erobertes Gebiet unter allen Umständen zu halten. Erich Ludendorff, der kühle Architekt des Krieges und seit Sommer 1916 mit Paul von Hindenburg Chef der OHL, passte sich mit räumlich tief gestaffelten Verteidigungsstellungen, neuen infantenistischen Taktiken und dem Einsatz flexibler Sturmtruppen an die Realität des Schlachtfeldes im Westen an. Dies war nicht mehr der Krieg vom Sommer 1914, sondern der Krieg des 20. Jahrhunderts.

Gleichzeitig suchten beide Seiten nach neuen Allianzen und Verbündeten. So weitete sich der Konflikt 1917 noch einmal aus. Nicht nur die Vereinigten Staaten, auch Griechenland, China

STAHLHELM

Schutzlos sind die
Soldaten des
Ersten Weltkriegs
zunächst den
Wirkungen neuer
Waffen wie Artillerie
und Maschinenge-
wehr ausgesetzt.
Erst 1915 rüsten
die Kriegsparteien sie
nach und nach mit
Stahlhelmen aus,
die Granatsplitter
abhalten sollen. Links
ist ein Helm der
US-Armee zu sehen,
eine Abwandlung des
britischen Modells



oder Brasilien erklärten dem Deutschen Reich den Krieg. Und beide Kriegsparteien versuchten, die alten kontinentaleuropäischen Imperien der jeweils anderen Seite – das Zarenreich, die Habsburgermonarchie und das Osmanische Reich – von innen her zu zersetzen, indem Sezessionsbewegungen oder politische Oppositionsgruppen gefördert wurden. In diese Logik gehört die von den Briten unterstützte Rebellion der Araber gegen die osmanische Herrschaft im Nahen Osten, aber eben auch die vom Deutschen Reich ermöglichte und finanzierte Zugreise Lenins nach Petrograd im Frühjahr 1917.

Zugleich offenbarte dieses Jahr, wie es um den Zusammenhalt der Kriegsgesellschaften im Zeichen der militärischen Krise und der inneren Erschöpfung bestellt war. Unübersehbar wurde die Belastbarkeit der politischen Systeme 1917 auf die Probe gestellt. Die Versorgungskrise spitzte sich zu, und sie konnte jederzeit in eine Vertrauens- und Legitimationskrise umschlagen. Damit stellte sich die Frage nach dem Verhältnis von erbrachten Kriegsoffern und politischen Teilhabeverprechen neu. Es war insofern kein Zufall, dass sich in Deutschland gerade jetzt die Diskussion um das zukünftige Wahlrecht intensivierte. Aufmerksam registrierte Max Weber 1917, dass die in allen Bevölkerungsschichten gemachte Erfahrung, sich für den Krieg aufzuopfern, eine Rückkehr hinter das allgemeine und gleiche Wahlrecht unmöglich mache.

So gesehen wurde politische Gleichberechtigung, anders als von ihren Fürsprechern gedacht, nicht als universell gültiges Menschen- und Bürgerrecht eingeklagt, sondern als Kompensation für den Krieg. Nicht wenige stimmte dies skeptisch. Als sich Ende 1917 der von US-Präsident Woodrow Wilson verkörperte Zusammenhang zwischen Friedensordnung und weltweiter Demokratie abzeichnete, da reagierte etwa Thomas Mann zurückhaltend. Der deutsche Schriftsteller wies auf ein Grundproblem der Friedenssondierungen im Namen der Moral hin: »Wir Menschen sollten uns nicht allzu viel Moral einbilden. Wenn wir zum Weltfrieden [...] gelangen – auf dem Wege der Moral werden wir nicht zu ihm gelangt sein. Scheidemann sagte neulich, die Demokratie werde auf Grund der allgemeinen Erschöpfung reißende Fortschritte machen. Das ist nicht sehr ehrenvoll für die Demokratie – und für die Menschheit auch nicht. Denn die Moral aus Erschöpfung ist keine so recht erbauliche Moral.«

Wie brisant die Frage nach der Verteilung der Kriegslasten war, zeigte sich gleich zu Beginn des Jahres 1917 in Frankreich. Hier erwarteten die Soldaten von der großen Offensive an der Westfront im Frühjahr 1917, dass der Krieg durch eine letzte große Anstrengung endlich entschieden werde. Aber als die Nivelle-Offensive unter hohen Verlusten scheiterte, schlugen Enttäuschung und Desillusionierung in offenen Widerstand um. In mehr als 60 französischen Divisionen kam es im Mai und Juni 1917 zu Meutereien. Anders als zuvor schlossen sich in der Heimat Tausende von Arbeitern – vor allem Frauen – an und organisierten Streiks. Es war aber weder radikaler Pazifismus noch sozialistische Infiltration, was die Soldaten und Arbeiter motivierte. Vielmehr forderten sie faire, würdige Bedingungen, um den Krieg gegen den deutschen Angreifer fortzusetzen.

Während sich die französischen Soldaten, Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Werte ihrer Republik beriefen, stellten die städtischen Massen in Russland die überkommene Ordnung des Zarenreichs infrage, als sich Anfang 1917 die Kombination aus militärischen Niederlagen und innerer Erschöpfung zuspitzte. Nikolaus II., der im Sommer 1914 für einen Moment noch einmal die Einheit des Zarenreichs symbolisiert hatte, wurde im Februar gestürzt. Das Ende einer jahrhundertalten Monarchie und die Ermordung des Zaren und seiner Familie 17 Monate später mussten auf die Zeitgenossen wie ein Menetekel wirken: Jetzt zeigte sich, welche Sprengkraft der Krieg nach innen entfaltete. Die Mobilisierung aller Ressourcen und die Frage nach der gerechten Lastenverteilung setzten die politischen Systeme unter Druck und legten die Sollbruchstellen offen.

In Russland war dieser Prozess besonders dramatisch, weil es der im Februar 1917 etablierten bürgerlichen Regierung nicht gelang, das Land zu stabilisieren, sodass die erste eine zweite Revolution im Oktober nach sich zog, die Ende 1917 in einen Bürgerkrieg mündete. Zwischen den Revolutionen spielte es den Bolschewiki um den im April 1917 nach Russland eingeschleusten Wladimir Iljitsch Lenin in die Karten, dass die Provisorische Regierung unter Alexander Kerenski den Krieg mit den Alliierten fortsetzte. Mit dem Versprechen von Frieden, Brot und Land appellierten die Bolschewiki an die Soldaten an der Front, die Arbeiter in den Fabriken und die Bauern, die noch immer vergeblich auf eine Lösung der Landfrage warteten. Nach dem

DEUTSCHLAND UND FRANKREICH

Erst 1916 vor
Verdun erhalten
die deutschen
Soldaten Stahlhelme
(links). In den Krieg
zogen sie 1914
mit Pickelhauben
aus Leder, die
noch aus dem vor-
herigen Jahrhundert
stammen.
In Frankreich
beginnt schon 1915
die Produktion
des Modells »Adrian«
(unten)



Scheitern der Kerenski-Offensive im Sommer 1917 löste sich der Zusammenhalt des Militärs auf, die staatlichen Institutionen erodierten. Diese Situation nutzten die Bolschewiki im Oktober 1917. So entstand aus der Revolution eine völlig neue Konstellation in Osteuropa: Nach außen beendeten die Bolschewiki den im Sommer 1914 begonnenen Krieg mit den Mittelmächten durch den Friedensvertrag von Brest-Litowsk und zogen sich unter enormen territorialen Verlusten aus der Entente zurück. Wie es weitergehen sollte, darüber waren sich die Revolutionäre alles andere als einig: Während Leo Trotzki darauf setzte, dass die Weltrevolution bald auch die überkommenen Regime in Westeuropa stürzen und die Frage von Krieg oder Frieden damit obsolet machen werde, warf Lenin einen schonungslosen Blick auf die Realität im eigenen Land. Zuerst, so seine Schlussfolgerung, müsse die Macht der Bolschewiki mit aller Gewalt nach innen stabilisiert werden. Mit dem Ende des Staatenkrieges begann ein blutiger Bürgerkrieg, in dem bis Anfang der zwanziger Jahre auf dem Gebiet des ehemaligen Zarenreiches mehr Menschen sterben sollten als im Krieg gegen die Mittelmächte seit 1914.

Die beiden Revolutionen in Russland und der programmatisch begründete Kriegseintritt der USA bilden den welthistorischen Spannungsbogen des Jahres 1917: Es entstand eine neue ideologische Konkurrenz zwischen Weltrevolution und Weltdemokratie. Lenin und Wilson boten unterschiedliche und doch entfernt verwandte Konzepte für die Zeit nach dem Krieg an. Schon im Januar 1917 hatte der amerikanische Präsident die Vision einer neuen Weltordnung entwickelt, die auf dem Ideal nationaler Selbstbestimmung gründete. Die kleinen Völker sollten gleichrangig neben den etablierten Mächten stehen: »Keine Nation sollte danach streben, ihr politisches System auf eine andere Nation oder ein anderes Volk auszudehnen, sondern [...] jedes Volk sollte frei über sein politisches System, seine eigene Entwicklung bestimmen können, ungehindert, frei von Bedrohungen, unerschrocken, die kleinen Nationen an der Seite der großen und mächtigen.« Diese Forderung korrespondierte mit Wilsons Sicht auf die Ursache dieses Weltkriegs, die er vor allem in der Unterdrückung zahlreicher Nationalitäten in Kontinentaleuropa erkannte.

Der Appell an die Selbstbestimmung lief auf eine weltpolitische Neuordnung hinaus, die mit den imperialistischen Zielen der europäischen Kriegsmächte zwangsläufig kollidierte. Das musste das Selbstbewusstsein Großbritanniens und Frankreichs als Kolonialmächte herausfordern. Aber die moralische Begründung des Kriegseintritts war nur die eine Seite – die ökonomische Verflechtung die andere: Großbritannien und Frankreich waren 1917 längst auf Kapital und Kriegsgüter aus den USA angewiesen, was der amerikanischen Industrie eine hohe Nachfrage sicherte. Lange vor dem amerikanischen Kriegseintritt waren die Regierungen von David Lloyd George und Georges Clemenceau stärker als je zuvor abhängig von der Politik der Vereinigten Staaten.

Während Wilson die Abkehr von der Tradition europäischer Geheimdiplomatie forderte, brachen auch die Bolschewiki Ende 1917 mit der Vergangenheit. Kaum an die Macht gelangt, publizierten sie alle vom Zarenreich abgeschlossenen Verträge mit der Entente. Sie bekannten sich auch zum Prinzip der Selbstbestimmung, was die Nationalbewegungen innerhalb des erodierenden Zarenreiches mobilisierte und den Zerfall des multiethnischen

Reiches beschleunigte. So proklamierte etwa Finnland Ende 1917 seine formale Unabhängigkeit.

Wie Wilson gingen auch die Bolschewiki mit ihren Forderungen über die Grenzen Europas hinaus, wenn sie auf die Möglichkeiten eines antikolonialen Befreiungskampfes in der ganzen Welt hinwiesen. Wie dabei die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik verwischten, offenbarte Lenins Dekret über den Frieden vom 8. November 1917: Ein »gerechter und demokratischer Friede, den die überwältigende Mehrheit der durch den Krieg erschöpften, gepeinigten und gemarterten Klassen der Arbeiter und der Werktätigen aller kriegführenden Länder« fordere, könne nur »ein sofortiger Friede ohne Annexionen und ohne Kontributionen« sein; einen Krieg fortzusetzen, in dem »die starken und reichen Nationen die von ihnen annektierten schwachen Völkerschaften unter sich aufteilen«, sei hingegen »das größte Verbrechen an der Menschheit«.

Die entfernte Verwandtschaft zwischen Weltdemokratie und Weltrevolution rechtfertigt es, das Jahr 1917 mit den Worten von Alexis de Tocqueville als Beginn einer Revolution steigender Erwartungen zu kennzeichnen. Der französische Historiker und Publizist hatte 1856 in seinem Buch *L'ancien régime et la Révolution* eine Argumentationsfigur entwickelt, mit deren Hilfe er den Ausbruch der Französischen Revolution analysierte. Die revolutionäre Dynamik sei ausgelöst worden durch die Enttäuschung von Erwartungen, die zuvor durch Zugeständnisse geschürt worden seien. Ähnliches geschah 1917, als überall Hoffnungen aufkamen, der Krieg werde langfristig den überkommenen Status von Herrschaftsrechten und politischer Teilhabe verändern.

Wilsons Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker schürte nicht nur Erwartungen der Polen, Tschechen oder Südslawen auf einen eigenen Staat, sondern wurde auch in den Kolonialgesellschaften in Asien und Afrika aufmerksam registriert. Das universelle Programm diente hier als symbolische Verkörperung eigener, lange zurückreichender Hoffnungen auf mehr Autonomie, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Es war nicht der Ursprung, aber der entscheidende Katalysator für die Bestrebungen, die koloniale Herrschaftsordnung zu überwinden oder wenigstens zu reformieren und einen verbesserten politischen Status zu erreichen. Die Folgen wurden 1917 exemplarisch in Indien erkennbar: Nicht die Anzeichen britischer Konzessionsbereitschaft bannten die Aufmerksamkeit der indischen Öffentlichkeit, sondern der amerikanische Präsident und sein Versprechen, dass Selbstbestimmung nicht nur für Tschechen und Polen gelten solle. Wandte man Wilsons Position auf Indien an, dann oblag die Entscheidung über jede künftige Entwicklung dem indischen Volk und nicht mehr der britischen Regierung.

Im Mittleren und Nahen Osten löste die Erosion des Osmanischen Reiches einen Wettlauf vieler europäischer Akteure um die künftige Beute aus. Im Jahr 1917 wurde deutlich, wie widersprüchlich die britische Politik dabei agierte. Während die eigenen Truppen erfolgreich nach Palästina vordrangen und die Führer der verbündeten Araber glaubten, auf die britische Unterstützung für einen unabhängigen Staat bauen zu können, verabschiedete die britische Regierung am 9. November 1917 die Balfour-Deklaration. Sie erklärte darin ihre Bereitschaft, die Er-

ÖSTERREICH- UNGARN UND RUSSLAND

Die Habsburgermonarchie rüstet zunächst alte Dragonerhelme mit Stirnplatten nach, bevor der Stahlhelm der Firma Berndorf (unten) 1916 auf den Markt kommt. Die meisten Soldaten erhalten allerdings den Helm »nach deutschem Muster«, der mit aus Deutschland gelieferten Maschinen in Österreich hergestellt wird. Russische Soldaten ziehen mit einer Schirmmütze in den Krieg (rechts), einige werden später mit französischen Adrian-Helmen ausgerüstet





richtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina zu unterstützen. Die Regierung in London kalkulierte ganz offen mit dem internationalen Gewicht des Judentums, vor allem dem Machtpotenzial, das man den Juden in den Vereinigten Staaten unterstellte und das man nun im Krieg gegen die Mittelmächte mobilisieren zu können hoffte. In der Praxis aber weckte man – nicht zuletzt durch vage Formulierungen und widersprüchliche Zeichen – auch hier Erwartungen, die in der Region zu langfristigen Konflikten führten.

Das Grundproblem der durch Allianzbildung und weitgehende Versprechen provozierten Erwartungen offenbarte sich also in vielen außereuropäischen Räumen des Krieges. In Indien wie in China und Korea markierte die enthusiastische Rezeption Wilsons die Fallhöhe für die konkreten Erfahrungen bei den Friedensverhandlungen 1919 in Paris. Die Hoffnungen auf Gleichrangigkeit und Selbstbestimmung sollten dort bitter enttäuscht werden. Für viele Zeitgenossen büßte das Modell der liberalen Demokratie damit erheblich an Überzeugungskraft ein. So setzte etwa bei Vertretern Ostasiens wie dem späteren Ho Chi Minh die Suche nach alternativen Modellen ein.

Im Nahen Osten verdeckte der Einmarsch britischer Truppen unter General Allenby in Jerusalem im Dezember 1917 zudem ein Grundproblem, das diese Region bis heute prägt: Mit der Fortsetzung alter Kolonialpolitik und der Abgrenzung von Interessenzonen im Sykes-Picot-Abkommen von 1916, dem britischen Versprechen eines eigenen Staats der Araber als Belohnung für den Kampf gegen die osmanische Herrschaft und der gleichzeitigen Unterstützung der zionistischen Bewegung für einen eigenen Staat der Juden in der Balfour-Deklaration existierten drei Ordnungsmodelle, die untereinander nicht kompatibel waren.

»Unmöglich« war das Jahr 1917 vor allem wegen des auf den ersten Blick unvereinbaren Nebeneinanders von expansiven Kriegszielen und intensivierten Friedenssondierungen. Ob man die Friedensresolution des deutschen Reichstages nimmt, die persönliche Initiative des neuen Kaisers Karl, der mit einem Sonderfrieden hoffte, die Habsburgermonarchie zu retten, oder die Friedensnote des Papstes Benedikt XV. im August 1917: Es kam Bewegung in die Politik. Der amerikanische Kriegseintritt,

die Gefahr einer Revolution nach russischem Muster und die Erschöpfung der Kriegsgesellschaften ließen die Chance auf ein Ende des Krieges greifbar nah erscheinen.

Gerade Papst Benedikts Friedensnote ging weiter als die früheren Bemühungen: Sie enthielt keine vagen Bekenntnisse zum Austausch von Meinungen oder zu den Rechten und berechtigten Forderungen der Völker, sondern nahm konkrete Schritte in den Blick, um den Krieg zu beenden und einen stabilen Frieden zu erreichen. Der Papst forderte gleichzeitige und allgemeine Abrüstung, ein System der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und die Freiheit der Meere. Auf Kriegsentschädigungen sollte im gegenseitigen Einvernehmen verzichtet werden, die besetzten Territorien seien zu räumen. All das nahm zahlreiche Aspekte auf, die der amerikanische Präsident wenige Monate später im Januar 1918 in seinen 14 Punkten formulierte, um seinerseits auf die Initiativen der Bolschewiki seit November 1917 zu reagieren.

Der wichtigste Grund für die Erfolglosigkeit der vielen Friedensinitiativen von 1917 lag in der Offenheit der militärischen Situation. Angesichts der Destabilisierung Russlands und der Auflösung der Front konnten Ludendorff und Hindenburg damit rechnen, dass das Land einen baldigen Separatfrieden abschließen würde – Deutschlands Zweifrontenkrieg wäre beendet. Damit tat sich eine Gelegenheit für eine entscheidende Offensive im Westen auf, solange die Zahl einsatzfähiger amerikanischer Soldaten in Europa noch begrenzt war.

Großbritannien hingegen ging es zu diesem Zeitpunkt um die Sicherung seiner maritimen Vorherrschaft und des Empire als Ressourcenraum. Hier wie in Frankreich fürchtete man, die Friedenssondierungen könnten die eigene Strategie konterkarieren, mithilfe der amerikanischen Kriegseinsätze eine militärische Entscheidung zu erzwingen und die eigenen Kriegsziele durchzusetzen.

Vor diesem Hintergrund wollte keine Seite mit vermeintlich vorschnellen Konzessionen die eigene Position schwächen. Aber dieses Denken war auch mit immer höheren Risiken verbunden: Wie lange konnte ein solcher Krieg an der militärischen und an der »Heimatfront« fortgesetzt werden? Das Risiko militärischer Operationen wurde größer – auch begrenzte Rückschläge konnten plötzlich dramatische Folgen haben und

GROSSBRITANNIEN

Die britische Armee setzt seit 1915 auf ein Patent des Ingenieurs John Brodie, dessen Helm an eine Suppenschüssel erinnert. Im Gegensatz zum leichteren französischen Modell soll der Brodie-Helm größeren Schutz bieten



den Krieg entscheiden. Der überraschende Durchbruch von habsburgischen und deutschen Verbänden im Alpenkrieg Ende Oktober 1917, der Italien an den Rand einer militärischen Katastrophe brachte, bewies es.

Die Offenheit der militärischen Situation, die weitgehende Erschöpfung auch der Entente-Gesellschaften, die weiterhin effektive Verteidigung der deutschen Truppen an der Westfront und die Frage, wann das amerikanische Potenzial an Finanzen und Soldaten auf dem europäischen Kriegsschauplatz spürbar würde – all dies verstärkte die Skepsis in der britischen und französischen Führung.

Diesem Gefühl verlieh der französische Kriegspremier Georges Clemenceau am 8. März 1918 in einer eindrücklichen Rede vor der französischen Nationalversammlung Ausdruck. Nachdem Russland aus dem Krieg ausgeschieden war und die Vereinigten Staaten noch nicht in kriegsentscheidender Stärke in Europa präsent waren, schienen Sieg und Niederlage enger denn je beieinanderzuliegen. In dieser Situation war Clemenceau sicher, dass am Ende nicht allein die militärischen und wirtschaftlichen Ressourcen entschieden. Vielmehr stellte er den inneren Zusammenhalt der Kriegsnation und ihren Willen zum Sieg in den Mittelpunkt seiner Rede. Nur derjenige könne siegen, der noch einmal alle moralischen Kräfte aufbiete: »Je länger der Krieg dauert, desto sichtbarer wird die sich zuspitzende moralische Krise, die das Ende aller Kriege darstellt. Die [...] Bewährungsprobe der Streitkräfte, die Brutalitäten, die Gewalttätigkeiten, die Diebstähle, die Bluttaten, die Massaker: Das ist die moralische Krise, in welche die eine oder die andere Seite hineinschlittert. Diejenige, die moralisch am längsten durchhält, hat gewonnen. Und das große Volk des Orients, das im Laufe seiner Geschichte jahrhundertlang Krieg erleiden musste, umschrieb diesen Gedanken mit folgenden Worten: ›Der Sieger ist derjenige, der es schafft, eine Viertelstunde länger als der Gegner zu glauben, dass er nicht besiegt wurde.‹ Das ist meine Kriegsmaxime. Eine andere habe ich nicht.«

So war 1917 das Jahr, in dem der Mechanismus der paradoxen Selbstverlängerung des Krieges noch einmal deutlich wurde. Je mehr Opfer der Krieg forderte, desto weniger kam ein Kompromissfrieden infrage, und desto mehr konzentrierte man sich auf einen Sieg, der in seinen Bedingungen alle zurückliegenden Opfer und Anstrengungen rechtfertigen würde. Ein Siegfrieden blieb im Bewusstsein aller Kriegsparteien weiterhin möglich. Dieser Mechanismus setzte sich fort, bis eine Seite unter der anhaltenden Belastung zusammenbrach – aber bis zum Sommer 1918 blieb offen, wer diese Seite sein würde.

Deshalb kam das in seinen Konsequenzen so weitreichende Kriegsende in Deutschland für viele vollkommen plötzlich und unvorbereitet. Die politisch so wirkungsvolle Erzählung vom militärischen Sieg, der bis zum Schluss greifbar gewesen und um den man in letzter Minute gebracht worden sei, gründete auf den Erfahrungen und Erwartungen im »unmöglichen Jahr« dieses globalen Krieges. ■

JÖRN LEONHARD ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg. 2014 erschien sein Buch »Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs«

JETZT ZUM SONDERPREIS SICHERN

Entscheiden Sie sich jetzt für das ZEIT GESCHICHTE-Vorteilspaket: 4 Ausgaben für nur 24,60 € zum Selbstlesen oder Verschenken. Sie sparen 10 % gegenüber dem Einzelkauf und erhalten jede Folgeausgabe frei Haus geliefert!

IHRE ABO-VORTEILE

- + nur 6,15 € statt 6,90 € pro Heft
- + garantiert keine Ausgabe verpassen
- + kein Risiko, keine Kündigungsfrist

4 HEFTE NUR
24,60 €



 www.zeit.de/zeitgeschichte

ZEIT Geschichte

JA, ICH MÖCHTE ZEIT GESCHICHTE SELBST LESEN ODER VERSCHENKEN.

Bitte senden Sie mir ZEIT GESCHICHTE frei Haus für zzt. nur 6,15 € pro Heft statt 6,90 € im Einzelverkauf. Ich spare 10%! Ich lese oder verschenke 4 Ausgaben. Das Abonnement startet zur nächsterreichbaren Ausgabe. Angebot nur in Deutschland gültig. Auslandspreise auf Anfrage. Diese Bestellung kann binnen 14 Tagen ab Erhalt der 1. Ausgabe ohne Angabe von Gründen formlos widerrufen werden. Mein Abonnement ist auch danach jederzeit kündbar. Ausführliche Informationen zum Widerrufsrecht unter www.zeit.de/wr.

Anschrift des Zahlers: (Bitte unbedingt ausfüllen)

.....
Anrede/Vorname/Name

.....
Straße/Nr.

.....
PLZ/Ort

.....
Telefon

.....
E-Mail

☐ Ich zahle bequem per Bankeinzug

☐ Ich zahle per Rechnung

.....
IBAN

.....
BIC

Geldinstitut

Anschrift des Geschenkempfängers: (nur ausfüllen wenn Sie ZEIT GESCHICHTE verschenken wollen)

.....
Anrede/Vorname/Name

.....
Straße/Nr.

.....
PLZ/Ort

.....
Telefon

☐ Ja, bitte senden Sie mir weitere Informationen per E-Mail zu.

.....
Datum



.....
Unterschrift

 **ZEIT GESCHICHTE, Kundenservice, 20080 Hamburg**
 **040/42 23 70 70***  **040/42 23 70 90***  **abo@zeit.de***

* Bitte jeweilige Bestellnummer angeben.

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - <https://rante.org>

Bestellnr.: 1619370 FA

Bestellnr.: 1619371 GA

Krieg von Akaba bis Ypern

Erbitterte Kämpfe im Westen,
Waffenstillstand in Russland,
Offensive im Nahen Osten:
Das Jahr 1917 im Überblick

- Entente
- Verbündete der Entente mit Jahr des Kriegseintritts
- Mittelmächte
- Verbündete der Mittelmächte mit Jahr des Kriegseintritts
- Neutrale Staaten
- Frontverlauf Anfang 1917
- Frontverlauf Ende 1917
- Von Deutschland und seinen Verbündeten bis Mai 1918 besetzte Gebiete
- »Siegfriedstellung«
- Schlacht mit Datum

ATLANTISCHER OZEAN

NORDSEE

PORTUGAL
seit 1916

SPANIEN

ER-RIF

1911 span. Protektorat

MAROKKO
1912 franz. Protektorat

ALGERIEN
1879 Teil Frankreichs

TUNESIEN
1881 franz. Protektorat

LIBYEN
1911/12
ital. Protektorat

NORWEGEN

DÄNEMARK

Untergang der
»Lusitania« 7.5.1915

London

Amsterdam
NIEDER-
LANDE

DEUTSCHES
REICH

Berlin

München

Zürich
SCHWEIZ

ITALIEN
seit 1915

Rom

Venedig

Triest

Caporetto
24.10.1917

LUXEMBURG

16.4.1917

Chemin
des Dames

Soissons

Paris

Compiègne

Laon

Cambrai

20.11.1917

Ypern

7.6.1917

31.7.1917

Passchendaele

Antwerpen

BELGIEN

Verdun

Reims

FRANKREICH



Zwei Weltveränderer: Der eine kämpft für

Genie des Augenblicks

Lenin will Russland befreien: Von der Herrschaft des Zaren und der Macht des Kapitals. Er führt die kommunistische Revolution zum Sieg, legt den Grundstein für die Sowjetunion – aber mehr Freiheit bringt er der Welt nicht

VON MANFRED HILDERMEIER

W

ladimir Iljitsch Uljanow, wie Lenin bürgerlich hieß, gilt mit vollem Recht als Kopf der bolschewistischen Partei, als Chefstrategie der Oktoberrevolution 1917 und Gründer der Sowjetunion. Ohne ihn wäre weder die Radikalität der Bolschewiki noch der Umsturz, noch die Selbstbehauptung der neuen Machthaber denkbar gewesen. Bei aller Eigendynamik der schweren Krise Russlands im Sommer 1917 war es letztlich Lenin, der seine widerstrebende Partei zum Aufstand trieb. Er kann als Beispiel dafür gelten, dass Persönlichkeiten Geschichte gestalten, zugleich aber auch als Exempel für die Bedeutung des historischen Moments.

Lenin, 1870 geboren als Sohn eines Schulinspektors aus Simbirsk an der Wolga, das heute Uljanowsk heißt, war ein exzellenter und folgsamer Schüler. Doch als er 16 war, traf seine Familie ein schwerer Schlag: Der älteste Bruder wurde wegen Vorbereitung eines Anschlags auf Zar Alexander III. im Frühjahr 1887 hingerichtet. Offenbar machte dieses Ereignis Lenin zum unversöhnlichen Feind des zarischen Staates. Er trat in die Fußstapfen seines Bruders und schloss sich den Narodnaja Wolja an, einer konspirativen Bewegung, die Terror gegen Repräsentanten des Zarenreichs rechtfertigte und sich für einen Umsturz durch die Bauern einsetzte. *Fortsetzung auf Seite 26*



die **Revolution**, der andere für die **Demokratie**



Die Kopfbedeckung
ist Programm:
Lenin lässtig mit
Arbeitermütze,
Wilson schwingt
den Zylinder

Heiland aus Virginia

Woodrow Wilson führt die USA in den Krieg,
um den Nationen der Welt Selbstbestimmung,
freien Handel und Demokratie zu beschenken.
Der US-Präsident inspiriert die Massen – doch
seine globale Neuordnung scheitert

VON MANFRED BERG

A

Is der ehemalige US-Präsident Woodrow Wilson, der dem Deutschen Reich im April 1917 den Krieg erklärt hatte, am 3. Februar 1924 starb, unterließ es die deutsche Botschaft in Washington ostentativ, ihre Flagge auf halbmast zu setzen. Reichsaußenminister Gustav Stresemann wies den deutschen Botschafter an, »von irgendwelchen Beileidskundgebungen offizieller Art Abstand [zu] nehmen«. In der US-Presse brach daraufhin ein Sturm der Entrüstung über die »Teutonen« los, die nicht einmal den Anstand aufbrachten, dem ehemaligen Kriegsgegner die letzte Ehre zu erweisen.

Dass ein so kluger Politiker wie Stresemann einen Affront gegen die führende Wirtschafts- und Finanzmacht USA riskierte, wirft ein grelles Licht auf den unversöhnlichen Hass, den weite Teile der deutschen Öffentlichkeit gegen den Verstorbenen hegten. Wilson galt den Deutschen als »salbungsvoller, scheinheiliger Heuchler«, wie ihn der Althistoriker Eduard Meyer titulierte. Zuerst habe er die Deutschen mit dem Versprechen auf milde Friedensbedingungen dazu gebracht, die Waffen zu strecken, um sie danach zum »Versailler Schanddiktat« zu zwingen. Dieses Wilson-Bild war extrem zählebig. Bis heute wird es in der deutschen Öffentlichkeit als zynische Bemäntelung materieller Inte- *Fortsetzung auf Seite 27*

LENIN

Im Agrarstaat Russland, so lautete die Idee, waren sie die Träger der Revolution. Bald aber beschäftigte er sich mit der marxistischen Lehre, und schon in seinen ersten Werken von 1894 sagte er sich vom Agrarsozialismus los. Vier Jahre später leitete Lenin in der Studie *Entwicklung des Kapitalismus in Russland* bereits mit den marxistischen Begriffen her, dass seine Heimat, obwohl noch agrarisch dominiert, unumkehrbar ins industrielle Zeitalter eingetreten sei. Damit wurde das Proletariat anstelle der Bauern zum revolutionären Subjekt. Während er noch seine Studie vorbereitete, war Lenin als Mitglied eines marxistischen Zirkels verhaftet worden, kam aber vergleichsweise glimpflich davon: Man verbannte ihn für drei Jahre, von 1897 bis 1900, an den sibirischen Fluss Lena – daher rührt der Nom de Guerre »Lenin«.

Mit seiner Rückkehr aus der Verbannung begann für die marxistische Bewegung eine neue Zeit. 1898 war die Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (RSDAP) gegründet worden – und Lenin kümmerte sich nun darum, dass sie ein Sprachrohr bekam, welches die Meinung der Partei in der vielstimmigen antizarsischen Opposition zur Geltung brachte. Weil eine radikale politische Zeitung nur im Ausland herausgegeben werden konnte, ging Lenin 1901 erst nach Genf, dann nach München. Die nun bald erscheinende *Iskra* (»Funke«) war seine Unternehmung; er schrieb für sie und sorgte dafür, dass sie illegal nach Russland gelangte. Er hielt zudem Kontakt mit den konspirativen Gruppen in der Heimat – bei ihm liefen die Fäden zusammen, aus denen das Netz der RSDAP geknüpft war. Und er nutzte diese Position, um zwei Einsichten durchzusetzen, die man als Lehren der »Kampfzeit« der 1890er Jahre werten kann: zum einen, dass es einer schlagkräftigen Organisation entschlossener Revolutionäre bedarf, um den Staatsapparat zu zertrümmern; zum anderen, dass diese Avantgarde vorangehen muss, um den Arbeitern das »Klassenbewusstsein« zu bringen.

Über eine Frage, die Lenin 1902 in seinem Text *Was tun?* analysiert hatte, zerstritt sich im Sommer 1903 der zweite Parteitag der RSDAP: Wer darf Mitglied werden? Jeder Sympathisant? Oder nur aktive Revolutionäre, die ihr ziviles Leben aufgaben? Weil einige Delegierte vor der Abstimmung den Raum verließen, setzte sich Lenin durch, sodass seine Anhänger, die eine Partei der aktiven Revolutionäre wollten, sich fortan Bolschewiki (Mehrheitler) nennen konnten. Mit seiner Radikalität

sorgte Lenin dafür, dass seine Fraktion faktisch zu einer eigenen Partei wurde. Trotz mehrerer Anläufe scheiterte eine Wiedervereinigung nicht zuletzt an ihm.

Anfang Januar 1905 schoss die Palastwache in St. Petersburg auf friedliche Demonstranten, der Tag ging als »Blutsonntag« in die Geschichte ein. Die folgenden Massestreiks überraschten jedoch alle revolutionären Parteien. Lenin befand sich im Ausland, er kehrte erst im Herbst des Jahres nach St. Petersburg zurück, als sich die Streiks und die Plünderungen der Gutshöfe auf dem Land durch aufgebrachte Bauern zur »ersten russischen Revolution« ausweiteten. Für eine bewaffnete Erhebung der Arbeiter jedoch war es noch zu früh. Lenin gewann aus diesen Tagen aber die wichtige Erkenntnis, dass eine erfolgreiche Revolution in Russland auf die destruktive Energie der Bauern als der großen Bevölkerungsmehrheit nicht verzichten konnte.

Die Sozialdemokratie sollte nach seinem Willen also fortan »zwei Taktiken« verfolgen: Neben dem Proletariat musste sie die »arme Bauernschaft« gegen die Autokratie des Zaren aufstacheln. Das Bündnis von Hammer (Arbeitern) und Sichel (Bauern) hat hier seine Wurzeln. Es verdankte sich – wie letztlich alle Leninschen Zutaten zum orthodoxen Marxismus – eher pragmatischen Motiven, einer Anpassung der Theorie an die russischen Gegebenheiten.

Auch die Lehren, die Lenin aus dem Beginn des Weltkriegs zog, lassen sich so deuten: Mit unbeirrbarer Gläubigkeit sah er darin einen Vorboten der



AUF IN DEN KAMPF

Lenin erkennt den historischen Moment für die Revolution – der Staatsstreich ist sein Werk

Revolution. In der sozialistischen Bewegung war jedoch zwischen nationaler und »proletarischer« internationaler Solidarität ein Konflikt entstanden, der die Internationale im August 1914 innerlich zerrissen hatte. Lenin zögerte nicht, Stellung zu nehmen: Man müsse die Selbstzerfleischung der imperialistischen Mächte nutzen, verkündete er, um den Weltkrieg in einen internationalen »Bürgerkrieg« zu verwandeln. Als sich im September 1915 Sozialisten im Örtchen Zimmerwald in der Schweiz trafen, um die Internationale zu retten, trat umso deutlicher zutage, wie gespalten sie war: auf der einen Seite Revolutionäre wie Lenin, auf der anderen Reformisten, die in ihren Ländern den Krieg mittrugen. Der Waffengang sorgte dafür, dass die deutsch und französisch dominierte Internationale die russischen Revolutionäre tatsächlich ernst nehmen musste. *Fortsetzung auf Seite 28*

WILSON

ressen abgetan, wenn die USA ihre Außenpolitik mit ihrem historischen Auftrag zur weltweiten Förderung der Demokratie begründen. Doch auch in den USA ist Wilsons Erbe umstritten: Liberale Internationalisten glauben zwar weiterhin, dass die nationalen Interessen der USA ein aktives Eintreten für eine liberal-demokratische Weltordnung erfordern – Kritiker dagegen sehen Wilson als realitätsblinden Ideologen, dessen Dogmatismus maßgeblich zum Scheitern seiner Vision eines Friedensbundes demokratischer Nationalstaaten beigetragen habe. Unter dem Banner des »Wilsonianism« sei Amerika immer wieder imperialer Hybris verfallen und in selbst gestellte ideologische Fallen getappt.

Woodrow Wilson wurde 1856 in Staunton, Virginia, in eine calvinistische Pfarrersfamilie geboren und wuchs im amerikanischen Süden auf. Zwar zeigte er bereits als junger Mann politischen Ehrgeiz, doch schlug er nach dem College und einem glücklosen Zwischenspiel als Rechtsanwalt eine akademische Laufbahn ein. 1886 wurde er an der Johns-Hopkins-Universität in Baltimore mit einer viel beachteten Studie über den US-Kongress promoviert. Nach mehreren Stationen an kleineren Hochschulen erhielt Wilson, inzwischen verheiratet und Vater dreier Töchter, 1890 einen Ruf an die Universität Princeton, die ihn 1902 zu ihrem Präsidenten wählte. Hier profilierte er sich als angesehener Historiker und Politikwissenschaftler ebenso wie als tatkräftiger Universitätsreformer, machte sich mit seiner Kompromisslosigkeit jedoch auch Feinde.

1910 verließ Wilson Princeton im Streit und folgte dem Angebot der Demokratischen Partei von New Jersey, für das Amt des Gouverneurs zu kandidieren. Der politisch unerfahrene und immerhin bereits 53-jährige Professor schlug sich beachtlich im rauen Geschäft der amerikanischen Politik. Nach seinem Wahlsieg wurde der bislang eher als konservativ geltende Wilson zum Bannerträger der progressiven Reformbewegung, die neue Antworten auf die drängenden Probleme der Industrialisierung, Urbanisierung und Masseneinwanderung suchte. Zwei Jahre später war er so populär, dass ihn die Demokraten als Kandidaten für das Weiße Haus aufstellten. Seine Wahl zum US-Präsidenten verdankte er allerdings der Spaltung der Republikaner: Ex-Präsident Theodore Roosevelt hatte die neue Progressive Party gegründet.

Als Präsident widmete sich Wilson zunächst der Innenpolitik. Sein Reformprogramm der »Neuen Freiheit« sollte die Rolle des Staates in der Wirtschaft neu definieren. Zu den wichtigsten Entscheidungen seiner ersten Amtszeit von 1913 bis 1917 zählen die Beschränkung von Kartellen, die Einführung einer Bundeseinkommensteuer und die Schaffung des Zentralbanksystems, des Federal Reserve Board, um das chaotische Bankensystem der USA zu ordnen. Er darf als einer der Architekten des modernen Amerika gelten. Wenig Sympathien zeigte der Südstaatler Wilson dagegen für die Afroamerikaner; er behandelte sie zeitlebens als Bürger zweiter Klasse. Unter seiner Ägide wurde auch in der Regierung in Washington die Rassentrennung eingeführt.


DER ERSTE WURF

Zur Freude des Publikums eröffnet
Präsident Wilson 1916 in
Washington die Baseball-Saison

Wilson war der 28. Präsident der USA – und der erste, dessen historische Bedeutung sich in erster Linie auf seine Außenpolitik und seine Vision einer Neuordnung der Welt gründete. Auch wenn seine Neutralitätspolitik nach Ausbruch des Weltkrieges deutschen und amerikanischen Kritikern höchst einseitig erschien, hoffte er, einen »Frieden ohne Sieg« zu vermitteln, so die berühmte Forderung aus seiner Rede vor dem Kongress im Januar 1917 – einen Frieden, der auf der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Nationen, auf Abrüstung und Freihandel beruhen sollte. Erst als ihm die Wiederaufnahme des uneingeschränkten deutschen U-Boot-Krieges und die Versenkung amerikanischer Handelsschiffe keine Wahl mehr ließen, entschloss er sich

zum Kriegseintritt. Mit dem berühmten Diktum in seiner Botschaft vom 2. April 1917, die Welt müsse »für die Demokratie sicher gemacht« werden, gab der US-Präsident dem Krieg einen kräftigen Ideologisierungsschub. Die Zerschlagung der preußisch-deutschen Autokratie sollte zur Befreiung aller Völker und zum Weltfrieden führen.

In den Jahren 1917 bis 1919 wurde der US-Präsident zur Schlüsselfigur der Weltpolitik. Als Wilson Ende 1918 in Europa eintraf, empfingen ihn Millionen Menschen in Paris, London und Rom wie einen Messias. Eine vergleichbare zweite Figur seines Formats gab es weit und breit nicht. Die populäre Vorstellung, im Jahre 1917 hätten mit Woodrow Wilson und Wladimir Iljitsch Lenin zwei gleichrangige weltpolitische Rivalen die historische Bühne betreten, ist

Fortsetzung auf Seite 29

Doch wichtiger als Lenins Aufruf zum bewaffneten Aufstand, der noch bloße Rhetorik blieb, war eine andere Einsicht. In seiner Schrift über den »Imperialismus« formulierte er 1916 einen Gedanken, der entscheidende Bedeutung für die Selbstbehauptung des Oktoberregimes nach 1917 haben sollte: Lenin wertete in seinem Text das Zarenreich zum »schwächsten Glied« in der Kette der imperialistischen Staaten ab. So entwarf er die durchaus neue Theorie, dass die Revolution nicht – wie die Marxsche Lehre behauptete – im fortgeschrittensten kapitalistischen Staat ausbrechen werde, sondern im rückständigsten: in Russland. Zum anderen verband Lenin mit der Rede vom »schwächsten Glied« die These, dass im Zarenreich ältere Entwicklungsstadien von Staat und Gesellschaft sowie ihre Ideologien am Leben bleiben konnten – allen voran nationale Emanzipationsbewegungen wie in Georgien oder Zentralasien. Sie hatten aus Lenins Sicht ein Recht darauf, einen eigenen Staat anzustreben. Die Konsequenz daraus war, dass die Bolschewiki ein Bündnis mit diesen Unabhängigkeitsbewegungen eingehen konnten – was nach 1918 auch geschah und schließlich zur Gründung der Sowjetunion führte.

Ende Februar 1917 trat ein, worauf Lenin mit unermüdlicher Energie hingearbeitet hatte: Am Ende tagelanger Demonstrationen in Petrograd musste der Zar abdanken. Gesiegt hatte ein Bündnis aus notgetriebenen Arbeitern, Garnisonssoldaten und liberalen Deputierten im Parlament, der Duma, die es seit 1905 gab. Hinzu kamen, als entscheidender Faktor, die Frontgenerale:

Sie trauten der Monarchie die Kraft für einen Sieg nicht mehr zu. Es triumphierten die oppositionellen Parteien, die nun zu den wichtigsten Akteuren aufstiegen. Zum Leidwesen Lenins taten sich dabei vor allem seine menschowistischen Rivalen hervor, die gemeinsam mit den Sozialrevolutionären den wiedergegründeten Arbeiter- und Soldatenrat dominierten, und die Duma-Liberalen, die auch die Provisorische Regierung stellten. Die Bolschewiki spielten vorerst keine Rolle; sie beschränkten sich darauf, die neue Machtverteilung zu unterstützen.

Dies änderte sich umgehend im April 1917 mit Lenins Rückkehr aus der Schweiz durch Deutschland im verplombten Waggon. Seine »Aprilthesen« schlugen in Petrograd ein wie ein Blitz, sie warfen die Politik der Bolschewiki über den Haufen: Lenin rief dazu auf, die soeben installierte erste demokratische Regie-

rung Russlands nicht mehr zu tolerieren, sondern sie zu stürzen. Der Rückkehrer brauchte einige Wochen, um seine Partei auf diesen neuen Kurs zu zwingen. Dann aber spielte ihm die innere und äußere Krise Russlands in die Hände: die wirtschaftliche Katastrophe samt Arbeitslosigkeit und Versorgungsnot; der Versuch einer neuen militärischen Offensive in Galizien, der die Garnisonssoldaten empörte, weil sie fürchteten, an die Front geschickt zu werden – und die Gefahr eines konterrevolutionären Militärputsches.

Erst im Rückblick zeigt sich das taktische Genie Lenins: Er erkannte den richtigen Moment, als er die Genossen im Herbst 1917 ultimativ aufrief, die Macht zu ergreifen. Trotz aller Drohungen – gipfelnd in der Ankündigung, aus der Partei auszutreten und ohne sie für die Revolution zu agitieren – brauchte er abermals einige Wochen, bis das Zentralkomitee zustimmte. Der Staatsstreich, auf den die Machtergreifung der Bolschewiki am 25. und 26. Oktober hinauslief, war politisch und strategisch sein Werk; auch wenn Leo Trotzki bei den konkreten Vorbereitungen das Sagen hatte.

Lenin verteidigte seine Taktik auch danach: Er widersetzte sich gleich nach dem Coup mit Erfolg dem Druck, eine Regierung aus allen revolutionären Sowjetparteien zu bilden, wie es in der Logik des Geschehens gelegen hätte. Im März 1918 boxte er mit der knappsten denkbaren Mehrheit den für Russland schmerzhaften Separatfrieden von Brest-Litowsk durch und akzeptierte, dass Russland die Ukraine abtreten musste – er hatte erkannt, dass sein Re-

gime äußere Ruhe brauchte, um sich im Innern zu behaupten. Im folgenden russischen Bürgerkrieg befahl Lenin kompromisslose Härte gegen alle Gegner und ließ seiner politischen Polizei, der Tscheka, freie Hand. Auf grausame Weise ging sie gegen Bauern vor, die auf der gegnerischen Seite der »Weißen« als Partisanen kämpften.

Zugleich schmiedete Lenin ein Bündnis mit nationalen Befreiungsbewegungen im Osten des Reiches, denen er Selbstbestimmung und Freiheit versprach. Er setzte so die Gründung der Sowjetunion durch, eines Staates, der zumindest formal eine freiwillige Föderation war und zur Weltmacht aufstieg. ■



NICHTS ALS DIE WAHRHEIT

Lenin studiert im Oktober 1918 im Kreml die »Prawda« – aus dem Revolutionsblatt ist die Regierungszeitung geworden

MANFRED HILDERMEIER ist emeritierter Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Göttingen

WILSON

insofern irreführend, als der russische Revolutionär bis Ende 1917 außerhalb Russlands kaum bekannt war. Wilson misstraute zwar den Bolschewiki, aber sein Friedensprogramm vom 8. Januar 1918 – die »14 Punkte«, die in der Forderung nach einem Völkerbund gipfelten – bedeutete keine ideologische Kampfansage an Lenin, die den Kalten Krieg vorwegnahm, sondern war im Gegenteil ein Versuch, Russland im Krieg gegen die Mittelmächte zu halten, was allerdings nicht gelang.

Während Lenin und die Bolschewiki von der Pariser Friedenskonferenz 1919 ausgeschlossen blieben, prägte der US-Präsident maßgeblich die Verhandlungen und den Friedensvertrag. Wilsons großer Anlauf zur Neuordnung der Welt, der das alte System europäischer Großmacht- und Gleichgewichtspolitik ein für alle Mal überwinden sollte, scheiterte jedoch. Der Versailler Vertrag, dessen Kompromisscharakter er sich niemals eingestehen konnte, stellte weder Sieger noch Verlierer des Weltkrieges zufrieden. Nicht nur die Deutschen, auch Anhänger im eigenen Land beschuldigten Wilson des Verrats an seinen Prinzipien. Zwar hatte er in Versailles den Völkerbund, das Kernstück seines liberalen Internationalismus, durchgesetzt, doch fürchteten immer mehr Amerikaner, der Völkerbund werde die USA künftig in alle Kriege der Welt verstricken und ihre nationale Souveränität aushöhlen. Dass die Ratifizierung des Versailler Vertrages und damit auch der Völkerbund-Satzung schließlich im US-Senat scheiterte, lag auch daran, dass Wilson jeden Kompromiss mit der republikanischen Opposition kategorisch ablehnte. Ausgerechnet in dieser entscheidenden Phase der innenpolitischen Auseinandersetzung erlitt er Anfang Oktober 1919 einen Schlaganfall. Er war nun praktisch amtsunfähig und verlor immer mehr den Kontakt zur Realität.

Der Mehrheit der Amerikaner war der Völkerbund inzwischen ziemlich egal geworden, sie sorgten sich um Inflation und Arbeitslosigkeit und fragten, warum ihr Präsident unbedingt die Welt retten wollte, obwohl zu Hause so viele Probleme drängten. Unter der Parole »Zurück zur Normalität!« errangen die Republikaner bei den Wahlen im November 1920 einen Erdrutschsieg. Wilson blieb freilich bis zu seinem Tod davon überzeugt, das amerikanische Volk werde seine wahren Interessen erkennen und dem Völkerbund noch beitreten. Tatsächlich

war der wilsonische Internationalismus weithin diskreditiert. Erst unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges erlebte er eine Renaissance.

Wilson war kein tragischer Held, dessen noble Ziele der Hartleibigkeit europäischer Machtpolitik und der Ranküne parteipolitischer Gegner zum Opfer fielen – sein Scheitern ist vielmehr eng mit seiner widersprüchlichen Persönlichkeit verbunden. Er war ein wortgewaltiger Redner, der das Pathos nicht scheute und Millionen Menschen mit seinen Ideen begeisterte. Zugleich aber zeigte er sich stur bis zur Prinzipienreiterei und hegte eine tiefe Abneigung gegen Kompromisse.

Wilson war strenggläubiger Calvinist, und es umgab ihn eine schwer erträgliche Aura der Selbstgerechtigkeit. Einem Professorenskollegen in Princeton, der ihn darauf hinwies, dass jede Streitfrage zwei Seiten habe, soll er geantwortet haben: »Ja, eine richtige und eine falsche!« Seine Vorstellungen von einer gerechten Weltordnung trug er als unabwiesbare Gebote der Moral vor. Die Klagen über Wilsons hochfahrendes Auftreten auf der Pariser Friedenskonferenz sind legendär: Der britische Diplomat Harold Nicolson beschrieb den US-Präsidenten als »Theokraten«, der unerschütterlich daran geglaubt habe, dass »Gott, Wilson und das Volk« am Ende triumphieren würden. Der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau klagte entnervt, mit Wilson zu sprechen sei, als rede man mit Jesus Christus selbst.

Woodrow Wilson war ein tiefreligiöser Mensch, der sich als Werkzeug Gottes betrachtete, aber kein Fanatiker. Er stand in der amerikanischen Tradition religiös-moralisch inspirierter Reformbewegungen, doch sein liberaler Internationalismus repräsentierte ein universales Programm. Es fand über Jahrzehnte hinweg weltweite Resonanz auch bei den Menschen, die seine religiösen Vorstellungen überhaupt nicht teilten. Wie kein anderer steht Wilson für den politisch-moralischen Führungsanspruch der Vereinigten Staaten als Vormacht der liberalen Demokratie. Genau dieser Rolle jedoch hat der neue amerikanische Präsident Donald Trump bei seiner Amtseinführung im Januar 2017 eine schroffe Absage erteilt. ■



DER GROSSE PLAN

In seinen »14 Punkten« aus dem Januar 1918 umreißt Wilson eine neue Friedensordnung für Europa und die Welt

MANFRED BERG ist Professor für
Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg

MANGEL
In Berlin stehen
Frauen und Kinder
1917 vor einem
Lebensmittel-
geschäft Schlange



Unkraut als Gemüse

Im vierten Kriegsjahr quälen Hunger und Entbehrung
die Deutschen. Mit der Not wächst der
Unmut an der »Heimatfront« VON GESA SNELL



LETZTE RESERVEN
Der Kriegsaus-
schuss Öle und
Fette bittet um Obst-
kerne. Ausgekämmtes
Frauenhaar kann
an jeder Schule abge-
geben werden;
aus ihm werden
Dichtungen hergestellt

S

orgenvoll blicken die Bauern im Herbst 1916 auf ihre Kartoffelpflanzen – oder das, was die Krautfäule davon übrig gelassen hat. Der gefährliche Pilz breitet sich unaufhaltsam aus, und es fehlt an Arbeitskräften, um die Ernte einzuholen. Kriegsgefangene werden auf die Felder befohlen, auch Schüler und Soldaten müssen helfen. Doch sie kommen zu spät. Am Ende liegt der Ertrag nur etwa bei der Hälfte einer durchschnittlichen Saison – eine Katastrophe.

Denn Kartoffeln sind als Grundnahrungsmittel inzwischen unentbehrlich. Etwas anderes gibt es kaum noch, Getreide ist Mangelware: Die britische Seeblockade hat die für Deutschland lebenswichtigen Importe aus Übersee einbrechen lassen. Noch dazu gerät die Verteilung der spärlichen Ernte ins Stocken, denn auch die Reichsbahn leidet unter Engpässen. Das im September 1916 aufgelegte Hindenburg-Programm, das die Produktion von Waffen und Munition ankurbeln soll, hat einen Rückgang der Kohleförderung ausgelöst.

Als wäre das noch nicht genug, bricht auch noch ein Winter mit extremen Mi-

nusgraden herein, die bis heute meteorologische Rekordwerte darstellen. Kälte, Kohlemangel und Hunger – diese Not trifft die Menschen Anfang 1917 mit voller Wucht. Im vierten Kriegsjahr sind die Reserven meist aufgezehrt, es geht an die Substanz. Vor allem in den Städten und unter den sozial Schwächeren bricht eine ernste Hungersnot aus.

Die Behörden versuchen, den Ernteausfall durch eine erhöhte Auslieferung von Steckrüben zu kompensieren. Deren Nährwert ist nur halb so groß wie der von Kartoffeln, sie bestehen vor allem aus Wasser. In den eilig publizierten Kochbüchern wird jedoch unverdrossen die Vielseitigkeit der Rübe angepriesen, aus ihr sollen Frikadellen, Marmelade oder Pudding entstehen – als gäbe es noch Variationsmöglichkeiten in der Küche. Tatsächlich bleiben Geschmack und Konsistenz fast immer gleich, und das oft zu allen drei Mahlzeiten. Kein Wunder, dass die Steckrübe zur Namensgeberin dieses Hungerwinters wird.

Dabei ist der eintönige Geschmack noch das geringste Problem. »Es ist nach den Lehren der Wissenschaft vollständig ausgeschlossen, dass ein gesunder Mensch bei diesen knappen Ernährungsmengen arbeitsfähig bleibt«, attestiert am 7. März 1917 der Ärztliche Beirat für Lebensmittelangelegenheiten der Stadt München. Trotzdem wird die Brotration am 1. April erneut gesenkt. Einem Erwachsenen stehen nun etwa 1000 Kilokalorien pro Tag zu – der Bedarf eines gesunden Menschen liegt bei mehr als dem Doppelten.

Auch wenn öffentliche Suppen- oder Kriegsküchen die Not lindern, die Todesfälle häufen sich. Am 14. März schreibt eine Mutter aus Mannheim an ihren kämpfenden Sohn: »Es sterben so viele Menschen, besonders alte Leute, wie noch nie. Letzte Woche waren in der Leichenhalle 55 alte Leute, die nicht mal untergebracht werden konnten. Das ist alles die Unterernährung, da ist man froh, wenn man noch ein bißchen dableiben darf.«

Auch die Zahl der Arbeitsunfälle steigt, Krankheiten wie Hungerödeme, Tuberku-

lose oder Hungertyphus breiten sich aus. Besonders betroffen sind Gefängnisinsassen und Patienten psychiatrischer Kliniken. Aus der Königlichen Heil- und Pflegeanstalt Regensburg wird berichtet, dass die Kranken »in ihrem Hungergefühl Kartoffeln mit der Schale, Abfälle und Ersatzstoffe, wo sie solche erhaschen konnten, zum Beispiel Gras, Blumenzwiebeln verzehrten [und] in unruhigen Abteilungen um die Nahrungsmittel mit Mitkranken förmlich rauften«. In den Badischen Heil- und Pflegeanstalten steigt die Todesrate Ende 1916 sprunghaft an. Insgesamt sterben in Deutschland im Ersten Weltkrieg etwa 424 000 Zivilisten an Hunger.

Die Rationierung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen ist – ebenso wie die zentral dirigierte Verteilung im Reich – ein wichtiges staatliches Steuerungsmittel. Doch bei allem Aufwand: Das Ziel einer gleichmäßigen und gerechten Versorgung der Bevölkerung wird nie erreicht. Widerstreitende lokale Interessen und Kompetenzüberschneidungen der beteiligten Behörden erschweren die Verteilung und liefern reichlich Konfliktstoff. So berichtet der *Hannoversche Kurier* im Oktober 1916, in der Provinz Hannover sei erheblicher Unmut entstanden, weil Kartoffeln »auf höhere Veranlassung« in das rheinisch-westfälische Industriegebiet umgelenkt worden seien. Schnell entsteht so der Eindruck, man werde durch die Behörden, die den Menschen das Letzte abverlangen, ungerecht behandelt. Auch das Versagen der Verwaltung bei der Bekämpfung des »Schleichhandels« schürt den Hass auf die Obrigkeit und die Wohlhabenden.

Immer wieder kommt es angesichts der desolaten Versorgungslage zu Unruhen. So notiert der Kunstprofessor Willy Spatz aus Düsseldorf am 2. März: »Indessen hören wir, daß es vor einigen Tagen einen schweren Krawall gab: Arbeitermassen stürmten die Bäckerläden und beraubten sie; aus Düsseldorf mußte Militär dorthin, die Ordnung wieder aufrecht zu erhalten. Die Zeitungen schweigen völlig darüber.« Möglicherweise halten sich die Blätter zurück, um

die Stimmung in der Bevölkerung nicht noch weiter zu verschlechtern. Auch in Kiel kommt es im März wiederholt zu schweren Krawallen: Kartoffellager und Bäckereien werden geplündert. Tausende Werftarbeiter treten in den Ausstand und fordern politische und wirtschaftliche Reformen. Auch Rufe nach einem sofortigen Kriegsende sind zu hören. Im Mai bricht in Staufen im Breisgau wegen der Unterschlagung von Käse der sogenannte Schweizer-Käse-Krawall aus. Nicht selten schwingt in solchen Vorfällen ein antisemitischer Unterton mit.

Im Frühjahr, als endlich die Vegetationsperiode einsetzt, entspannt sich die Situation etwas, doch Erfindungsreichtum ist weiterhin gefragt. Die *Kölnische Zeitung* empfiehlt ihren Lesern, sich mit den auf den Märkten angebotenen Krähen »in dieser fleischarmen Zeit ein billiges, ausgiebiges

Mehl, Kaffee, Wurst: Auf dem Speiseplan stehen Ersatzstoffe

und wohlschmeckendes Fleischgericht zu verschaffen«. In Hameln propagiert die *Deister- und Weserzeitung*, den als hartnäckiges Ackerunkraut bekannten Hederich als Gemüse zu verarbeiten – immerhin erinnere der Geschmack an Grünkohl. Vom Mehl bis zum Brotaufstrich: Für fast alles existiert irgendein Ersatzstoff. 1917 sind allein für Wurst 837 genehmigte Ersatzstoffe im Handel, 511 für Kaffee und über 1000 für Suppenwürfel. Nicht selten werden Lebensmittel dadurch ungenießbar. Mit Galgenhumor erzählt die in Deutschland lebende Australierin Ethel Cooper in einem Brief von einem Gespräch darüber, wie merkwürdig die Wurst schmecke. Nicht nach Pferd, eher nach Ratte, meinte sie. Die Gesprächspartnerin habe erwidert: »Oh, Ratten machen mir nichts, aber ich habe einen Horror vor Rattenersatz!«

Auch der Mangel an Rohstoffen ist dramatisch, die Behörden rufen unentwegt

zu Spar- und Sammelaktionen auf. Dabei kann es wie im März 1917 um Gold und Juwelen gehen – oder darum, Obstkerne abzuliefern. Der Erfolg solcher Aktionen lässt sich schwer einschätzen. Aber dass etwa mit Metallspenden bis hin zu Fenster- und Türgriffen versucht wird, den Import von Rohstoffen zu ersetzen, zeigt das Ausmaß der Hilflosigkeit.

Die staatlichen Eingriffe reichen tief in den Alltag der Menschen und machen selbst vor ihren Körpern nicht halt. So wird das Abliefern von Frauenhaar propagiert, das Kamelhaar als Dichtungsmaterial im U-Boot-Bau ersetzen soll. Mehrere Hundert Tonnen Haare werden gesammelt und an die Industrie abgegeben. Aber auch die Aufforderung der Reichsbekleidungsstelle »Geht barfuß!« ist in ihrer absurden Radikalität schwer zu übertreffen. Die *Deister- und Weserzeitung* berichtet im Juli 1917: »Mehrere städtische Behörden haben die Bevölkerung aufgefordert, für die Sommermonate auf das Tragen von Schuhwerk zu verzichten. Erfreulicherweise hat sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Barfußgehens ziemlich schnell in weiten Kreisen durchgesetzt.«

Diese beinahe allumfassende Inanspruchnahme der Menschen, das Gefühl, ein Ende des Krieges sei nicht abzusehen, und der Eindruck, diejenigen hätten am stärksten zu leiden und am meisten zu opfern, die den geringsten politischen Einfluss ausüben – all dies ist der Nährboden für eine wachsende politische Unzufriedenheit. Die spontanen Krawalle und Unruhen zeigen, dass unter der Oberfläche etwas gärt. Und die Kraft der Menge kann Mut einflößen. Die Erfolge der russischen Revolutionen werden auch im Deutschen Reich aufmerksam registriert.

Der Archivar Eduard Schulte formuliert seine Sorge im Dezember 1917 in der Chronik der Stadt Münster: Es zeige sich bereits eine »bedenkliche Gesinnungsänderung mancher Leute über Vaterland und Regierungsform«.

GESA SNELL ist Historikerin und lebt in Hameln



K - BROT

Für viele Dinge, die wegen der britischen Seeblockade nicht nach Deutschland gelangen, ist kaum Ersatz zu finden: Den Bauern fehlt das Getreide aus den USA, außerdem Salpeter aus Chile, der als Dünger auf die Felder gehört. Und wie sollen die Bäcker etwas backen, wenn die Felder bloß schmale Ernten hergeben und die Mühlen kaum Mehl? Erst wird das Brot rationiert, dann werden Bezugsscheine ausgegeben, jede Woche pro Kopf einen Laib. Die Bäcker strecken den Teig mit Mais, Reis oder Linsen, auch mit Birkenespänen. Schließlich mischen sie gar Mehl aus verdorbenem Roggen oder alten Kartoffeln bei. Das Brot riecht nach Schimmel und schmeckt faulig. Es ist kaum essbar. Auf dem Schwarzmarkt gibt es besseres, doch das kann sich nur die Oberschicht leisten. Für den Rest bleibt das Kriegsbrot, Kommissbrot, Kartoffelbrot, kurz »K-Brot«. Die Scheibe, die hier zu sehen ist, stammt von einem britischen Kriegsgefangenen namens Wilson. Im April 1918 bekommt er sie in Cottbus als Verpflegung zugeteilt. Er nimmt sie nach dem Krieg mit nach England. Noch heute kann man die Scheibe anschauen, im Imperial War Museum in London. Sie wirkt wie gerade gebacken (und leicht angebrannt), sicher dank ihrer widerstandsfähigen Zutaten. **FLO**



Das kurze Jahr der Freiheit

Im Februar 1917 stürzen hungernde Arbeiter, kriegsmüde Soldaten
und liberale Politiker den Zaren. Sie errichten die erste russische Demokratie.

Doch schon bald ist sie bedroht VON LEONID LUKS



ALLE MÜSSEN MIT
Anfang März 1917
herrscht Anarchie in
Petrograd: Der Zar
ist weg! Nur
langsam überneh-
men die demokra-
tischen Kräfte die
Macht. Bei der Fahrt
durch die Stadt lässt
sich ein Vertreter
der Duma sicher-
heitshalber von
so vielen Revolu-
tionären schützen,
dass sie kaum
aufs Auto passen

WECHSELRAHMEN

Als die Duma Mitte Februar 1917 tagt, wacht das Bild von Zar Nikolaus II. noch über den Köpfen der Abgeordneten. Beim ersten Zusammen-treten unter der neuen Provisorischen Regierung im März ist es bereits abmontiert



* In Russland gilt bis 1918 der julianische Kalender. Er liegt gegenüber der sonst üblichen Zählung 13 Tage zurück. Dem 23. Februar 1917 in Petrograd entspricht also der 8. März in Berlin.

Im Februar 1917 feiert Russland den Sieg der ersten demokratischen Revolution seiner Geschichte. Der russische Philosoph und Akteur des Geschehens Fedor Stepun beschreibt in seinen Erinnerungen, welche Begeisterung der Sturz des Zaren quer durch sämtliche Parteien und Schichten entfacht hat: »In jenen Tagen waren alle, von den Sozialisten bis zu den Schwarzen Hundertschaften, Revolutionäre und Demokraten.« Auch Lenin preist seine Heimat später in den »Aprilthesen« als das »freieste Land« unter den kriegführenden Staaten. Doch der Jubel verstummt schnell. Schon im Oktober geht die wohl am freiesten gesinnte Regierung in der Geschichte Russlands unter. Bereits nach acht Monaten hat die auf den Trümmern der Zarenmonarchie errichtete Demokratie so gut wie keine Verteidiger mehr. Wie konnte es dazu kommen?

»Gebt uns Brot!«, riefen Arbeiterinnen der Textilindustrie, als sie am 23. Februar 1917*, dem Internationalen Frauentag, in der Hauptstadt Petrograd auf die Straße gingen und einen Streik ausriefen. In den folgenden Tagen eskalierten die Märsche zu handfesten Auseinandersetzungen mit der Polizei. Der Zar, gerade bei den Truppen an der Front, löste per Dekret die Duma auf und schickte Soldaten in die Innenstadt. Protestaktionen waren seit Beginn des Krieges keineswegs selten. Um sie zu kontrollieren, war die Regierung gut gerüstet: Knapp 180 000 Soldaten zählte die Petrograder Garnison. Am 26. Februar wurden die ersten Regimenter eingesetzt. Hunderte Demonstranten starben durch ihre Kugeln.

Die Arbeiterinnen hatten gegen Teuerung und Knappheit demonstriert. Aber Hunger und Not waren nur der Anlass des Protestes, die Ursachen lagen tiefer. Viele Autoren führen diese Revolution vor allem auf die militärischen Niederlagen im Weltkrieg zurück. Der amerikanische Sowjetologe Bertram Wolfe hingegen hat diese Erklärung bereits vor Jahrzehnten infrage gestellt: Im napoleonischen Russlandfeldzug und auch im Zweiten Weltkrieg, so argumentiert er, habe das Land verhängnisvollere Niederlagen erlitten als im Ersten Weltkrieg. Die Katastrophen von 1812 und 1941 haben das Rückgrat der russischen oder später der sowjetischen Gesellschaft aber keineswegs gebrochen – im Gegenteil: Sie provozierten patriotische Gegenbewegungen. Anders sah es, mit Ausnahme der ersten Kriegswochen, in den Weltkriegsjahren 1914 bis 1917 aus. Die russischen Arbeiter und Bauern betrachteten diesen Waffengang nicht als »vaterländischen Krieg«. Was war passiert?

Im traditionellen Weltbild der Unterschichten verkörperte der rechtgläubige Zar den Staat und die Heimat. Als Soldaten kämpften sie für »Glauben, Zar und Vaterland«. Dass sich das »Vaterland« in dieser Dreieinheit an letzter Stelle findet, ist für den Historiker Georgi Fedotow kein Zufall – und hatte konkrete Folgen: Als sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Bauern und Arbeiter zunehmend vom Zaren abwandten, lockerte sich auch ihre Bindung an den Staat. Der Einsatz im Ersten Weltkrieg forderte jedoch maximale Opferbereitschaft. Ohne tiefe Identifikation mit den Zielen des Krieges, der Staatsführung und dem herrschenden System war ein solcher Kampf auf Dauer nicht möglich. Das Zarenregime erwies sich als schwächstes Glied in der Kette und zerbrach.

Die russischen Unterschichten lehnten sich gegen den Zaren auf, weil sie, so Fedotow, »ihren eigenen Staat, seine Ziele und Ideen nicht mehr verstanden«. Die national gesinnten Kreise aus den höheren Klassen wandten sich ebenso, aber aus anderen Gründen, gegen das Regime: Sie verdächtigten die Zarenfamilie, sich zu wenig mit dem Krieg zu identifizieren. Argwöhnisch schauten viele auf die Zarin, die aus Deutschland kam. Zum Symbol für dieses Misstrauen wurde ihre Verbindung zum »Wunderheiler« Grigori Rasputin, dessen Ratschläge sie häufig befolgt und der das Land praktisch mitregiert hatte. Rasputin hatte dem Zaren abgeraten, in den Krieg zu ziehen – er trug zur Diskreditierung der Herrscherfamilie besonders stark bei. Im Dezember 1916 wurde er ermordet.

Zu Beginn des Weltkrieges hatte für kurze Zeit ein politischer Burgfrieden geherrscht, aber im Sommer 1915 bildete sich in der Staatsduma ein oppositionell gesinnter »Progressiver Block«, dem sich die Mehrheit der Abgeordneten anschloss. Er forderte eine stärkere Einbindung der Gesellschaft in die politischen Entscheidungen, vor allem aber die Bildung einer Regierung, die dem Parlament verantwortlich war und nicht dem Zaren. Anlass waren der Rückzug der russischen Truppen aus Galizien und eine Krise der Lebensmittelversorgung.

Ende 1916 erreichte die Auseinandersetzung ihren Höhepunkt: »Was ist das? Dummheit oder Verrat?«, fragte Pawel Miljukow im Parlament. Der Vorsitzende der Konstitutionellen Demokraten, einer liberalen Partei, unterstellte der zarischen Regierung Unfähigkeit oder wahlweise die Duldung deutscher Spione in ihren Reihen. Liberale, Sozialisten, auch manche Konservative wandten sich von der Regierung ab. Am Hof des Zaren planten Teile des Hoch-



BROT FÜR DIE KINDER!

Die Petrograder Arbeiterfrauen treibt es am 23. Februar 1917 auf die Straße. Tagelang streiken sie, in den Putilow-Werken beginnt der Ausstand. Auf ihren Plakaten fordern sie höheren Sold für die Angehörigen der Armee und Nahrung für die Kinder

adels eine Palastrevolution: »Die ganze Staatsduma – von Miljukow bis Purischkewitsch – bekannte sich zur Revolution«, schreibt der russische Philosoph Sergej Bulgakow, der früher selbst Duma-Abgeordneter war. Zu Beginn des Jahres 1917, als die Proteste gegen Hunger und Inflation in die Revolution umschlugen, war die Monarchie bereits am Ende.

Nach den ersten Straßenkämpfen in Petrograd gelang es der Regierung des Zaren gerade drei Tage lang, die Oberhand zu behalten. Am vierten Tag, dem 27. Februar, weigerten sich die ersten Soldaten, weiter auf die Menschen zu schießen – stattdessen verbrüderten sie sich mit ihnen. Ein Regiment nach dem anderen wechselte die Seiten. Die Duma beschloss, sich über das Auflösungsdekret des Zaren hinwegzusetzen. Die Aufständischen brachten nun Hauptstraßen, wichtige Gleise, Brücken, Postämter und Telegrafenanleitungen sowie die Garnison in Petrograd unter ihre Kontrolle, in Moskau passierte Ähnliches. Am 2. März dankte der Zar unter dem Druck seiner Befehlshaber ab.

Die Revolution jedoch bestand aus zwei einander entgegengesetzten Umstürzen. Die Bildungselite wollte Russland in eine parlamentarische Demokratie nach westlichem Muster verwandeln und die 1905 begonnene Entwicklung zu einem pluralistischen Staat vollenden. Die Unterschichten dagegen

erwarteten eher die Verwirklichung ihrer traditionellen Gerechtigkeitsideale; sie sahen in der Revolution einen Aufstand gegen das hierarchische Prinzip an sich. Wer ihr Gleichheitsstreben infrage stellte, hatte im egalitaristischen Rausch des Jahres 1917 wenig Chancen. Der Riss zwischen Oben und Unten war seit Generationen tief, aber nun erreichte er Dimensionen, die für das damalige Europa beispiellos blieben. Während die Bildungsschicht am politischen Diskurs Europas partizipierte und seine Strömungen – von Konservativen bis Linksradiكالen – abbildete, war die Vorstellungswelt der Unterschichten von archaischen Glaubenselementen durchdrungen. Es war eine paradoxe Revolution, und genau das wurde, wie Leo Trotzki darlegte, zu ihrem größten Problem.

Nach der Februarrevolution bildete sich die Kluft in der Doppelstruktur der neuen Machtinstitutionen ab: Bereits am 27. Februar 1917 errichteten die liberalen und demokratischen Kräfte das Provisorische Duma-Komitee und bildeten am 2. März die Provisorische Regierung, geführt von Georgi Lwow aus der Partei der Konstitutionellen Demokraten. Die Unterschichten hingegen sahen ihre Interessen durch den basisdemokratischen Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten vertreten, der zur selben Zeit entstand und auf Augenhöhe mit der Regierung agierte. Der einzige Politiker, der die beiden Institutionen glaubhaft miteinander verband,

war Alexander Kerenski. Er war Justizminister und zugleich Mitglied im Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates.

Verteilt über das Reich entstanden Räte dieser Art, unterstützt von der Mehrheit der Bevölkerung, die damit eine »sozialistische Wahl« traf. Darum erscheint es auf den ersten Blick seltsam, dass der Petrograder Sowjet im Februar nicht die alleinige Macht im Land übernahm. Warum war er zunächst bereit, die Provisorische Regierung, die mit wenig Machtmitteln ausgestattet war, zu unterstützen?

Zum einen wollten die gemäßigten Sozialisten, also die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre, die den Sowjet bis zum Sommer 1917 dominierten, nicht an der Spitze einer »bürgerlichen Revolution« stehen – und der Februaraufstand galt als solche. Zum anderen hatten sie Angst vor der anarchischen Woge, die Russland nach der Zarenherrschaft zu überfluten drohte. Auf dem Land deutete sich eine Bauernrevolte an. Sie hätte die Errungenschaften der Februarrevolution zunichtemachen können.

Tatsächlich blieb die Provisorische Regierung in allem, was sie tat, vom Petrograder Sowjet abhängig. Sie benötigte seine Unterstützung, denn das Land befand sich noch in revolutionärer Gärung. Um die Ordnung aufrechtzuerhalten, musste ein Ersatz für die gigantische zarische Staatsmaschinerie erst noch gefunden werden. Und nicht zuletzt: Russland führte immer noch Krieg gegen mächtige Feinde. Der Sowjet war zunächst bereit, die Unterstützung zu gewähren. Er verstand sich als Überwacher der »revolutionären Demokratie« und sah seine Aufgabe im »Kampf gegen die Reste des alten Regimes und gegen konterrevolutionäre Bestrebungen«. Sein Ziel blieb ein sozialistisches System.

Unter dem Druck des Petrograder Sowjets verkündete die Provisorische Regierung am 3. März 1917 ein Manifest, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlen ankündigte und eine »vollständige und sofortige Amnestie aller politischen und religiösen Vergehen einschließlich terroristischer Angriffe« sowie Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit in Aussicht stellte. Eine neue Verfassung sollte so bald wie möglich beschlossen werden.

Die Bauern und Arbeiter aber wurden ungeduldig. Sollten nicht jetzt, da die »Klassengegner« wehrlos und schwach waren, die Bauern ihre Gutsbesitzer enteignen und die Arbeiter den Kapitalisten die Betriebe entreißen? Auch ohne die Bolschewiki, die zu diesem Zeitpunkt noch über wenig Einfluss verfügten, hätten sich die Zustände im Land wahrscheinlich radikalisiert. Die Bolschewiki wollten

diesen Prozess jedoch beschleunigen. Fedor Stepun schreibt, Lenin sei der einzige Politiker gewesen, der sich vor keiner möglichen Folge der Revolution gefürchtet habe. Sein revolutionärer Eifer sei den »dunklen destruktiven Instinkten der Volksmassen« entgegengekommen.

War die »erste« russische Demokratie also zum Scheitern verurteilt? War der Sieg der Bolschewiki im Oktober der einzig mögliche Ausgang der Krise? Dieser Erklärungsversuch ist deterministisch und greift zu kurz. Die Demokratie des Frühlings 1917 verfügte durchaus über Potenzial – aber sie nutzte es nicht. Vor allem wurde die Gefahr, die von den linken Extremisten ausging, kolossal unterschätzt.



Unter den gemäßigten Sozialisten gab es allerdings Politiker, die das Wesen der bolschewistischen Gefahr frühzeitig erkannten. So sagte einer der Führer der Menschewistischen Partei, Irakli Zereteli, im Juni 1917: »Die Konterrevolution kann nur durch ein einziges Tor einfallen – das der Bolschewiki.« Seine Worte klangen jedoch in den Ohren vieler Sozialisten beinahe blasphemisch. Sie betrachteten die Bolschewiki als festen Bestandteil der gemeinsamen »revolutionär-demokratischen« Front. Darum waren sie dagegen, die Bolschewiki zu entwaffnen, wie Zereteli es forderte. Solche Vorschläge verstanden sie als Schwächung des eigenen Lagers und als Verrat an der Revolution.

Die nichtbolschewistische Mehrheit des Sowjets, schrieb Zereteli später in seinen Erinnerungen, habe die Übernahme der Macht abgelehnt, um nicht gezwungen zu sein, gegen die Bolschewiki vorzugehen.

ZAR OHNE VOLK

Nach seiner Abdankung wird Nikolaus II. mit Familie im Palast Zarskoje Selo nahe Petrograd unter Arrest gestellt. Zunächst hat er noch seinen Sohn Alexej (links) als Thronfolger eingesetzt, dann die Entscheidung widerrufen. Die Ära der Romanows findet nach 300 Jahren ihr Ende

Die gemäßigte Linke habe es für ein Axiom gehalten, dass die Feinde der Revolution stets rechts zu finden seien, niemals links.

Im Verlauf des Jahres 1917, das spart Zereteli aus, gab es aber mindestens einen Moment, in dem sich die russische Demokratie mit Erfolg gegen die linksextreme Herausforderung wehrte. Am 3. Juli kam es in Petrograd zu einem Putschversuch, maßgeblich orchestriert durch die Bolschewiki. Die Entschlossenheit, mit der die russischen Demokraten in diesem Moment bereit waren, ihre neue Staatsordnung zu verteidigen, wirkte geradezu lähmend auf die Rebellen: Schon beim ersten Anblick der regierungstreuen Truppen räumten sie das Feld. Etwa 800 Anführer der Juli-Revolution wurden verhaftet, darunter viele Bolschewiki. Die Militäreinheiten, die sich auf ihre Seite gestellt hatten, wurden entwaffnet. Die Provisorische Regierung veröffentlichte anschließend Dokumente über die geheime Zusammenarbeit der Bolschewiki mit den Deutschen, um sie zu diskreditieren. Lenin floh aus Petrograd und versteckte sich in Finnland; ihm drohte ein Prozess wegen Hochverrats.

Es war die gemäßigte Linke, die nach diesem Fehlschlag die Bolschewiki am Leben hielt. Obwohl Lenins Partei die Ordnung mit Gewalt zu stürzen versucht hatte, blieb sie Teil des Bündnisses der »revolutionären Demokratie«. Ihre sozialistischen Gegner akzeptierten sie weiter in ihrer »Solidargemeinschaft«. Die Mehrheit des Petrograder Sowjets lehnte ein hartes Vorgehen gegen die Bolschewiki ab, und die bürgerlichen Minister der Provisorischen Regierung trauten sich nicht, den Sowjet in dieser Frage zu übergehen. Unentwegt prangerte dagegen das Zentrale Exekutivkomitee der Sowjets die »Hetzkampagne« der bürgerlichen Presse gegen die Bolschewiki an und wandte sich gegen die Behauptung, Lenin arbeite mit den Deutschen zusammen. Viele seiner im Juli verhafteten Parteigänger wurden nicht angeklagt und bald wieder freigelassen.

Diese Milde interpretierten die Bolschewiki als Schwäche. Später sollte Lenin sagen, seine Partei habe in diesem Juli Fehler gemacht, die ihre Gegner aber nicht genutzt hätten: »Zum Glück besaßen unsere Feinde damals weder die Konsequenz noch die Entschlusskraft zu solchem Vorgehen.«

Panische Angst hatten die gemäßigten Sozialisten stattdessen vor einer Gegenrevolution von rechts. Und tatsächlich wollte sich General Lawr Kornilow Ende August 1917 gewaltsam an die Macht bringen. Das klägliche Scheitern seines Ver-

suchs zeigte jedoch, dass die Armee nicht mehr bereit war, gegen die Bevölkerung zu kämpfen. Trotzdem gaben die gemäßigten Sozialisten den Bolschewiki nach diesem rechten Putschversuch die Waffen zurück, die sie ihnen im Juli abgenommen hatten. Sie taten dies auch, weil sie ihre eigenen Kräfte maßlos unterschätzten; das war die wirklich verhängnisvolle Folge der Kornilow-Affäre.

Dabei hätte die russische Demokratie die Hilfe der Linksextremisten nicht gebraucht, um der Gefahr von rechts erfolgreich zu begegnen. Die Bolschewiki erhielten die Waffen aus den Händen der Demokraten zurück und begannen umgehend, sie einzusetzen, um die Demokratie zu beseitigen.

Wie betäubt sahen die Provisorische Regierung und die Führung des Sowjets dabei zu. Das System der Doppelherrschaft offenbarte jetzt seine eigentliche Schwäche: Es hatte das Gewaltmonopol des Staates zerstört und lähmte Militär und Verwaltung. Die Demokraten waren auch im Herbst 1917 noch in der Mehrheit, aber weil sie sich gegenseitig blockierten, konnten die Bolschewiki gegen den Willen der wichtigsten politischen Gruppierungen im Land und sogar gegen den Willen mancher Bolschewiki im Alleingang die Macht erobern.

Oft wird das Scheitern der russischen Demokraten auf die Eigenart der russischen Mentalität oder auf den geschichtlichen »Sonderweg« des Landes zurückgeführt, der sich vom Westen angeblich grundlegend unterschieden habe. Diese Besonderheiten spielten bei den dramatischen Ereignissen von 1917 gewiss eine Rolle. Doch der Niedergang des neuen Systems nach der Februarrevolution hatte auch Ursachen, die weit über den spezifisch russischen Kontext hinausgingen. So war zum ersten Mal weltweit ein demokratisches Gemeinwesen mit einer totalitären Partei konfrontiert, welche die neuen Freiheiten der Demokratie ausnutzte, um diese zu zerstören.

Etwa fünf Jahre später sollte die italienische und fünfzehn Jahre später die Weimarer Demokratie in Deutschland an ähnlichen Herausforderungen scheitern – und zwar mitten im Frieden, nicht im vierten Kriegsjahr wie in Russland. Der Untergang der russischen Demokratie hat die Krise der demokratischen Systeme in Europa bloß um einige Jahre vorweggenommen. ■

LEONID LUKS ist emeritierter Professor für Mittel- und Osteuropäische Zeitgeschichte an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt

Volles Risiko

Anfang 1917 setzt die Reichsleitung alles auf eine Karte:
Sie glaubt an einen schnellen Erfolg ihrer U-Boote und nimmt
den Kriegseintritt der USA in Kauf

VON SVEN OLIVER MÜLLER

UNHEIL AUS DER TIEFE

Auch im Mittelmeer tobt
der U-Boot-Krieg. Das
Foto entstand am
7. April 1917 vor
Sardinien: U35 versenkt
den englischen Frachter
»Maplewood«

I

n den amerikanischen Kinos steht 1917 anti-deutsche Propaganda auf dem Programm: Ein Kassenschlager ist der Spielfilm *The Kaiser, The Beast of Berlin*, in dem sich zwei Protagonisten des U-Boot-Krieges, der üble Kaiser Wilhelm II. und ein teuflischer Kommandant, auf die Jagd nach Unschuldigen machen. Das trifft den Nerv des Publikums. Ein Kino in Omaha, Nebraska, stellt neben dem Eingang ein Schild auf: »Pro-Deutsche haben freien Eintritt.« Nach Aussage des Eigentümers macht niemand von diesem großzügigen Angebot Gebrauch.

Das Beispiel zeigt, welche Empörung der deutsche U-Boot-Krieg in den USA auslöste. Der Erfolg des Films war ungeheuer – gemessen an den Besucherzahlen, aber auch an der emotionalen Erregung des Publikums. Kaum etwas heizte die deutschfeindliche Stimmung im Land stärker an als die Bilder vom entgrenzten Krieg im Atlantik.

Dass von den Tauchbooten einmal eine solche Wirkung ausgehen sollte, hatte vor 1914 niemand ahnen können. Der technische Entwicklungsstand war noch bescheiden: Bis zum Kriegsausbruch galten U-Boote als eher experimentelle Ingenieurskunst. Was im Arsenal der Marine zählte, waren die großen Schlachtschiffe.

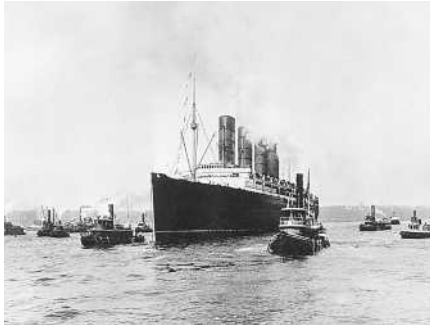
Mit gerade einmal 20 einsatzbereiten U-Booten hatte Deutschland den Krieg begonnen. Und in der britischen Marine glaubte man zu wissen, wie man sie bekämpfen könnte. Scurrile Ideen kursierten: Abgerichtete Seemöwen sollten sich auf die Periskope setzen, um diese erkennbar zu machen.

Die Besatzungen kleiner Boote würden dann Säcke über die Periskope ziehen, um den Gegner blind zu machen, bevor man mit Spitzhacken Löcher in den Rumpf schlug.

Etwas erfolgversprechender war ein anderer improvisierter Plan. Zwischen 1915 und 1917 ließen die Briten als Frachter getarnte Hilfskreuzer auslaufen, die auf kurze Entfernung plötzlich ihre versteckten Geschütze gegen die Angreifer zum Einsatz bringen konnten. Der größte Erfolg dieser sogenannten Q-Schiffe lag allerdings in ihrer propagandistischen Wirkung: Die Royal Navy demonstrierte so der nationalen und internationalen Öffentlichkeit, dass auch vermeintlich wehrlose Frachter die »feigen« U-Boote besiegen konnten.

Letztlich bezeugten derartige Versuche aber die Hilflosigkeit der Briten. U-Boote waren eine unbekannte Waffe, und man hatte noch nicht gelernt, sie wirkungsvoll zu bekämpfen. Die mächtige königliche Flotte konnte im Prinzip in jeder Seeschlacht jeden Gegner schlagen, nur eben nicht die Unterseeboote, die sich dem »ehrenhaften« Kampf von Angesicht zu Angesicht entzogen.

Wie gefährlich U-Boote sein konnten, zeigte sich schon in den ersten Kriegswochen. In etwas mehr als einer Stunde versenkte U9 unter Otto Weddigen am 22. September 1914 die drei britischen Panzerkreuzer *Aboukir*, *Hogue* und *Cressy*; 1467 Menschen kamen ums Leben. Doch derartige Angriffe auf Kriegsschiffe brauchten das Überraschungsmoment, sie blieben die Ausnahme. Das Deutsche Reich entschied sich, die U-Boote



**»CLEAR OUT THE
GERMANS!«**

Am 7. Mai 1915 wird die »Lusitania« von einem deutschen U-Boot versenkt, 1198 Menschen sterben. Nur wenige Leichen können geborgen und bestattet werden. In England kommt es daraufhin zu Ausschreitungen, deutsche Geschäfte werden attackiert und geplündert

primär gegen Frachtschiffe einzusetzen. Der Angriff auf Handelsdampfer erfolgte meist aufgetaucht; eine Taktik, die gegen bewaffnete Gegner schnell mit dem eigenen Untergang geendet hätte. Selten setzten die U-Boote ihre wenigen Torpedos ein, sie attackierten die Frachter meist mit ihrer Bordkanone, weil sich so weit mehr Schiffe versenken ließen.

Am 4. Februar 1915 traf die Reichsleitung eine für den Fortgang des Krieges verhängnisvolle Entscheidung: Die deutschen U-Boote wurden angewiesen, nicht nur feindliche, sondern auch neutrale Handelsschiffe im Sperrgebiet rings um Großbritannien anzugreifen. Admiral Alfred von Tirpitz, bis 1916 Staatssekretär des Reichsmarineamtes, nahm in Kauf, dass Deutschland durch diese Ausrufung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges internationales Seerecht verletzte. Das Prisenrecht besagte, dass neutrale Frachtschiffe nicht angegriffen und feindliche Schiffe erst nach dem Ausbooten der Besatzung versenkt werden durften.

Drei Monate später eskalierte der Krieg im Atlantik in einer Weise, die alle Seiten dazu brachte, den Einsatz der U-Boote neu zu bewerten. Am 7. Mai 1915 versenkte U20 vor der irischen Küste das britische Passagierschiff *Lusitania*. Die königliche Marine musste die höchste bekannte Opferzahl unter reisenden Zivilisten hinnehmen: 1198 Männer, Frauen und Kinder ertranken – unter ihnen 128 Amerikaner. In den meisten Ländern der Welt empörte sich die Presse über diese massenhafte Tötung Unschuldiger. Hilflos meldete der deutsche Botschafter in Washington, Johann Heinrich Graf von Bernstorff, sein Land habe nun kaum noch eine Chance, die Sympathie der Amerikaner zurückzugewinnen.

Bereits einen Monat später, am 6. Juni 1915, entschied sich Deutschland, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg wieder zu suspendieren, um die USA nicht noch weiter zu reizen. Das Potenzial der neuen Waffe war erkennbar geworden, doch den eigentlichen Höhe- und Wendepunkt des U-Boot-Krieges markiert erst das Jahr 1917.

In den ersten Monaten zeichnete sich tatsächlich ein deutscher Sieg ab. Würde der Unterseekrieg noch weiter intensiviert, sei Großbritannien bis zum Sommer 1917 gezwungen, um Frieden zu bitten, warnte John Rushworth Jellicoe, der Oberbefehlshaber der Royal Navy. Eine Ausweitung aber lag im deutschen Interesse. Am 1. Februar 1917 rief

Deutschland erneut den uneingeschränkten U-Boot-Krieg aus. Die Reichsleitung ging damit ein enormes Risiko ein, denn dass weitere Opfer Amerika in den Krieg treiben würden, lag seit dem Untergang der *Lusitania* auf der Hand. Diesmal setzte man alles auf eine Karte: Während die deutschen Schlachtschiffe in den Häfen langsam Rost ansetzten – in der Schlacht am Skagerrak am 31. Mai 1916 hatten sie den Briten schwere Verluste zugefügt, aber deren Seeherrschaft nicht gebrochen –, sollten nun die U-Boote über Sieg oder Niederlage entscheiden.

Der Erfolg hing von der Abschussquote ab. Laut Plan sollten jeden Monat 600 000 Bruttoregistertonnen (BRT) Frachtraum versenkt werden – der Krieg, so glaubte man, wäre dann in einem halben Jahr gewonnen. Zunächst schien diese Rechnung aufzugehen. Im Februar 1917 sanken 86 britische Handelsschiffe mit 256 000 BRT, im März waren es 103 Schiffe mit 248 000 BRT. Im April stellte die Schlagkraft der U-Boote dann alles bisher Dagewesene in den Schatten: Sie versenkten 144 britische Schiffe mit 516 000 BRT (und sogar 841 000 Tonnen alliierten Schiffsraum insgesamt). Im Schnitt ging jedes vierte Schiff verloren, das einen britischen Hafen ansteuerte.

Diese Erfolge beschleunigten paradoxerweise die Niederlage des Deutschen Reiches – auf politischer, militärischer und moralischer Ebene zugleich.

Politisch provozierte die bewusste Eskalation den Kriegseintritt der USA. Die Motive für die Aufgabe ihrer Neutralität waren vielfältig, doch trug der deutsche U-Boot-Einsatz erheblich zu der Entscheidung bei. Präsident Woodrow Wilson begründete die Kehrtwende in seiner Rede vor dem Kongress am 2. April 1917 mit der Verletzung des Völkerrechts und der Ehre der USA durch den deutschen U-Boot-Krieg. Mit der Strategie einer bewaffneten Neutralität habe man die amerikanischen Bürger und Interessen nicht schützen können; gnadenlos seien die Gefühle der Amerikaner verletzt worden.

Militärisch reagierten die Alliierten zunehmend erfolgreich mit neuen Taktiken auf den deutschen Unterwasser-Angriff. Die Zeit spielte ihnen in die Karten, auch in der Seekriegsführung. Im Frühling und Sommer 1917 begannen die Briten nach langem Zögern, eine alte, effiziente Taktik zu nutzen: den Konvoi. Die Frachtschiffe machten sich nicht mehr allein auf den Weg, sondern

führen in größeren Verbänden, die von Zerstörern und anderen Kriegsschiffen geschützt wurden. Im Oktober waren bereits mehr als 1500 Handelsdampfer in rund 100 Geleitzügen unterwegs. Die Begleitschiffe setzten immer häufiger die wirkungsvollen Wasserbomben gegen die Angreifer ein, und die U-Boote ihrerseits konnten die Konvois nicht mehr aufgetaucht, sondern nur noch mit Torpedos angreifen, was die Erfolgchancen minderte. So gingen im November 1917 lediglich 24 britische Schiffe verloren (259 500 BRT) – etwa die Hälfte des versenkten Schiffsraums im Vergleich zum April.

In den folgenden Monaten nahm die versenkte Tonnage weiter ab – bis auf 118 000 BRT im Oktober 1918. Die deutschen Verluste dagegen wuchsen. Von den 374 im Ersten Weltkrieg eingesetzten deutschen U-Booten gingen 228 verloren. Von den 13 000 deutschen Offizieren und Mannschaften starben 5300. Die Verluste der Alliierten waren höher: Mehr als 30 000 Menschen, darunter etwa 15 000 britische

Zivilisten, kamen bei U-Boot-Angriffen ums Leben, rund 6300 Schiffe (fast 5000 unter britischer Flagge) sanken.

Die politisch-militärischen Folgen waren das eine, die rechtlichen und moralischen Grenzüberschreitungen das andere. Die deutsche Marine verletzte das Seerecht ebenso wie die bis dahin geltenden Menschenrechte. Der Einsatz der U-Boote richtete sich nicht nur gegen den feindlichen Staat, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung, gegen Reisende oder einfache Seeleute. Man wollte nicht nur die Streitkräfte treffen, sondern zielte auf den Zusammenhalt der gegnerischen Gesellschaft.

Bei diesem maritimen Gewaltschlag handelte es sich aber nicht um einen »deutschen Sonderweg«. Das Deutsche Reich wagte den Grenzübertritt in den totalen Seekrieg nicht allein. Bei allem Zorn über den deutschen U-Boot-Krieg sind Gemeinsamkeiten mit der britischen Kriegsführung nicht von der Hand zu weisen. Mindestens in der Grauzone zum Rechtsbruch lag auch die Blockade der Nordsee durch

die britische Marine, die den Transport von Gütern aller Art in das Deutsche Reich verhindern sollte. Genau das traf die deutsche Zivilbevölkerung. Es belastete nicht nur die militärische Schlagkraft des Staates, sondern bedrohte jedermann durch Hunger und Mangel. Diese Blockade hatte einen wesentlichen Anteil daran, dass mehr als 420 000 Zivilisten in Deutschland den Tod durch Hunger fanden.

Im uneingeschränkten U-Boot-Krieg ist ein Extremismus zu erkennen, der insbesondere, aber nicht nur für die Kriegspolitik des Deutschen Reiches galt. Diese Grenzüberschreitung markiert den Übergang von den Kriegen des 19. Jahrhunderts zur Epoche der Massengewalt im 20. Jahrhundert. Die Logik des »totalen Krieges«, in dem jedes Mittel recht ist und nicht mehr zwischen Soldat und Zivilist unterschieden wird, war im deutschen U-Boot-Krieg bereits angelegt. ■

SVEN OLIVER MÜLLER *ist Historiker an der Universität Tübingen*

BUNDESKUNSTHALLE



Zeitgleich:
Der Persische Garten
auf dem
Museumsplatz

IRAN

Frühe Kulturen zwischen
Wasser und Wüste
bis 20. August 2017 in Bonn

Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland

www.bundeskunsthalle.de

Ücretsiz PDF Kitap Arsivi - <https://irantey.org>



»Lafayette, here we come!«

Mit dem Versprechen auf Neutralität gelingt US-Präsident Woodrow Wilson
1916 die Wiederwahl. Fünf Monate später erklärt Amerika
Deutschland den Krieg – und erlebt eine Welle antideutscher Ressentiments

VON RONALD D. GERSTE



WELTWÄRTS
Mit dem
Sternenbanner in
der Hand begrüßen
amerikanische
Pfadfinder
im April 1917
auf einer Parade
in New York den
Kriegseintritt
der USA

G

ott helfe ihr, sie kann nicht anders!« Es ist nicht Martin Luther, der diese Worte spricht, sondern Woodrow Wilson. Der ehemalige Princeton-Professor und 28. Präsident der USA beendet mit ihnen und mit dem Verweis auf *sie*, auf *America*, seine Rede vor beiden Häusern des Kongresses. Im Gedächtnis bleiben wird eine andere Formulierung, die er an diesem Abend des 2. April 1917 gebraucht: »*The world must be made safe for democracy.*« Um die Welt für die Demokratie sicher zu machen, beantragt der Präsident, Deutschland den Krieg zu erklären.

Wilson beschwört hehre Ideale, nennt einen »Frieden, der auf den bewährten Fundamenten politischer Freiheit basiert«, als Kriegsziel. Eine von Deutschland ausgehende Bedrohung der USA sieht er nicht; vielmehr habe das Kaiserreich Amerikas Rechte als neutraler Handeltreibender verletzt.

Am Ende bricht Applaus los, aber nicht alle Zuhörer sind mitgerissen. Der republikanische Abgeordnete LeBaron Colt aus Rhode Island bemerkt, sein Land gehe nun in einen Krieg, »als hätten deutsche Schlachtschiffe gerade New York City bombardiert und jede Menge Zivilisten getötet«. Die Anwesenden erinnern sich noch gut an den letzten Besuch Wilsons im Kapitol. Es ist noch keine fünf Wochen her, da ist der Präsident hier für eine zweite Amtszeit vereidigt worden. Den Wahlkampf hatte er gewonnen, indem er mit dem Slogan »*He kept us out of war*« (»Er hat uns aus dem Krieg herausgehalten«) seine strikte Neutralitätspolitik und seinen Pazifismus als Markenzeichen pries und eine Fortsetzung des bisherigen Kurses versprach. Eines Kurses, der die USA zum Zuschauer des Massensterbens in Europa machte, ihnen aber zugleich gute Geschäfte mit Großbritannien und Frankreich ermöglichte. Wie konnte sich alles so schnell ändern?

Als im Hochsommer 1914 der Krieg in Europa beginnt, erklärt Wilson schnell die Neutralität der USA. Diese Haltung entspricht dem Selbstverständnis der Nation wie der Position der meisten Amerikaner zu dem noch fernen Konflikt: »Ich kann nur sagen, dass die Vereinigten Staaten nie versucht haben, sich in europäische Angelegenheiten einzumischen.« So stellt sich der Präsident in die Tradition seiner Vorgänger und setzt die vielleicht älteste außenpolitische Maxime seines Landes fort. Immerhin war es der Gründervater George Washington, der die Nation in seiner Abschiedsbotschaft 1796 davor warnte, sich in Bündnisse (*entangling alliances*) mit den europäischen Mächten verwickeln zu lassen. Washingtons virginischer Landsmann James Monroe formulierte ein

Vierteljahrhundert später die seinen Namen tragende Doktrin, mit der die USA europäischer Machtentfaltung in der westlichen Hemisphäre einen Riegel vorschieben und sich gleichzeitig zur Nichteinmischung in europäische Angelegenheiten verpflichteten.

Sosehr der Neutralitätskurs der Regierung Wilson auf Zustimmung bei den US-Bürgern stößt, so unterschiedlich sind die Sympathien für die Kriegsparteien in dieser von Masseneinwanderung und rasantem Bevölkerungswachstum geprägten Nation verteilt. Die starke deutschstämmige Gemeinde solidarisiert sich – vor allem in ihren auflagenstarken deutschsprachigen Zeitungen – mit dem Land der Vorfahren, andere Amerikaner sehen in England, dem Mutterland der westlichen Demokratie, die ihnen nahestehende europäische Nation. Für wieder andere Amerikaner ist nicht die Verbundenheit mit, sondern die Aversion gegen eine der Parteien das Leitmotiv: Die starke irische Community in den Metropolen des Nordostens hegt eine tief sitzende Antipathie gegen England, russischstämmige Juden gegen das Zarenregime und griechische Einwanderer gegen die mit Deutschland verbündete Türkei.

Die Krieg führenden Länder ihrerseits wissen um die Wirtschaftskraft der USA und haben großes Interesse, das Land auf die eigene Seite zu ziehen. Die Voraussetzung dafür ist, den Kampf um die öffentliche Meinung zu gewinnen – niemand weiß dies so gut und niemand geht dabei so professionell zu Werke wie die britische Regierung mit ihren Agenten und Unterstützern in den USA.

Die wichtigsten Befürworter einer Koalition mit England sind die Wall Street, allen voran das Bankhaus J. P. Morgan, und die amerikanischen Medien. Großbritannien gelingt es, das Bild vom Krieg in den amerikanischen Medien wesentlich zu bestimmen. Die Briten kappen die Unterseekabel, mit denen Propaganda aus Deutschland oder Österreich-Ungarn ins Land kommen könnte. In London leitet Sir Gilbert Parker das American Ministry of Information, einen Apparat mit 54 Mitarbeitern, der Kontakte zu einflussreichen Persönlichkeiten in Amerika unterhält. Nicht weniger als 260 000 Politiker und Akademiker, Banker und Unternehmer werden so mit »Informationen« versorgt – ebenso die Redaktionen der Zeitungen und die Filmstudios in Hollywood. Neben *soft news*, wonach Briten und Amerikaner doch so wesensverwandt seien, erscheinen auch *fake news* über angebliche Gräueltaten der »Hunnen«. Die renommierte *New York Times* veröffentlicht



**WILSONS
DIPLOMAT**

Robert Lansing zieht 1915 als Außenminister ins State Department ein und bricht mit dem Neutralitätskurs seines Vorgängers

solche Geschichten unter Überschriften wie »Dänische Kinder erschossen« und »Knaben wurden die Hände abgehackt«.

Neben der britischen Beeinflussung (die lediglich einen Rückschlag erleidet, als das größte Kolonialreich der Erde den irischen Osteraufstand in Dublin 1916 blutig niederschlägt) bewirkt vor allem die deutsche Seekriegführung einen allmählichen Stimmungsumschwung in der amerikanischen Öffentlichkeit. Als im Mai 1915 ein deutsches U-Boot den britischen Luxusliner *Lusitania* versenkt und 128 amerikanische Passagiere ums Leben kommen, wächst der öffentliche Druck auf die US-Regierung. Sie legt scharfen Protest ein, lässt aber noch keine weiteren Schritte folgen.

Für den auf strikte Neutralität pochenden Außenminister William Jennings Bryan indes ist selbst Wilsons Wortwahl vom »unverzeihlichen Verstoß« und von der »gezielten Unfreundlichkeit« angesichts des deutschen Vorgehens zu drastisch – er tritt im Juni 1915 zurück. Sein Nachfolger wird Robert Lansing, der konsequent probritisch ist und Wilsons Neutralitätspolitik mit einer in der Geschichte des State Department wohl einmaligen Portion Illoyalität unterläuft. Von nun an gehören Klagen über die Einschränkungen des amerikanischen Handels mit Europa zum diplomatischen Standardrepertoire – laut und empört werden sie vorgetragen, wenn der deutsche U-Boot-Krieg gemeint ist, kaum vernehmlich sind sie, geht es um die Blockade deutscher Häfen durch die Royal Navy. Schritt für Schritt, so schreibt der ehemalige *Time*-Redakteur Burton Yale Pines in seinem Buch über Amerikas Weg in den Krieg, wird selbst die Vorspiegelung von Ausgewogenheit fallen gelassen.

Und nicht nur politisch, auch wirtschaftlich ist Amerika nicht länger neutral. Der Handel mit den Alliierten hat die USA aus der Rezession von 1914 in den Boom von 1917 geführt. Es herrscht Vollbeschäftigung, das Handelsvolumen mit Europa – beziehungsweise mit jenem Teil des Kontinents, zu dem die britische Marine Zugang gewährt – hat sich von 500 Millionen Dollar auf 3,5 Milliarden versiebenfacht. Längst haben Großbritannien und Frankreich an der Wall Street so gigantische Kredite aufgenommen, dass eine Niederlage der beiden Westmächte zum Albtraum der Banker geworden ist.

Trotz dieser blendenden wirtschaftlichen Lage gewinnt Wilson 1916 nur knapp gegen den Republikaner Charles Evans Hughes. Der Präsident will auf seinem Kurs bleiben; es wäre ein »Verbrechen



gegen die Zivilisation«, so bemerkt er noch am 17. Januar 1917, sollten sich die USA in den Krieg hineinziehen lassen. Seinen Außenminister indes beseelen knapp zwei Wochen später bei der Abfassung eines Memorandums ganz andere Gedanken: »Wir müssen geduldig darauf warten, dass die Deutschen etwas tun, was allgemeine Indignation auslöst und allen Amerikanern die Gefahr eines deutschen Sieges bewusst werden lässt.«

Die deutsche Regierung enttäuscht Lansing nicht. Am 1. Februar wird der uneingeschränkte U-Boot-Krieg erklärt, außerdem schickt der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Arthur Zimmermann sein legendär tölpelhaftes Telegramm, in dem er Mexiko als Belohnung für einen Kriegseintritt auf deutscher Seite weite Teile des Territoriums im Südwesten der USA verspricht. Die Briten fangen die Depesche ab und lassen sie genüsslich den Amerikanern zukommen. Und noch ein anderes fernes Ereignis spielt den Befürwortern eines Kriegseintritts in die Karten: Nach der Februarrevolution kommt in Russland eine republikanische Regierung an die Macht – man würde also nicht länger an der Seite des wenig geschätzten autokratischen Zaren in den Krieg ziehen.

Vier Tage nach Wilsons berühmter Rede, am 6. April 1917, billigt der Kongress den Kriegseintritt – der Senat mit 82 zu 6 Stimmen, das Repräsentantenhaus mit 373 zu 50 Stimmen, darunter die der einzigen weiblichen Abgeordneten, der Pazifistin Jean-

BALANCEAKT IN NEW YORK

Emporgehoben von seinem Schauspieler-Kollegen Douglas Fairbanks wirbt Charlie Chaplin 1918 an der Wall Street für die Zeichnung von Kriegsanleihen, den »liberty bonds«



BETRETEN VERBOTEN

Ein Schild warnt 1917 Unterstützer der Deutschen davor, den Edison-Park in Chicago zu besuchen. Loyale Amerikaner hingegen seien willkommen

nette Rankin aus Montana. Noch am selben Tag unterschreibt der Präsident die Kriegserklärung. Unklar bleibt zunächst noch, wie der Krieg geführt werden soll. Im Kongress äußern einige Abgeordnete die Ansicht, dass mit dem Beschluss keineswegs die Entsendung von Truppen nach Europa sanktioniert sei.

Doch an einem amerikanischen Expeditionskorps führt kein Weg vorbei. Da die Rekrutierungsbüros – anders als 1941 nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor – keinen Massenandrang verzeichnen, wird zum ersten Mal seit dem Bürgerkrieg die Wehrpflicht eingeführt. Noch sind die USA alles andere als eine militärische Großmacht. Am Tag der Kriegserklärung zählt die U.S. Army nur 127 000 Mann – die neuen britischen Verbündeten verlieren im Herbst 1917 allein in der Schlacht um Passchendaele fast dreimal so viele Soldaten. Doch sobald die Mobilisierung der USA voll in Gang gekommen ist, wird sie an der Westfront kriegsentscheidend sein – im Spätsommer und Herbst 1918. Insgesamt rekrutieren die Amerikaner rund 3,7 Millionen Männer und schicken mehr als die Hälfte von ihnen über den Atlantik.

Einstweilen allerdings müssen sich die nach drei Jahren Stellungskrieg ausgebluteten Verbündeten mit Symbolik und markigen Worten zufriedengeben. Aus verschiedenen Einheiten wird hastig eine Division mit 25 000 Mann zusammengestellt, deren Vorhut am 8. Juni 1917 in Liverpool eintrifft. Der Kommandeur des künftigen amerikanischen Expeditionskorps, General John J. Pershing, bekommt vom er-

freuten englischen König zu hören: »Die angelsächsische Rasse muss die Zivilisation retten.«

Am 13. Juni zieht Pershing mit seiner kleinen Einheit in Paris ein. Zum ersten Mal stehen amerikanische Truppen auf dem europäischen Kontinent. In einem mehr als drei Kilometer langen Triumphzug werden sie von einer begeisterten Menge mit »Vive l'Amérique!«-Rufen und Blumen begrüßt. Pershing erinnert an eine vermeintliche historische Bringeschuld: Sein »Lafayette, here we come!« ist eine Anspielung auf die französische Unterstützung während des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges fast eineinhalb Jahrhunderte zuvor.

Die nächsten Monate wird der US-General vor allem damit beschäftigt sein, Begehrlichkeiten der beiden Verbündeten abzuschmettern, die allzu gern die kräftigen, wohlgenährten US-Soldaten in ihre eigenen, dezimierten Einheiten aufnehmen möchten. Amerikanische Soldaten, so formuliert Pershing einen bis heute gültigen Grundsatz, sollen nur unter amerikanischem Kommando kämpfen.

Bevor die USA 1918 voll in den Krieg eingreifen,

verändert sich das Land nachhaltig. Eine neue Behörde, das War Industries Board, und eine expandierende Bürokratie entstehen, um die Rüstungsanstrengungen zu koordinieren. Und es bedarf immenser Geldmittel. Die Regierung Wilson erhöht die Steuern und stellt die Finanzierung des Staates auf eine neue Grundlage: 1917 ist das Geburtsjahr der Einkommensteuer, die zur wichtigsten Einnahmequelle wird und die bisherigen Instrumente wie Zölle und Verbrauchssteuern in den Schatten stellt. Gravierend ist die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten durch den Espionage Act, der im Juni 1917 erlassen wird (und noch in jüngerer Vergangenheit Grundlage der Ermittlungen gegen Edward Snowden war), und durch den Sedition Act vom Mai 1918, mit dem die Presse- und Meinungsfreiheit weitgehend ausgesetzt und die Verhaftung des sozialistischen Politikers und Präsidentschaftskandidaten Eugene Debs begründet wird.

Die Information oder Indoktrinierung der Bevölkerung fällt in die Kompetenz des Committee on Public Information (CPI), das eine Art Propagandaministerium wird. Die halboffizielle American Protective League mit ihren rund 250 000 Mitgliedern sieht dagegen vor allem im Ausspionieren von Mitbürgern ihre patriotische Pflicht. Die Stimmung ist aufgeheizt, das Misstrauen groß: Deutschstämmige stehen unter Generalverdacht, keine loyalen Amerikaner mehr zu sein.

Obwohl fast alle Politiker und Zeitungen der deutschstämmigen Minderheit – die immerhin etwa neun Prozent der Bevölkerung ausmacht – nach dem Kriegseintritt ein uneingeschränktes Bekenntnis zu ihrem Land, den USA, ablegen, kommt es zu zahlreichen Drangsalierungen. Vielerorts werden US-Bürger deutschen Namens gezwungen, die amerikanische Fahne öffentlich zu küssen; Häuser und Geschäfte mit deutschen Namen werden beschmiert. Der Lynchmord an Robert Prager, der das Doppelverbrechen begeht, Deutscher und Sozialist zu sein, bleibt jedoch ein Einzelfall. Die Anführer des Mobs, der ihn getötet hat, treten vor Gericht mit blau-weiß-roten Kokarden an und werden freigesprochen. Gegen die Mörder von Afroamerikanern wird meist gar nicht erst ermittelt. Allein 1917 werden mindestens 38 farbige Bürger ermordet, weil sie im Verdacht standen, nicht patriotisch genug zu sein.

Auch die amerikanische Kultur soll von deutschem Einfluss befreit werden. In vielen Schulen darf kein Deutsch mehr unterrichtet werden, denn hinter dem Stuhl der Lehrer sei der »Schatten der Pickelhaube« zu erkennen. Deutsche Bücher werden aus Bibliotheken verbannt, Musik von Beethoven oder Bruckner darf nicht mehr gespielt werden. Selbst den friedvollsten Mitbürgern – den Mennoniten, Amish und Hutterern – will man den Gebrauch der deutschen Sprache verbieten. Mehr als 1500 Angehörige dieser pazifistischen Religionsgemeinschaften suchen sich in Kanada eine neue Heimat.

Die Klimavergiftung innerhalb der Bürgergesellschaft, die 1917 zu Hysterie und Selbstjustiz führt, wiederholt sich in späteren Konflikten der USA in ähnlicher Weise – von der Behandlung japanischstämmiger Bürger nach Pearl Harbor bis zum Generalverdacht gegen eine ganze Religion im Zeitalter des Krieges gegen den Terror. Die Umbenennung von Sauerkraut in *liberty cabbage* und von Frankfurtern in *liberty sausage* gehört noch zu den harmlosesten dieser Exzesse – und erfährt mit den *freedom fries* während des Irakkrieges unter George W. Bush eine Renaissance, die diesmal gegen das kriegsunwillige Frankreich statt gegen Deutschland gerichtet ist.

Die Unterschrift Woodrow Wilsons unter die Kriegserklärung von 1917 ist in vielerlei Hinsicht eine Wendemarke. Sie offenbart den Aufstieg der USA zur Weltmacht – mit all dem Licht, aber auch den langen Schatten dieser Position. ■

RONALD D. GERSTE *lebt als*
Journalist und Sachbuchautor nahe Washington

GENERAL IN PARIS

John J. Pershing kommandiert das amerikanische Expeditionskorps. Bereits im Juni 1917 werden die ersten US-Soldaten in der französischen Hauptstadt empfangen



Ab **5 €**
werden Sie
Bildungspate

Schüler sucht Pate

Schenken Sie Schülern politische Bildung, und unterstützen Sie damit junge Menschen im Jahr der Bundestagswahl.

Bildung ist die Basis für Freiheit und Wohlstand und damit für unsere Zukunft. Im Zeitalter von Fake-News und Social Media fällt es vielen jungen Menschen aber immer schwerer, sich verlässlich zu informieren. DIE ZEIT und die ZEIT-Stiftung haben es sich zur Aufgabe gemacht zu helfen. Über 5.000 Schulklassen lernen mithilfe der ZEIT.

Mit einer Spende ab 5 € ermöglichen Sie einem Schüler den kostenlosen Zugang zur digitalen ZEIT. Übernehmen Sie jetzt eine Patenschaft und schenken Sie Schülerinnen und Schülern Orientierung in Politik und Zeitgeschehen – zu jedem gespendeten digitalen Zugang legt DIE ZEIT einen weiteren dazu!

Jetzt spenden unter:

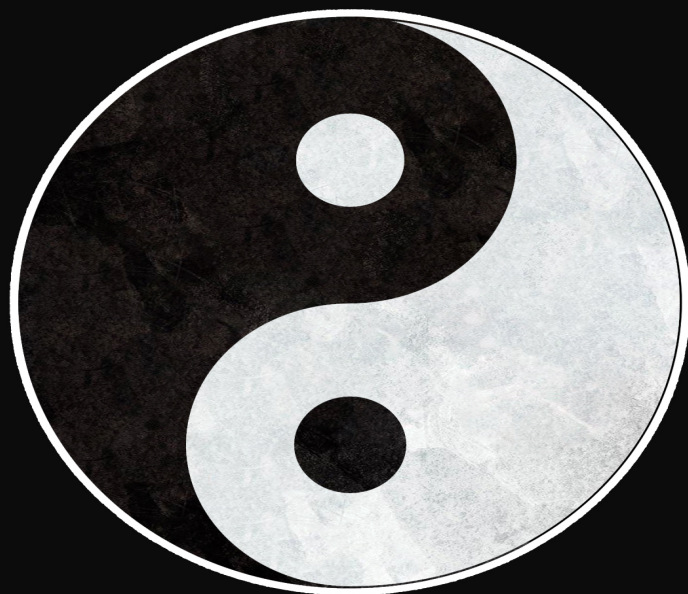
 www.zeit.de/bildungspate



ZEIT  FÜR DIE SCHULE

**VON DEN NEUEN ZEITUNGEN
BIS ZU DEN NEUHEITEN
IN MUSIK
NUR AUF**

AVXHOME.IN



**BENUTZE DIE SUCHE AUF
UNSER WEBSITE UND FINDE SEINE
LIEBLINGSZEITSCHRIFTEN**

SOEK.IN

**FOLGE UNS AUF
FACEBOOK**

Des Kaisers Bolschewik

Im April 1917 schleusen die Deutschen Lenin nach Petrograd.
Er soll das revolutionäre Feuer schüren, um Russland zu schwächen.
Eine Idee, die sich bitter rächen wird

VON JAN KUSBER

ABGEMELDET NACH RUSSLAND

Bis April 1917
wohnt Lenin mit
Gattin Nadeschda
in der Spiegelgasse
14 in Zürich, wie
die Abmeldung
bei den Behörden
zeigt. Gemeinsam
gelangen sie per
Zug nach Russ-
land und werden
in Petrograd am
Bahnhof von
jubelnden Genos-
sen empfangen

Name: *Wladimir I. Kropotkin, Maximilian*
 A.N. № *62387*
 geb. *1870* d. *10. 10.* d. Heimat: *Sibirien*
 Wohnort: *Russland*
 Beruf: *Revolutionär* Konfession: *Orth.*
 Zivilstand: *verh.* Bish. Wohnort: *Eng. d. All.*
 Datum der Anmeldung und Deposition der Schriften,
 sowie Art und Gültigkeit derselben: *29. 1. 1917*
 Abmeldung: *2. 4. 1918*
 Datum der Rückreise: *2. 4. 1917*
 Wohin abgemeldet: *in Russland*
 Wohnung, Str. № *14 Spiegelgasse, Kanton*
 (S. 22. 20. 1917)

R

evolutionen entwickeln sich oft plötzlich und rasend schnell – so auch im Februar und März 1917, als die Dynastie der Romanows nach mehr als 300 Jahren gestürzt wurde. Trotz der Unruhen, die der Hungerwinter 1916/17 nicht nur in Deutschland, sondern auch in Russland mit sich brachte, kam die Abdankung von Zar Nikolaus II. für die meisten Zeitgenossen überraschend. Dies galt auch für den Sozialisten Wladimir Iljitsch Lenin, der im Exil in der Schweiz lebte. Noch Anfang 1917 erklärte er leicht resigniert vor Genossen in Zürich, seine Generation werde die Revolution wohl nicht mehr erleben. Nach den Ereignissen des Februars jedoch wollte er so schnell wie möglich zurück nach Russland, um die Revolu-

tion voranzutreiben. Für die Rückreise aber brauchte er die Hilfe einer fremden Macht.

Großbritannien und Frankreich kamen nicht infrage, sie konnten als Bündnispartner des Zaren und auch der neuen »Provisorischen Regierung« kein Interesse haben, ausgerechnet den linksradikalen Lenin nach Russland zu bringen. Der forderte ein sofortiges Ausscheiden aus dem Krieg, was die Entente vor große Probleme gestellt hätte. Hilfe bot hingegen das Deutsche Reich an – über konspirative Verbindungen, die schon länger existierten. Seit 1914 hatten die deutschen Diplomaten regelmäßigen Kontakt zu revolutionären Russen und ihren Helfern aufgebaut wie dem Genossen Alexander Helphand, genannt Parvus. Die Konfiden-

ten hielten sich meist in den Großstädten der neutralen Länder Westeuropas (Schweiz, Dänemark und Schweden) auf und wurden von den Deutschen mit beträchtlichen Geldsummen unterstützt. Parvus erhielt vom Botschafter in Kopenhagen, dem Grafen Ulrich von Brockdorff-Rantzau, im Frühjahr 1915 eine Million Reichsmark für seine Dienste im Sinne der Revolution in Russland. Mit deutscher Hilfe baute er ein beeindruckendes revolutionäres Netzwerk auf, das so klandestin wie international war.

Prinzipiell hielt Lenin es für möglich, mit dem Deutschen Reich, also dem Gegner seiner Heimat, zu kooperieren. Der Krieg wurde, wie er nicht müde wurde, den Ge-

nossen zu erklären, zwischen imperialistisch-kapitalistischen Mächten geführt – eine richtige oder falsche Seite gab es nicht. Wenn sich die Mächte gegenseitig zerstörten und zerfielen, war dies im Sinne der Arbeiterklasse. Nationale Gegensätze sollten den Genossen fremd sein, das Ziel war die Weltrevolution. Trotzdem hatte Lenin noch 1915 ein konkretes Angebot der Deutschen, vermittelt durch Parvus, brüsk abgelehnt. Im Frühjahr 1917 sah es anders aus: Die »bürgerliche« Februarrevolution von Petrograd bot aus seiner Sicht die Möglichkeit, innerhalb kurzer Zeit auch die sozialistische Revolution ins Werk zu setzen. Jede Müdigkeit, die der Kampf im Exil mit sich gebracht hatte, war verfliegen.

Lenin schloss sich der Initiative anderer linker Emigranten aus Russland an, die eine Fahrt mit der Eisenbahn durch Deutschland und Skandinavien planten. Diese Idee war riskant, denn sie konnte nur mit offizieller Zustimmung der deutschen Behörden gelingen. Würde die Sache auf diesem Weg bekannt werden, so fürchtete Lenin, könnte ihn dies kompromittieren. Es waren wiederum die Kontaktmänner zwischen Russen und Deutschen, vor allem Parvus, auch der Schweizer Kommunist Fritz Platten, die dafür sorgten, dass die Transit-Aktion trotzdem Realität wurde.

Am 9. April 1917 bestiegen in Zürich 31 Personen Lenins Zug. Eigentlich sollte die Abfahrt heimlich erfolgen, doch auf dem Bahnsteig hatten sich etwa hundert Russen eingefunden – Unterstützer, aber auch Feinde der Bolschewiki. Die einen beschimpften die Reisenden als deutsche Spitzel, Provokateure und »Judenhetzer«. Lenins Parteifreunde aber sangen zum Abschied die *Internationale*. Über Berlin fuhr der Zug nach Sassnitz auf Rügen, weiter ging es per Fähre nach Trelleborg in Schweden. Vier Waggon umfasste der Zug, einer war auf Lenins Wunsch »plombiert« worden. Zudem trennte ein Kreidestrich auf dem Boden die »exterritorialen« Abteile der Russen vom Rest des Waggons. Von Schweden aus reiste man durch Finnland und weiter bis nach Petrograd.

Die Erwartungen auf deutscher Seite waren groß. Lenin sollte auf eine Fortsetzung der Revolution hinwirken und jene

Kräfte in Russland an die Macht bringen, die, wie er selbst, von der Notwendigkeit eines sofortigen Friedens überzeugt waren. Deutschland hoffte auf einen Waffenstillstand, um den Zweifrontenkrieg zu beenden und in den bereits besetzten Gebieten im Osten eigene Großmacht-Ambitionen zu verwirklichen.

Für Lenin stand im Vordergrund, möglichst schnell am Geschehen in Petrograd teilzunehmen. Am Abend des 16. April (nach gregorianischem Kalender) gegen 23 Uhr traf er am Finnischen Bahnhof in Petrograd ein. Der Arbeiter- und Soldatenrat und seine Parteifreunde bereiteten ihm einen begeisterten Empfang: Rote Fahnen wurden geschwenkt, Kapellen spielten auf, ein Spalier aus Arbeitern und Soldaten säumte den geschmückten Bahnsteig.



Noch in derselben Nacht versuchte Lenin die Leitung der Bolschewiki zu übernehmen, sich gegen den Krieg und gegen die Provisorische Regierung zu wenden. Umgehend verkündete er in seinen »Aprilthesen«, dass die Verteidigung des Vaterlandes nunmehr »kleinbürgerlich« sei und ein »Betrug der Bourgeoisie an den Massen«.

Kaum war die Nachricht von Lenins Ankunft nach Berlin gedrungen, überwiesen die Deutschen große Summen an die Parteidruckereien der Bolschewiki. Deren Zeitung *Prawda* trommelte gegen den Krieg und agitierte für die Revolution, was die Moral der Frontsoldaten schwächen sollte und gegen die Provisorische Regierung gerichtet war. Zwar versuchte der starke Mann der Regierung, Sozialrevolutionär Alexander Kerenski, die führenden Bolschewiki, allen voran Lenin, als »deutsche Agenten« verhaften zu lassen. Aber die Gescholtenen

konterten und beschimpften Kerenski samt Regierung als »britisch-französische Agenten«. Wem sollte die Bevölkerung glauben? War es nicht wahr, dass Russland den Frieden dringend brauchte?

Anfang Sommer 1917 schien es, als sei die deutsche Destabilisierungspolitik aufgegangen. Nach dem misslungenen Juli-Putsch musste sich Lenin in Finnland verstecken. Aber er kehrte zurück, und seine Propaganda gegen den »Krieg der Kapitalisten« traf den Nerv der kampfmüden Soldaten und Arbeiter. Lenin begriff schneller als alle Rivalen, dass sich die Auflösung der Gesellschaft nicht stoppen ließ, wenn man den Wunsch nach Frieden ignorierte.

Gerade an der Macht, unterwarf sich Lenin im März 1918 in Brest-Litowsk dem deutschen Friedensdiktat. Aus Sicht des Kaisers hatte es sich gelohnt, den Revolutionär in einem Zug durchs Reich zu schleusen. Russland lag am Boden.

Doch am Ende sollte es Lenins Plan sein, der aufging: Die Zugeständnisse von Brest-Litowsk waren nur vorübergehend. Und die Bolschewiki hatten aller Welt gezeigt, dass eine sozialistische Revolution möglich war. Revolutionäre Stimmung breitete sich auch in Deutschland aus und führte im November 1918 zum Sturz der Monarchie. Die Bolschewiki

wiederum eroberten im Bürgerkrieg viele Gebiete des alten Zarenreichs zurück, und die Sowjetunion stieg zur Weltmacht auf. Insofern war der Transfer des Revolutionärs durch seine konservativ-imperialen Kontrahenten ein Lehrstück für eine Politik, die das Gegenteil dessen erreichte, was sie beabsichtigte. Dieser Befund ist so offensichtlich, dass es erstaunt, wie wenig auch gegenwärtig die nicht intendierten Effekte derartiger Strategien bedacht werden.

Wenn in Russland heute selbst Militärs betonen, dass soziale Medien im Ausland zur Destabilisierung genutzt werden können – und unter Umständen wirksamer sind als eine militärische Intervention –, ist ihnen die Lehre des Jahres 1917 wohl aus dem Blick geraten. ■

JAN KUSBER ist Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Mainz

»Den Mann soll ich



entlassen?«



EINTRÄCHTIG

Kaiser Wilhelm II.
(links) und Reichs-
kanzler Theobald von
Bethmann Hollweg
promenieren 1913
noch Seit' an Seit'
vor dem Schloss
Donaueschingen

Deutschland im Juli 1917: Demokratische Reformen liegen in der Luft.
Doch die Oberste Heeresleitung setzt alles daran, den Aufbruch zu verhindern.
Sie spinnt eine gewaltige Intrige gegen den Reichskanzler VON VOLKER ULLRICH



Am 6. Juli 1917 tritt der Hauptausschuss des deutschen Reichstags zusammen, um die neue Sitzungsperiode vorzubereiten. Die Atmosphäre ist gespannt. Fünf Monate dauert nun schon der uneingeschränkte U-Boot-Krieg, ohne dass er, wie von den Militärs versprochen, England in die Knie gezwungen hätte. Stattdessen ist im April mit den Vereinigten Staaten ein weiterer mächtiger Kriegsgegner auf den Plan getreten. Auch die Hoffnung, Russland werde nach dem Sturz des Zaren aus der alliierten Koalition ausseren, hat sich noch nicht erfüllt. So droht ein vierter Kriegswinter mit weiteren drückenden Belastungen für die hungernde Bevölkerung.

Zunächst scheinen die Beratungen ganz dem gewohnten Ritual parlamentarischer Geschäftigkeit zu folgen. Doch dann meldet sich der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger zu Wort, und was er sagt, das lässt aufhorchen. Detailliert weist er nach, dass die Militärs bei ihren Berechnungen zur Wirkung des U-Boot-Krieges von falschen Zahlen ausgegangen sind. Wer sich so geirrt habe, dem dürfe das Parlament kein Vertrauen mehr schenken. Vielmehr müsse man jetzt entschlossen Konsequenzen ziehen. Gegenüber den Kriegsgegnern solle eine Resolution den unzweifelhaften Willen zu einem Verständigungsfrieden dokumentieren und nach innen die lange aufgeschobene demokratische Reform in Angriff genommen werden, fordert Erzberger: »Nie [darf] unser Volk dem Reichstag das grausame Wort entgegenschleudern: ›Zu spät!‹«

Erzbergers Rede löst ein politisches Beben aus. »Sensation in allen politischen Kreisen«, notiert Theodor Wolff, der Chefredakteur des liberalen *Berliner Tageblatts*. Die große Wirkung beruht darauf, dass es nicht ein Sozialdemokrat, sondern ein einflussreicher Vertreter der bürgerlichen Zentrumsparterie ist, der hier unverblümt Kritik an der deutschen Kriegspolitik übt – ein Parlamentarier zudem, der vor nicht allzu langer Zeit selber weitreichende Kriegsziele propagiert hat und dem enge Beziehungen zum militärischen Hauptquartier nachgesagt werden. Ausgerechnet er zerreißt nun das Gespinnst der Lügen und Selbsttäuschungen über die militärische Lage. »Noch niemals war die nackte brutale Wahrheit so deutlich ausgesprochen worden, wie es jetzt geschah«, schreibt ein Abgeordneter unter dem unmittelbaren Eindruck des Geschehens.

Noch am Nachmittag desselben Tages kommen führende Abgeordnete der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD), des Zentrums und der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei zusammen und konstituieren einen Interfraktionellen Ausschuss (an dem sich zunächst auch die nationalliberale Fraktion beteiligt). Es

ist der Beginn der Zusammenarbeit der drei Mehrheitsparteien im Reichstag, aus der später die Weimarer Koalition hervorgehen wird. Eine neue Epoche in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus scheint angebrochen. »Es sieht aus«, freut sich Theodor Wolff, »als marschiere die Reichstagsmehrheit hinter Erzberger entschlossen auf Verständigungsfrieden, ohne Annexion, und auf Parlamentarisierung los, und als sei alles im Wanken.«

Tatsächlich kommt die Frage der »Parlamentarisierung«, das heißt der Bildung einer vom Vertrauen des Reichstags und nicht des Monarchen abhängigen Reichsregierung, schon in der ersten Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses auf die Tagesordnung. Denn soll die geplante Friedensresolution im Ausland glaubwürdig wirken, muss der Reichstag ein größeres Gewicht erhalten. »Die Welt muss sehen, dass die Initiative vom Parlament ausgeht, ohne Deutelei«, erklärt der Abgeordnete der Fortschrittspartei Friedrich von Payer. Wie aber die »Parlamentarisierung« praktisch zu verwirklichen ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Da man sich die Einführung des vollen parlamentarischen Systems angesichts der zu erwartenden Widerstände der konservativen Eliten nicht zutraut, werden verschiedene Übergangsszenarios diskutiert. Auf ein gemeinsames Aktionsprogramm kann man sich noch nicht verständigen. »Langes Hin-und-her-Reden. Einig im Ziel, aber Auseinanderfallen über die rasche Realisierung«, hält der MSPD-Abgeordnete Eduard David enttäuscht in seinem Tagebuch fest.

Während die Repräsentanten der neuen Reichstagsmehrheit sich die Köpfe über die nächsten Schritte zerbrechen, bleibt die Oberste Heeresleitung unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff nicht untätig. Seit die beiden populären Feldherren im August 1916 an die Spitze der OHL berufen worden sind, haben sie auf ein politisches Mitspracherecht gepocht. Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg erscheint ihnen als zu weich, zu unentschieden in der Kriegszielfrage und zu nachgiebig gegenüber den Reformkräften. Seit Frühjahr 1917 arbeiten sie auf seinen Sturz hin – zunächst ohne Erfolg, weil Kaiser Wilhelm II. an seinem Kanzler festhält.

Doch mit der Anfang Juli entstandenen neuen Lage scheint die Gelegenheit gekommen, sich endlich des verhassten Gegenspielers zu entledigen. »Nun ist es aber höchste Zeit, dass der Kanzler verschwindet«, kommentiert Oberstleutnant Max Bauer, der engste Berater Ludendorffs, die Nachricht von Erzbergers Alarmrede. Noch in der Nacht zum 7. Juli reisen Hindenburg und Ludendorff von ihrem Hauptquar-



ANGEZÄHLT

In den Augen der Obersten Heeresleitung begegnet Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg den Reformern mit zu viel Verständnis

tier in Bad Kreuznach nach Berlin, um die Entlassung Bethmann Hollwegs durchzusetzen.

In der Hauptstadt läuft es jedoch gar nicht nach Plan. Denn inzwischen hat der Kanzler dem Kaiser Vortrag gehalten und ihn davon überzeugt, dass die durch Erzbergers Initiative angestoßene Entwicklung gar nicht so dramatisch sei. Als die Feldherren bei ihm aufkreuzen, lässt Wilhelm II. sie kühl abblitzen: »Fahrt nur wieder heim und überlasst die politischen Fragen den dafür verantwortlichen Reichsstellen.« Unverrichteter Dinge müssen Hindenburg und Ludendorff nach Bad Kreuznach zurückkehren.

Doch sie geben die Partie noch nicht verloren. Um ihr Ziel zu erreichen, gehen sie ein Zweckbündnis mit den Vertretern der Reichstagsmehrheit ein, die sie im Grunde ihres Herzens verachten und deren Reformpläne sie unter allen Umständen verhindern wollen. Zur Schlüsselfigur in dem politischen Ränkespiel wird Oberstleutnant Bauer. Noch am Abend des 7. Juli trifft er sich im Berliner Prominentenlokal Hiller mit Erzberger und dem Parteiführer der Nationalliberalen, Gustav Stresemann, um eine gemeinsame Strategie für den Kanzlersturz zu verabreden. Tags darauf werden gezielt Gerüchte gestreut: Ludendorff, heißt es, sei einer »Parlamentarisierung« nicht abgeneigt und hätte dies auch den Abgeordneten persönlich gesagt, wenn der Reichskanzler das Treffen nicht vereitelt hätte.

So sieht sich Bethmann Hollweg von zwei Seiten in die Zange genommen: von der Obersten Heeresleitung, der er in seinem Reformeifer zu weit geht, und von den Parteien der Reichstagsmehrheit, denen er darin gerade nicht weit genug geht. Gleichzeitig wird

durch eine gezielte Medienkampagne die Forderung nach seinem Rücktritt immer lauter.

Doch der Kanzler ist keineswegs bereit, kampflos das Feld zu räumen. Er ergreift noch einmal die Initiative, um die Reichstagsmehrheit auf seine Seite zu ziehen, und dies in einer innenpolitisch besonders brisanten Frage: dem preußischen Dreiklassenwahlrecht. In seiner »Osterbotschaft« vom Frühjahr 1917 hat sich Wilhelm II. nur zu dem Versprechen durchringen können, das schreiend ungerechte Wahlrecht in Preußen nach dem Krieg abzuschaffen. Nun dringt der Kanzler darauf, das gleiche Wahlrecht sofort und ohne jede Einschränkungen zu bewilligen.

In einer zweistündigen Aussprache im Park des Schlosses Bellevue am 11. Juli gelingt es Bethmann Hollweg, den Kaiser von seinem mutigen Reformvorhaben zu überzeugen. »Und den Mann soll ich entlassen, der alle die anderen um Haupteslänge überragt!«, äußert Wilhelm II. nach der Unterredung. Am 12. Juli erfährt die Öffentlichkeit per kaiserlichem Erlass, dass schon der nächste preußische Landtag nach dem Reichstagswahlrecht gewählt werden soll. Noch einmal scheint sich der Kanzler behauptet zu haben.

Doch die preußischen Konservativen, die ihre Vorherrschaft im größten Bundesstaat bedroht sehen, schäumen: »Wieviele Flüche sind dem Reichskanzler zugeschleudert worden! Diesem Mann der alles zerstört, was einst Bismarck für Preußen und Deutschland geschaffen hat. [...] Welch ein Jubel wird im roten Lager herrschen!«, empört sich Karl von Einem, ein Armeeführer an der Westfront.



IM PLENUM

Die Friedensresolution des Reichstages wird am 19. Juli 1917 in entschärfter Form verabschiedet

STRATEGEN DER MACHT

Paul von Hindenburg, Wilhelm II. und Erich Ludendorff im Januar 1917 im Großen Hauptquartier in Schloss Pleß in Oberschlesien



DOPPELTES SPIEL

Matthias Erzberger, Abgeordneter des Zentrums, will den Frieden – und lässt sich dafür mit den Militärs ein

Nun aber bringt die Kanzlerfronde eine weitere Figur ins Spiel: Kronprinz Wilhelm, der eine Heeresgruppe an der Westfront kommandiert und die reaktionären Ansichten seiner Standesgenossen teilt. Am Morgen des 12. Juli lässt er Mitglieder der Reichstagsfraktionen in sein Palais Unter den Linden kommen, um ihre Ansichten über ein Verbleiben Bethmann Hollwegs im Amt in Erfahrung zu bringen – ein unerhörter Vorgang, weil der Kronprinz zu einer solchen Intervention verfassungsrechtlich gar nicht befugt ist.

Während der Kaisersohn die Parlamentarier der Reihe nach aushorcht, sitzt Oberstleutnant Bauer hinter einer Tapetentür und protokolliert. Erwartungsgemäß sprechen sich die Abgeordneten, mit Ausnahme des Fortschrittlers Payer, für die Entlassung des Kanzlers aus – am entschiedensten Stresemann und Erzberger. »Er hat immer flau gemacht, selbst nach großen Erfolgen«, giftet der Nationalliberale, und der Zentrumsmann sekundiert: »Dass es schlechter wird unter einem neuen Kanzler, ist ausgeschlossen.«

Noch am Nachmittag informiert der Kronprinz den Kaiser, wobei er nicht vergisst, ihm das heimlich aufgezeichnete Protokoll vorzulegen. Jetzt wird auch Wilhelm II. in seinem Vertrauen zum Kanzler wankend. Ist das der Dank des Parlaments dafür, dass er

sich eben noch das allgemeine Wahlrecht für Preußen hat abringen lassen? Bethmann Hollweg bekommt die veränderte Atmosphäre zu spüren, als er am Abend des 12. Juli in Schloss Bellevue empfangen wird. Noch während der Audienz platzt die Nachricht aus Bad Kreuznach herein, dass Hindenburg und Ludendorff ihre Abschiedsgesuche eingereicht haben, weil sie mit dem Kanzler nicht mehr zusammenarbeiten könnten.

Damit hat das Feldherrenduo seinen wirkungsvollsten Trumpf ausgespielt. Wilhelm II. zeigt sich zwar entrüstet über das allen preußischen Traditionen Hohn sprechende Verhalten seiner höchsten Offiziere, doch hat er angesichts der Rücktrittsdrohung der beiden unentbehrlichen Heerführer keine andere Wahl, als sich vom Reichskanzler zu trennen. »Nun bleibt mir auch nichts anderes zu tun, als abzudanken«, soll er im ersten Schock über das erpresserische Manöver ausgerufen haben.

Um dem Monarchen die Demütigung zu ersparen, seine Unterwerfung unter den Herrschaftsanspruch der Obersten Heeresleitung auch noch selbst vollziehen zu müssen, reicht Bethmann Hollweg am Morgen des 13. Juli sein Abschiedsgesuch ein. Wilhelm II. nimmt es mit sichtlicher Erleichterung an. Als Hindenburg und Ludendorff wenige Stunden später im

Schloss Bellevue eintreffen, kann ein bereits wieder gut gelaunter Kaiser sie mit den Worten begrüßen: »Was macht ihr denn für ernste Köpfe? Ich habe ja den Kanzler schon weggeschickt.«

Für den Kronprinzen ist der Rücktritt Bethmann Hollwegs »der schönste Tag« seines Lebens, und in Kreisen der Militärs wird das Ereignis kräftig begossen. Wer an die Stelle des gestürzten Kanzlers treten soll, darüber hat man sich keine Gedanken gemacht. Die Suche nach einem geeigneten Nachfolger wird zum Schmierstück. Die Namen aller möglichen Kandidaten werden genannt und wieder verworfen. »Nun war Holland in Not«, notiert der Generaladjutant des Kaisers, Hans Georg von Plessen.

Nach langem Hin und Her einigt man sich auf einen völlig unbekannten Mann – auf den preußischen Staatskommissar für Ernährung Georg Michaelis, einen tüchtigen Verwaltungsbeamten, der von sich selbst sagt, »bisher als gewöhnlicher Zeitgenosse neben dem Wagen der großen Politik hergelaufen« zu sein. Dass ein solcher Mann auf den Platz berufen werden kann, den einst Bismarck eingenommen hat, ist der schlagendste Beweis für den Niedergang der politischen Klasse im spätwilhelminischen Deutschland.

Die Parteien der Reichstagsmehrheit, die kräftig mitgeholfen haben, den Reichskanzler zu stürzen, werden bei der Bestellung des Nachfolgers nicht einmal zurate gezogen. Einen überzeugenden Kandidaten aus den eigenen Reihen zu präsentieren – dazu sind sie ohnehin nicht in der Lage.

Am Nachmittag des 13. Juli werden die Mitglieder des Interfraktionellen Ausschusses zum Empfang ins Generalstabsgebäude kommandiert – zur »militärischen Vernehmung«, wie der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann ironisch anmerkt. Hartnäckig versuchen Hindenburg und Ludendorff, den Parlamentariern die geplante Friedensresolution des Reichstags auszureden. Doch in dieser Frage können die Vertreter der Reichstagsmehrheit nicht mehr zurück, wenn sie nicht völlig das Gesicht verlieren wollen. Immerhin erlauben sie den Militärs, mit Hand anzulegen bei der redaktionellen Bearbeitung der Resolution. So kommt am Ende eine Fassung zustande, die nur sehr allgemeine Wendungen über einen »Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker« enthält.

Der neue Reichskanzler tut ein Übriges, um die Resolution abzuschwächen, indem er sie in der Reichstagsitzung vom 19. Juli mit dem Zusatz »wie ich sie auffasse« versieht. Wie er sie auffasst, daraus macht Michaelis in einem Brief an den Kronprinzen keinen Hehl: »Die berüchtigte Resolution ist mit 212 gegen 126 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen angenommen. Durch meine Interpretation derselben habe ich

ihr die größte Gefährlichkeit geraubt. Man kann schließlich mit der Resolution jeden Frieden machen, den man will.«

So endet der Versuch der Reichstagsmehrheit, im dritten Kriegsjahr gestaltenden Einfluss auf die deutsche Politik zu erlangen, im Fiasko. In kaum begreiflicher Kurzsichtigkeit haben ihre führenden Exponenten den Militärs die Hand gereicht für eine politische Intrige, nicht bedenkend, dass sie sich nur vor deren Karren haben spannen lassen. Bethmann Hollwegs Vertrauter, der Legationsrat im Auswärtigen Amt Kurt Riezler, bemerkt nach dem Kanzlersturz: »Das Groteske der Entwicklung: der Reichstag dachte, er hätte die Sache in die Hand genommen und leite die Politik – ganz geschwollen vor Eitelkeit –, tatsächlich war seine Eitelkeit nur das Mittel der OHL.«

Aus der Krise des Juli 1917 gehen Hindenburg und Ludendorff nicht geschwächt, sondern gestärkt hervor, ja, ihr politischer Einfluss ist nie größer als nach dem erzwungenen Rücktritt Bethmann Hollwegs. Von dem neuen Reichskanzler erwarten sie, dass er sich als willfähriger Handlanger erweise. Und der Kaiser hat sich mit seiner Kapitulation vor der Rücktrittsdrohung der beiden Heerführer eins seiner wichtigsten Privilegien, die Besetzung des Reichskanzlerpostens, entwinden lassen – »eine tiefe Zäsur in der Geschichte des deutschen Kaiserreichs und auch der preußischen Monarchie«, wie Wolfram Pyta in seiner Hindenburg-Biografie zu Recht festgestellt hat. Fortan fristet Wilhelm II. nur noch eine Existenz als Schattenkaiser.

Ohne erkennbaren Willen zur Macht, untereinander in vielem uneins, bietet die Reichstagsmehrheit im Sommer 1917 ein wenig imponierendes Bild. Weder sachlich noch personell ist sie auf einen Übergang zur parlamentarischen Regierung vorbereitet – sicher auch eine Spätfolge des Bismarckschen Verfassungssystems, das die Parteien im Vorhof der Macht festgehalten hat.

Allerdings sind die konservativen Militärs und Politiker noch nicht bereit, auch nur einen Teil der Macht an das Parlament abzugeben. So wird die letzte Gelegenheit vertan, der Monarchie durch freiwillig gewährte Reformen neues Ansehen zu verleihen. Als schließlich Hindenburg und Ludendorff im Herbst 1918 überstürzt die »Parlamentarisierung« anordnen, weil sie mit ihrem militärischen Latein am Ende sind, kommt dieser Schritt zu spät, um die Krone zu retten. Das Hohenzollernreich geht im Strudel der militärischen Niederlage und der November-Revolution unter. ■

VOLKER ULLRICH ist Historiker,
Journalist und Mitherausgeber von ZEIT Geschichte

QUEREINSTEIGER

Der Verwaltungsbeamte Georg Michaelis ersetzt Bethmann Hollweg als Reichskanzler. Über politische Erfahrung verfügt er nicht



WEITERLESEN

Volker Ullrich:
»Die nervöse
Großmacht 1871–
1918. Aufstieg
und Untergang
des deutschen
Kaiserreichs«
Neuausgabe,
Fischer Verlag,
Frankfurt/M. 2013

Wann wir schreiten tief entzweit

1917 spaltet sich die SPD. Der Riss durch die deutsche Arbeiterbewegung ist eine schwere Hypothek für die kommende deutsche Demokratie VON PETER BRANDT



PROTEST VON LINKS
Anfang Dezember 1918 demonstrieren
Anhänger des Spartakusbundes
am Brandenburger Tor, das bereits
für die heimkehrenden
Fronttruppen geschmückt ist

W

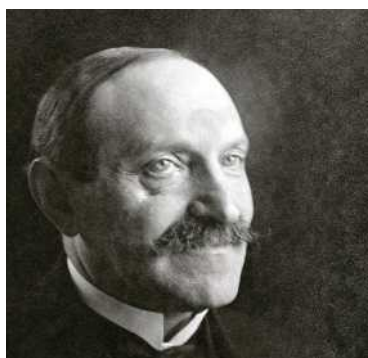
ir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.« In diesen berühmten Worten gipfelt die Erklärung, mit der Hugo Haase am 4. August 1914 im Reichstag die Zustimmung zu den Kriegskrediten begründet. Der Mitvorsitzende und Fraktionsführer der SPD spricht dabei gegen seine eigene Überzeugung; seine Partei aber geht, wie zuvor schon die Gewerkschaften, noch weiter: Sie schließt sich, getrieben von der Gegnerschaft zum zaristischen Russland als »Hort der Reaktion in Europa«, dem inneren »Burgfrieden« an – und legt ungewollt den Grundstein für ihre eigene Spaltung.

Knapp drei Jahre später, im April 1917, zerbricht die SPD an der Frage ihrer Einstellung zum Krieg. Soll man loyal und vor allem geschlossen, wie es der Mehrheitsflügel um Friedrich Ebert fordert, die Kriegspolitik der Herrschenden mittragen? Dieser Meinung widersprechen Anfang April 1917 in Gotha 15 Reichstagsabgeordnete, 124 Wahlkreis-Delegierte und vier weitere Politiker, darunter auch Haase: Sie gründen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Haase wird zum Vorsitzenden gewählt. Er gibt das Ziel aus, die Arbeiterbewegung wieder zu ihren Grundsätzen zurückzuführen.

Die Gründung der USPD am 6. April 1917 ist die Geburtsstunde der deutschen Linken jenseits der SPD. In den folgenden Jahren spaltet sich das linke Spektrum weiter auf. Zum Streitpunkt wird das Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und zum Bolschewismus. Die KPD entsteht und wird durch Hunderttausende USPD-Mitglieder, die sich ihr anschließen, zunächst zur Massenpartei, während sich die USPD selbst – im Angesicht der Gefahren für die Weimarer Demokratie von rechts – wieder mit der SPD vereinigt. Das innersozialistische Schisma zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten aber

schwächt die Arbeiterbewegung insgesamt und wird zur schweren Hypothek für die Weimarer Republik.

Die Erschütterung, die der Krieg für die Sozialdemokratie bedeutet, ist schon 1914 zu erahnen. Im Dezember verweigert Karl Liebknecht als erster SPD-Abgeordneter offen die Zustimmung zu Kriegskrediten, weitere Sozialdemokraten folgen seinem Beispiel. Eduard David vom rechten Parteiflügel vermerkt in seinem Tagebuch, dass die Kreditverweigerer, sollten sie wei-



HUGO HAASE
Vorsitzender der USPD seit 1917

ter in der Partei geduldet werden, »die ganze Position des 4. August [also des innenpolitischen »Burgfriedens« von 1914] versauen«.

In der SPD gilt die Tradition, im Reichstag geschlossen abzustimmen – und die Parteispitze um Friedrich Ebert ist schließlich nicht mehr bereit, den »Disziplinbruch« der Kriegsgegner hinzunehmen. Im März 1916 schließt sie 18 Genossen, die gegen neue Kredite gestimmt haben, aus der SPD-Fraktion aus, darunter Haase. Liebknecht ist bereits im Januar 1916 verbannt worden. Die verstoßenen, nun fraktionslosen Abgeordneten gründen zunächst eine Sozialdemokratische Ar-

beitsgemeinschaft im Reichstag – noch ohne eine neue Partei im Blick zu haben. Als der SPD-Vorstand aber auch die Redaktion der Parteizeitung *Vorwärts* absetzt, weil sie gegen den Krieg schreibt, fühlen sich die fraktionslosen Abgeordneten, die über starken Rückhalt an der Parteibasis verfügen, erneut brüskiert. Die Zeichen stehen jetzt auf Abspaltung.

Die »Gruppe Internationale« oder »Spartakusgruppe« um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg schließt sich den Abtrünnigen an, dazu mehrere »Revisionisten« wie Eduard Bernstein, der vor 1914 ein Bekenntnis der SPD zu einer konsequent reformerischen Politik gefordert hatte. Die Mehrheit der neuen USPD gehörte zuvor dem linken Zentrum der SPD an – darunter Politiker wie Haase oder Karl Kautsky, der einflussreiche marxistische Theoretiker. Die SPD wird nun MSPD genannt, weil sie die »Mehrheitssozialdemokratie« organisiert. Beide Parteien stehen noch ganz in der Tradition der klassischen Sozialdemokratie. Der große Bruch, das Anwachsen der KPD zur kommunistischen Massenpartei, wird die Arbeiterbewegung erst drei Jahre später endgültig spalten.

Schon die Gründung der USPD aber führt zu erheblichen Konflikten innerhalb der Sozialdemokratie, die sich bereits im Frühjahr 1917 zeigen. Mitte April streiken Hunderttausende Arbeiter in Berlin, Leipzig, Halle, Braunschweig und andernorts, weil Brotrationen gekürzt wurden. Die politischen Forderungen der Streikführer tragen die Handschrift der neuen USPD und wenden sich auch gegen die Passivität der MSPD.

Ende Januar 1918 streiken dann mehr als eine Million Arbeiter im ganzen Land und demonstrieren für Frieden. Führende Persönlichkeiten von USPD und MSPD treten in die Streikleitung ein. Die Mehrheitssozialdemokraten wollen dadurch die Radikalisierung der Bewegung ver-

hindern – der linke Flügel der USPD will sie befördern.

Im Oktober 1918 ist der Krieg verloren, Matrosen in den deutschen Häfen meutern, und die Novemberrevolution besiegelt das Ende des Kaiserreichs. Die MSPD behält aufgrund ihres taktischen Geschicks und der breiten Unterstützung in der Provinz sowie unter den Soldaten die Oberhand, als sich die Revolutionsregierung bildet. Der Rat der Volksbeauftragten ersetzt die kaiserliche Reichsleitung; MSPD und USPD stellen jeweils drei Mitglieder. Friedrich Ebert leitet den Rat de facto als Regierungschef. Zwar tragen die Unabhängigen die Wahl einer Nationalversammlung mit, versuchen ihr Zustandekommen aber hinauszuzögern, um zunächst die Macht der Räte abzusichern und den Staat sowohl demokratisch zu reformieren als auch erste antikapitalistische Reformen einzuleiten.

Die Pläne werden von der Wirklichkeit überholt. Kurz vor Weihnachten 1918 meutern in Berlin Marinesoldaten wegen ausstehenden Soldes. Die MSPD-Volksbeauftragten setzen reguläre Truppen gegen sie ein, ohne die USPD-Beauftragten in die Entscheidung einzubinden. Am 29. Dezember 1918 zieht sich die USPD deshalb aus der Regierung zurück. Der Spartakusbund trennt sich von der USPD und gründet mit weiteren linken Gruppen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD).

Am 4. Januar erwächst aus dem Massenprotest gegen die Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten, eines USPD-Mitglieds, der dilettantische Januaraufstand, an dem auch die USPD beteiligt ist. Arbeiter besetzen Straßen in Berlin, der neue Volksbeauftragte der Mehrheitssozialdemokraten, Gustav Noske, ruft zur Niederschlagung des Aufstandes rechte Freikorps zu Hilfe. Deren Vorgehen trägt Züge eines »weißen Terrors«: Anders als bei den Unruhen im November 1918 sind in den nächsten Monaten Tausende von Opfern zu beklagen. Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar befeuert schwere Unruhen im gesamten Reich.

Große und wachsende Teile der Arbeiterschaft nehmen die Politik der MSPD-

Führung als Versuch wahr, die Revolution, notfalls gewaltsam, zu ersticken. Dies treibt der heterogenen USPD ständig neue Anhänger zu, lässt die Partei kompetent aufsteigen – und rückt sie gegen den Wunsch ihrer Führung immer weiter nach links. Das im Dezember 1919 einstimmig angenommene Aktionsprogramm verpflichtet die USPD auf das basisdemokratisch verstandene Räteresystem als »Herrschaftsorganisation des Proletariats«. Hat die USPD bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 noch lediglich 7,6 Prozent der Stimmen bekommen, sind es im Juni 1920 bereits 17,9 Prozent.

Der linke Ableger der alten SPD ist auf dem besten Weg, zur stärksten Kraft der deutschen Arbeiterbewegung und zur stärksten Fraktion im Reichstag zu werden, doch ihm fehlen klare Leitlinien und verlässliche Strukturen. So kann der innere

Die Bedrohung von rechts bringt MSPD und USPD wieder zusammen

Kampf, der um das Verhältnis zu Moskau ausgefochten wird, zum Spaltpilz der jungen Partei werden. Mehr als ein Jahr lang diskutiert man den Beitritt zur Dritten Internationale. Die Parteiführung will sich in dieser Frage nicht festlegen. USPD-Führer argumentieren, dass die bolschewistische Regierung in Moskau andere sozialistische Parteien wie die der Menschewiki unterdrücke und mit »rotem Terror« gegen ihre Gegner vorgehe. Die Führung der Kommunistischen Internationale in Moskau, so meint etwa Arthur Crispien, strebe zudem nicht nach einem breiten Bündnis aller sozialistischen Kräfte, sondern nach »despotischer Herrschaft einer obersten »Bonzenschicht« über eine Masse geistiger Eunuchen«.

Die Mehrheit an der Basis sieht das anders: 156 Delegierte stimmen Mitte Oktober 1920 beim Parteitag in Halle gegen den Anschluss an die Kommunistische In-

ternationale, 236 sind dafür. Daraufhin zerbricht die Partei. Der linke Flügel schließt sich der KPD an, was den Kommunisten zunächst 400 000 neue Mitglieder beschert. Fortan bündelt die KPD den linken Arbeiterradikalismus in Deutschland. In der Rest-USPD, die weiterhin über 50 Tageszeitungen verfügt, verbleiben die meisten Reichstags- und Landtagsabgeordneten, die Mehrzahl der Gewerkschaftsfunktionäre und der überwiegende Teil des Parteiapparats.

Arthur Crispien hofft, mit seiner geschrumpften Partei eine nach links und rechts ausstrahlende Rolle als »marxistisches Zentrum« spielen zu können. Doch zwei Faktoren machen diese Vision zunichte: Zum einen wird die Republik zunehmend von rechts bedroht, wie eine Reihe politischer Morde zeigt. Zum anderen steckt die USPD in einer finanziellen Misere: Sie leidet besonders unter der Geldentwertung, weil sie, anders als die MSPD, kaum über Sachwerte verfügt.

In dieser Situation sammeln sich die Reichstagsfraktionen von USPD und MSPD in einer Arbeitsgemeinschaft und revidieren ihre Trennung: Am 24. September 1922 schließen sich die Parteien auf einem Parteitag in Gera wieder zusammen. Ungefähr ein Drittel der USPD-Mitglieder macht diese Wiedervereinigung nicht mit. Ein kleiner Rest von ihnen bleibt als linke Gruppierung unter dem alten Parteinamen bis 1931 bestehen.

In der neuen, wiedervereinigten SPD vom Herbst 1922 finden sich die meisten ehemaligen Unabhängigen eher auf dem linken Flügel wieder. Doch auch das durchaus marxistisch geprägte Heidelberger Programm der Sozialdemokraten von 1925, das frühere USPD-Politiker maßgeblich mitgeschrieben haben, bekennt sich uneingeschränkt zur demokratischen Verfassung. Die SPD bleibt die wichtigste und am Ende fast die einzige Stütze der Weimarer Republik. ■

PETER BRANDT *ist emeritierter Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Fernuniversität Hagen*



SPRUNGRAD

An einem Junitag im Jahr 1817 unternimmt der Erfinder Karl Drais in Mannheim die erste Ausfahrt mit seiner Draisine, einem Vorläufer des Fahrrads. Ihre Räder sind aus Holz. Einige Jahrzehnte und einige Entwicklungsstufen später präsentiert der schottische Arzt John Boyd Dunlop das erste Rad-Modell mit aufblasbaren Gummireifen – es lässt die Konkurrenten alt aussehen und wird zum Vorbild für alle Fahrräder, auch in Deutschland. Dann kommt der Weltkrieg. Da kein Kautschuk mehr ins Reich gelangt, der für die Herstellung der Reifen notwendig ist, behilft man sich mit einem kuriosen Ersatz: Anstelle des Gummimantels werden Sprungfedern auf die Felge montiert. Beim Modell im Bild sind es genau 68 Stück. Die Notbereifung stellen Firmen wie Dürkopp oder Opel her und verkaufen sie als Bausatz, noch weit bis in die Nachkriegszeit. Kautschuk bleibt lange rar. Auf dem Feldweg soll das Federrad übrigens rund laufen, auf Kopfstein oder Asphalt eher nicht. Und wenn es regnet, kommt man böse ins Rutschen. Einen unschlagbaren Vorteil aber haben die Federreifen: Niemals geht ihnen die Luft aus.

FLO

Die Kriegsmüden



N

ach drei Jahren Krieg sind die Soldaten an der Westfront vor allem eines: zutiefst erschöpft. Selbst Ernst Jünger, der sich im ersten Kriegsjahr freiwillig gemeldet hat, findet 1917 keinen Gefallen mehr am Grabenkampf. Später, in seinen 1920 veröffentlichten *Stahlgewittern*, wird er das Fronterlebnis als magischen Moment des Krieges feiern. Doch an einem sonnigen Tag im Mai 1917 notiert er beim Anblick einer zerschossenen französischen Ortschaft in seinem Tagebuch: »Wann hat dieser Scheißkrieg ein Ende? [...] Die Sache wird höllisch monoton.«

So eintönig die Kämpfe waren, so vorhersehbar waren die Verluste. In den Materialschlachten des Jahres 1916 an der

Somme und bei Verdun hatten alle beteiligten Armeen extrem viele Tote und Verwundete zu beklagen. Dies hinterließ im Denken der Generale wie im Erfahrungshaushalt der Offiziere und Soldaten tiefe Spuren. Allerdings zogen die jeweiligen Heeresleitungen daraus unterschiedliche Konsequenzen.

Die deutsche Oberste Heeresleitung (OHL) unter Erich Ludendorff und Paul von Hindenburg setzte Anfang 1917 auf die Defensive, nicht zuletzt weil sie sich vom uneingeschränkten U-Boot-Krieg den Sieg erhoffte. Um die eigene Front zu sichern, plante man den strategischen Rückzug auf eine massiv befestigte Position, die

sogenannte Siegfriedstellung. Die Initiative für diesen Schritt ging von der Heeresgruppe des bayerischen Kronprinzen Rupprecht aus, die im Sommer und Herbst 1916 die Hauptlast der Abwehr gegen die britisch-französische Offensive an der Somme getragen hatte. Nach einigem Zögern machte die OHL sich die Idee zu eigen. Von Oktober 1916 bis März 1917 wurde auf einer Länge von knapp 150 Kilometern – zwischen Arras im Norden und Laon im Süden – eine schwer befestigte Stellung errichtet. Für diese gigantische Baumaßnahme etwa 15 bis 20 Kilometer hinter der aktuellen Frontlinie setzte die OHL Kriegsgefangene sowie zivile belgische und französische Zwangsarbeiter ein. Etwa 70 000 Männer wurden

Die Deutschen hinterlassen verbrannte Erde, die Franzosen meutern, die Briten versinken bei Ypern im Schlamm.

1917 geht an der Westfront nichts mehr VON BENJAMIN ZIEMANN



TOTES LAND

Kanadische Soldaten tragen einen Kameraden durch die vom

Krieg zermalmte belgische Landschaft. In der Dritten Flandernschlacht werden mehr als 450 000

Männer getötet oder verletzt. Gebietsgewinne gibt es kaum

entweder in Barackenlagern kaserniert oder in verlassene Gemeinden und Gehöfte (sogenannte »Siegfriedorte«) einquartiert.

Das System der Zwangsarbeit war durch permanente Überwachung und brutale Behandlung der Arbeiter geprägt. Und es war nicht die einzige gewaltsame Begleiterscheinung der Siegfried-Bewegung: Unter dem Decknamen »Alberich« verwüsteten deutsche Truppen zwischen dem 9. Februar und 15. März das Gebiet, durch das sie sich zurückzogen. Ernst Jünger sah das Ergebnis der »Verbrannte Erde«-Rückzüge am 11. März in der Nähe von St. Quentin. Mit klarem Blick erfasste er den »Grundsatz« dieser Strategie, nach der »man dem Feinde nicht nur das ihm

Notwendige vernichten müsse, sondern auch alles, was überhaupt durch Menschenhand vernichtet werden kann«.

So schafften die deutschen Soldaten nicht nur Vorräte aller Art mit fast 30 000 Waggonladungen beiseite. Pioniertruppen fällten Bäume, zerstörten Eisenbahngleise und Straßen, brannten Gehöfte, Dörfer und ganze Städte nieder. Selbst Palmen in einem Schlosspark fielen dieser »Orgie der vollkommenen Zerstörung« (Jünger) zum Opfer. Für den vordringenden Gegner blieb so ein Gelände, das »schlimmer als die ödste Wüste« war. Darüber hinaus wurden laut Jüngers Zeugnis auch viele Brunnen vergiftet, was innerhalb der Armeeführung jedoch umstritten war. Seinen

brutalen Höhepunkt fand »Alberich« in der Deportation der französischen Zivilbevölkerung. Fast 150 000 Menschen, darunter Alte, Kinder und Kranke, wurden binnen drei Wochen im »Einwohnerabschub« – wie der bürokratische Euphemismus lautete – vertrieben. Viele von ihnen mussten den Weg in das rückwärtige Etappengebiet zu Fuß antreten.

Auch die französischen Soldaten waren kriegsmüde. Dennoch bereitete ihr Oberbefehlshaber, General Robert Nivelle, für das Frühjahr 1917 eine gemeinsame große Offensive der Alliierten zwischen Arras und Reims vor. Der deutsche Rückzug in die »Siegfriedstellung« vereitelte diese Absicht



BRÜCHIGE MORAL

Französische Soldaten im Frühjahr 1917. Nach der erfolglosen Offensive am Chemin des Dames meutern sie kollektiv

jedoch. Daraufhin änderte Nivelle seinen Plan und befahl einen Angriff am Höhenzug Chemin des Dames. Die geplante Durchbruchsschlacht begann am 16. April. Obwohl es den französischen Truppen trotz hoher Verluste nicht gelang, den Höhenzug zu erobern, setzte Nivelle die Offensive mit dem Ziel der *grignotage*, der Abnutzung des Gegners, fort.

Der Chemin des Dames wurde zum Epizentrum einer Welle kollektiver Befehlsverweigerungen, die sich in der gesamten französischen Armee ausbreitete. Anfang Juni erreichte sie ihren Höhepunkt und erfasste zwei Drittel aller Infanteriedivisionen. Zu den Meutereien kam es nicht an der Front, sondern zumeist dort, wo sich Truppen zum Abmarsch an die Front versammelten. Dem verweigerten sich die Soldaten, diskutierten und forderten Frieden. Manche Meuterer sangen die *Internationale* oder hissten rote Fahnen. Gewalttätige Zusammenstöße mit Offizieren blieben die Ausnahme – und nach einigen Stunden oder Tagen waren die meisten Verweigerer wieder zum Einsatz bereit.

Unter Historikern galt die Meuterei lange als Manifestation einer Krise der Moral in der französischen Armee, ausgelöst durch die hohen Verluste der Nivelle-Offensive und die pausenlose Beanspruchung ohne Chance auf Heimaturlaub. Demnach sei es Philippe Pétain, der Nivelle am 15. Mai als Oberbefehlshaber ablöste,

durch eine Mischung aus Repression und Reform der Urlaubsregelungen gelungen, die eher unpolitischen Meuterer zu bändigen. Rund 3500 Soldaten wurden durch Militärgerichte verurteilt, davon 554 zum Tode (auch wenn nur wenige Todesurteile vollstreckt wurden). In letzter Zeit wird dagegen der politische Charakter der Meutereien betont. Die Forderung nach einem sofortigen Friedensschluss und Parolen wie »Nieder mit dem Krieg« waren demnach Ausdruck pazifistischer und tendenziell revolutionärer Ambitionen der Soldaten.

Plausibler ist jedoch eine dritte Deutung, wonach der Zusammenhang mit der Nivelle-Offensive eher nachrangig war. Die meisten Proteste nämlich ereigneten sich, nachdem Pétain den Oberbefehl übernommen und die Offensive gebremst hatte. Eine der Infanterie-Divisionen, in der es zu besonders vielen Befehlsverweigerungen kam, war an dem Angriff gar nicht beteiligt.

Die Meuterei lässt sich in erster Linie als ein Versuch verstehen, die Lasten des Krieges gerechter zu verteilen und die Machtstrukturen in der Armee neu auszuhandeln. Zugleich sahen die Soldaten ihre Identität als Männer und Familienväter bedroht. Kaum etwas empörte sie mehr als Gerüchte, nach denen die Regierung Kolonialtruppen einsetzte, um Streiks der Industriearbeiterinnen in Paris und anderen Großstädten niederzuschlagen. Indem die Meuterer sich an die Parlamentarier in Paris



VERWÜSTUNG

Auf ihrem Rückzug zerstören die Deutschen alles, was den Feinden nützlich sein könnte. Soldaten posieren vor der Ruine des Schlosses von Rouppe

wandten, betonten sie ihre Verbindung zu den zivilen Autoritäten der Republik und übten zugleich Druck auf diese aus, die militärische Strategie zu überdenken.

Den britischen Kommandeuren um Oberbefehlshaber Douglas Haig war nach den Meutereien im französischen Heer klar, dass sie ihren Beitrag im Westen erhöhen und eine eigene Offensive vorbereiten mussten. Bei Kriegsbeginn war man dazu noch gar nicht in der Lage: Das britische Heer verfügte lediglich über 250 000 Berufssoldaten. Eilig warb man Freiwillige an, die jedoch schlecht ausgebildet waren, was zu hohen Verlusten führte. Erst die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im März 1916 garantierte regelmäßigen Nachschub. Im Sommer 1917 war die British Expeditionary Force voll einsatzbereit.

Als Ort für die Offensive wählte Haig den äußersten Norden der Front in Flandern, im belgischen Küstengebiet zur Nordsee. Die Briten hofften, die Deutschen dadurch zur Aufgabe ihrer U-Boothäfen in Zeebrügge und Ostende zwingen zu können. Das Expeditionskorps musste dabei auf die deutsche Strategie der flexiblen Verteidigung in der Tiefe reagieren, welche die OHL seit Herbst 1916 entwickelt und perfektioniert hatte: Die deutschen Soldaten zogen sich aus den vorderen Gräben zurück, wenn das Trommelfeuer des Gegners begann, um später im Gegen-



NEUE WAFFEN

Bei Cambrai
greifen die Briten
Ende November
erstmals im großen
Stil mit Panzern an

zug mit selbstständig handelnden Stoßtruppen die Initiative zurückzugewinnen.

Britische Pioniere antworteten mit der Untertunnelung der deutschen Stellungen. Am 7. Juni 1917 explodierten fast 450 Tonnen Sprengstoff, und britische Truppen rückten südlich von Ypern auf den Messines-Höhenzug vor. Der zweite Schritt der Offensive erfolgte am 31. Juli gemeinsam mit französischen Einheiten. Das gewaltige Artilleriefeuer an diesem Tag trieb die deutschen Truppen zurück. Ernst Jünger, dessen Regiment bei diesem Angriff dramatische Verluste erlitt, musste beobachten, wie deutsche Soldaten unkontrolliert davonliefen und ihre Maschinengewehre mitnahmen. Nur mit dem Befehl »Anschlagen auf die Ausreißer!« und einigen Warnschüssen gelang es seinem Trupp, die »Drückeberger« aufzuhalten.

Am 1. August setzte starker Regen ein, der den ganzen Monat anhielt und das Schlachtfeld in einen weitgehend unpassierbaren Sumpf verwandelte. Erst im September konnte die britische 2. Armee unter General Hubert Gough die Offensive wieder aufnehmen. Um die deutsche Verteidigung zu unterlaufen, befahl Gough seinen Soldaten, sich nach dem Vordringen sofort einzugraben und so den deutschen Gegenstoß abzuwehren – ein *bite and hold* genanntes Verfahren. Diese Taktik brachte bis zum November einige Erfolge, als kana-

dische Einheiten das Dorf Passchendaele einnahmen. Als »Battle of Passchendaele« ist diese Schlacht in Großbritannien bis heute tief in der kollektiven Erinnerung verankert. Doch den enorm hohen Verlusten – die Briten hatten 332 000 Verwundete und Tote zu beklagen – standen nur geringe Geländegewinne gegenüber, die strategisch bedeutungslos blieben.

Der Einsatz neuer Waffentechnik konnte die Erstarrung des Krieges an der Westfront ebenfalls nicht lösen. Das Jahr 1917 markiert in dieser Hinsicht keine Zäsur, sondern steht für die konsequente Weiterentwicklung moderner Technik, die dennoch keiner Seite zum Durchbruch verhalf. So war der erste britische Panzer, das Modell Mark I, bereits 1916 in Serienproduktion gegangen. Aber im großen Stil und mit einigen Erfolgen setzten die Briten die *tanks* erstmals in der Schlacht von Cambrai im November 1917 ein. Die anfänglichen Geländegewinne jedoch gingen schnell wieder verloren – ebenso etwa ein Drittel der über 450 Panzer.

Auch Giftgasgranaten wurden bereits in den ersten Kriegsjahren verschossen. Am 13. Juli 1917 setzte die deutsche Armee nun erstmals Senfgas ein und trug so zur Eskalation des Gaskrieges bei. Das Mittel drang über die Haut in den Körper ein und verursachte schwerwiegende Verätzungen der inneren Organe. Mit Lost – so der techni-

sche Name des Gases – konnten die Deutschen vor allem in der Defensive größere Flächen unpassierbar machen.

Der strategische Luftkrieg, die Bombardierung von Häfen und Fabriken im Hinterland, hatte bereits 1915 eingesetzt. Allerdings begannen deutsche Flugzeuge im Frühjahr 1917 – zeitgleich mit dem unbegrenzten U-Boot-Krieg – eine vornehmlich auf die Moral der Zivilisten zielende Großoffensive gegen südenglische Städte. Für die Bevölkerung erfolgten die Angriffe ohne Vorwarnung, sie lösten Angst und Schrecken aus. Allein der erste bei Tageslicht geflogene Angriff auf London am 13. Juni hinterließ 162 Tote und 432 Verletzte – Opferzahlen, die mit denen einzelner deutscher Bombardements der Jahre 1940/41 vergleichbar sind.

Im Westen endete das Kriegsjahr 1917 genau so, wie es begonnen hatte – mit tiefer Erschöpfung und Kriegsmüdigkeit auf allen Seiten. Der seit 1916 geführte Abnutzungskrieg forderte immer mehr Opfer, ohne dass er einer Seite zu einem entscheidenden Vorteil verhalf. Erst die rasch gescheiterte deutsche Frühjahrsoffensive im März 1918 brachte den Krieg einer Entscheidung näher. ■

BENJAMIN ZIEMANN ist Professor für Neuere deutsche Geschichte an der Universität Sheffield

S

pätabends, 18. August 1905, im Olympia, einer Konzerthalle am Boulevard des Capucines mitten in Paris: Alle Augen der Männer sind auf Mata Hari gerichtet. Die Tänzerin tritt vor ihr Publikum. Auf dem Kopf hat sie jede Menge javanisch inspirierten Schmuck, am Oberkörper trägt sie ein strassbesetztes Bustier und Seidentücher. Um die Hüfte ist, locker und tief, ein bestickter Stoff geknotet.

15. Oktober 1917, frühmorgens, in der Festung von Vincennes wenige Kilometer östlich von Paris: Jeweils ein Auge der Männer ist auf Margaretha Geertruida MacLeod, geborene Zelle, gerichtet. Zwölf Soldaten zielen mit ihren Gewehren auf sie. Die verurteilte Doppelspionin betrachtet ihr Erschießungskommando: Sie hat die Augenbinde verweigert. Auch hat sie darum gebeten, nicht gefesselt zu werden. Daraufhin, so heißt es, habe man ihr den Strick um die Hüfte geknotet – locker und tief.

Margaretha Geertruida Zelle alias Mata Hari wird 1876 als Tochter eines Hutmachers in Leeuwarden, Provinz Friesland, geboren. Sie stirbt in jenem Jahr, in dem der große europäische Krieg endgültig zum Weltkrieg wird. Dazwischen liegen 41 Jahre eines geheimnisvollen Frauenlebens: Mehr als 200 Bücher sind über Mata Hari erschienen – zuletzt ließ Paulo Coelho sie einen fiktiven Brief aus dem Gefängnis an ihren Anwalt schreiben.

Ihre Geschichte wurde Ballett, wurde Musical. Und in fast jedem Jahrzehnt seit ihrem Tod wurde der Plot verfilmt: Die Riege der Mata-Hari-Miminnen reicht von der Schwedin Greta Garbo 1931 bis zur Deutschen Natalia Wörner 2017. Doch war Margaretha Zelle wirklich die skrupellose moderne Femme fatale, als die sie so oft dargestellt wird? Oder sagt ihre Erschießung am Ende mehr über ihre Zeit aus als über ihre tatsächliche Schuld?

Margaretha, in den Quellen ebenso oft Geertruida, Gretha oder Griet genannt, war das Lieblingskind ihres Vaters, und es scheint, als habe sie sich etwas bei ihm abgeschaut: Auch Adam Zelle stapelte gerne hoch. Mitunter war er pleite oder

Agentin Morgenrot

Mata Hari erregt ihr Publikum mit erotischem Tanz. Noch größer ist die Aufregung, als sie wegen Doppelspionage vor Gericht steht

VON LOUISA REICHSTETTER

VERLOCKEND

Mata Hari kommt aus den Niederlanden, betört die Pariser aber im exotischen Gewand



verschwunden oder beides zugleich. Wenn er zu Hause war, stritt er heftig mit seiner Frau – und verwöhnte seine einzige Tochter. Zu ihrem sechsten Geburtstag schenkte er ihr eine Miniaturkutsche, gezogen von Ziegen statt Pferden, aber ansonsten ausgestattet wie die echten Karossen der Reichen, die durch die Gassen klapperten.

1895, im Alter von 19 Jahren, antwortet Margaretha Zelle auf eine Heiratsannonce. Aufgegeben hat sie Rudolph MacLeod, fast 20 Jahre älter als sie – ein Brite in Diensten des niederländischen Militärs. Sein Dienstort ist das heutige Indonesien. Margaretha, nun: MacLeod, bekommt erst eine Tochter, dann einen Sohn. Um die Jahrhundertwende aber spielt ihr das Schicksal übel mit: Sie ist nicht zu Hause, als ihr Sohn unter mysteriösen Umständen stirbt. Die Ehe scheitert, um die Tochter entbrennt ein Sorgerechtsstreit, den die Mutter verliert.

Nach neuerer, auf ihren Briefen fußender Lesart liegt in diesem doppelten Verlust der Grund für Margarethas Verwandlung in Mata Hari: Da Rudolph MacLeod sich weigert, ihr Zugang zu ihrem Kind zu gewähren und auch nur einen Gulden zu zahlen, ist sie gezwungen, für ihren Lebensunterhalt selbst aufzukommen. Das ist in einer Zeit, in der Frauen kaum Zugang zu bürgerlichen Berufen haben, nicht leicht.

Margaretha Zelle geht nach Paris, da ist sie 28. Sie versucht es als Aktmodell, dann als Zirkusreiterin. Im Zirkus rät man ihr zum Tanz. 1905 tritt sie erstmals als »Lady MacLeod« auf. Die schöne Dunkelhaarige beschließt, sich für ihre Auftritte von ihrem Aufenthalt in Asien inspirieren zu lassen: Sie reißt sich in einem selbst gestalteten Kostüm aus Modeschmuck neben einer Art Shiva-Gottheit im Musée Guimet, dem orientalischen Privatmuseum eines Industriellen. Bald verwandelt sich Lady MacLeod in »Mata Hari«, malaisisch für Morgenröte. Ihrer Legende

nach ist sie halb europäischer, halb indonesischer Herkunft.

Egal wie frei erfunden die Biografie, wie wenig authentisch ihr Tempeltanz:

Mata Hari trifft den Nerv der Zeit. Alles, was die Menschen für »orientalisch« halten, ist groß in Mode. Etwas Haut zu zeigen ebenso. Mata Hari aber zeigt mehr als nur etwas: Mit langsamen Bewegungen legt sie vor der Gottheit nach und nach Schmuck und Stoff ab, bis sie nur noch ihr Bustier trägt. Untenrum ist sie frei.

Paris ist elektrisiert. Die Presse trägt ihren Teil dazu bei, Mata Haris Mut zur Entblößung als »artistique« zu preisen. Bald tritt sie täglich auf; zu ihren verbrieften Bewunderern und Liebhabern zählen hohe Militärs, Politiker, Diplomaten und Financiers wie Baron Rothschild oder der Bankier Félix Xavier Rousseau. Er kauft für sie eine Villa in einem Pariser Vorort und schenkt ihr eine eigene, prächtige Kutsche. Sie tourt durch Europa, die Liste ihrer Affären wird länger und illustrier. Mit der Bekanntheit wächst die Zahl der Damen, die sie erfolgreich nachahmen.

Doch mit der Zeit beginnt Mata Haris Stern zu sinken. Als der Krieg ausbricht, ist sie in Berlin. Angesichts der politischen Ereignisse werden ihre Auftritte dort kurzfristig abgesagt. Die Künstlerin hat jede Menge Kleider dabei, aber keine Ausweise. Gerade noch schafft sie es zurück in die Niederlande.

Trotz des Krieges gelingt es ihr, weiter zwischen europäischen Metropolen zu reisen. Quellen des britischen Geheimdienstes belegen, dass sie daher früh als verdächtig eingestuft wurde, auch weil sie über persönliche Kontakte zu wichtigen Herren in den verfeindeten Ländern verfügte. Genau deshalb interessierte sich auch der deutsche Geheimdienst für sie. Nach eigenen Angaben erreichte Mata Hari das Angebot, zu spionieren und dafür einen beträchtlichen Vorschuss zu erhalten, im Frühsommer 1916 über den deutschen Konsul in den Niederlanden. Es folgte eine Art Briefing durch Elsbeth Schragmüller, die einzige Frau, die damals eine Führungsposition in der deutschen Spionage innehatte.

Dass Mata Hari zusagte, den Deutschen unter dem Decknamen H-21 Informationen zuzuspielen, leugnete sie nie.

Aber welche Informationen es waren, ist bis heute nicht klar, auch weil die Akten zu jenem kurzen Prozess, der im Oktober 1917 zu ihrer Hinrichtung führte, erst im Verlauf dieses Jahres zugänglich gemacht werden – nach Ablauf der maximalen Archivfrist von 100 Jahren.

Der Historiker Frédéric Guelton wies bereits 2007 darauf hin, dass Mata Hari vermutlich nie wirklich spionierte. Sie habe vor allem finanzielle Zuwendungen und Reisemöglichkeiten im Auge gehabt und das Risiko unterschätzt. Am Ende soll Mata Hari, die Frau mit den zahllosen Affären, sogar aus Liebe gehandelt haben.

Im August 1916 will sie unbedingt in den südfranzösischen Kurort Vittel reisen, um dort einen jungen russischen Offizier namens Vadim Masloff wiederzusehen. Der französische Geheimdienst hat sie längst im Verdacht, für die Deutschen zu arbeiten, und genehmigt gerade deshalb die Reise – unter der Bedingung, dass Mata Hari auch für die Franzosen spioniert und sich nach dem Treffen mit Masloff auf einen deutschen Gesandten in Madrid ansetzen lässt. Mata Hari erkennt die Gefahr und wird aus Naivität zu jener Doppelagentin, der man nach der Festnahme in Paris im Winter 1917 alles Mögliche zur Last legen wird: Rüstungsgeheimnisse der Alliierten soll sie den Deutschen verraten und Informationen weitergegeben haben, die zum Tod von 50 000 französischen Soldaten geführt hätten.

Beweise für die Anschuldigungen gibt es nicht, aber dass man sie formuliert und Mata Hari zur skrupellosen Femme fatale stilisiert, sagt viel über Europa 1917 aus: Die Nerven liegen allorten blank. Zu lange schon dauert der Krieg, zu verlustreich ist er, besonders in Frankreich.

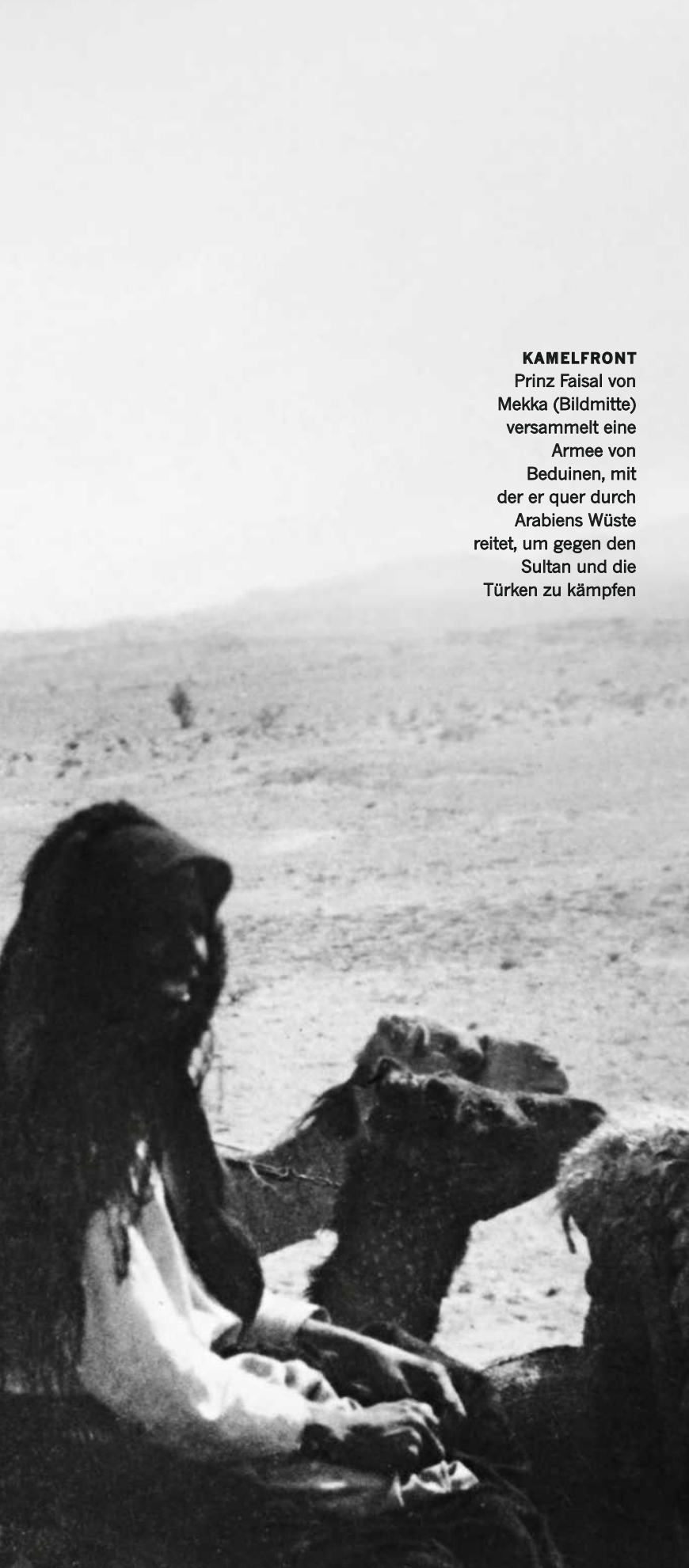
Die zwölf Kugeln treffen: Margaretha Zelle, Bürgerin der neutralen Niederlande, sackt in sich zusammen. Sie stirbt als Exempel. Zu sehr liebte sie den Luxus in Zeiten kollektiver Entbehrung – zu sorglos übertrat sie die Grenzen zutiefst verfeindeter Nationen. ■

LOUISA REICHSTETTER ist Historikerin und Journalistin in Jena

Angriff aus der Wüste

Der Brite T. E. Lawrence führt eine Beduinen-Truppe in die Revolte gegen das Osmanische Reich. Doch das Land, um das sie kämpfen, haben England und Frankreich schon unter sich aufgeteilt VON MARKUS FLOHR





KAMELFONT
Prinz Faisal von
Mekka (Bildmitte)
versammelt eine
Armee von
Beduinen, mit
der er quer durch
Arabien's Wüste
reitet, um gegen den
Sultan und die
Türken zu kämpfen

S

eit zwei Wochen zieht die Karawane durch die Wüste. Gut vierzig Kamele, in einer langen Reihe. Es ist Mitte Mai im Jahr 1917. Mit Tüchern schützen die Beduinen sich vor Sonne und Wind; sie sind unterwegs zum Lager ihres Stammes. Einer der Männer ist kein Beduine: Er heißt Thomas Edward Lawrence, 28 Jahre, Offizier der britischen Armee. Schweißtropfen laufen ihm die Stirn hinunter. Er hadert damit, sich dem Ritt angeschlossen zu haben. Er leidet unter den Unzulänglichkeiten seines Körpers, auch sein Gemüt verdüstert sich von Tag zu Tag. »Schmerz und Höllenqual heute«, kritzelt er bei einer Rast ins Notizheftchen, und: »Die Bürde drückt mich jetzt zu Boden.«

Eigentlich ist Lawrence Archäologe mit Oxford-Abschluss, seit 1915 aber arbeitet er für den militärischen Geheimdienst in Kairo und zeichnet Karten für die britische Armee. Von Januar 1917 an lautet sein Auftrag, mit den Beduinen des westlichen Arabiens in den Krieg zu ziehen. An Britanniens Seite sollen sie die mit den Mittelmächten verbündeten Türken angreifen, für die »Freiheit aller Araber«, so will es zumindest die Propaganda.

Jetzt, im Mai 1917, zieht Lawrence Richtung Wadi Sirhan. In dem ausgetrockneten Flusstal mitten in der Wüste liegen Oasen. Dort schlägt der Stamm der Howeitat seine Zelte auf. Dort will Lawrence eine Streitmacht aufstellen für den Feldzug gen Norden, Richtung Damaskus. Die »Bürde«, die Lawrence beklagt, ist die Hitze; auch das Kamelreiten strengt ihn an, wie er in seinem autobiografischen Buch *Die sieben Säulen der Weisheit* schreibt. Was ihn aber mindestens so sehr »zu Boden drückt«, sind Zweifel an seiner Mission, verursacht durch Argwohn gegenüber den britischen Vorgesetzten.

Die Geschichte des T. E. Lawrence fasziniert seit Jahrzehnten Millionen Menschen. Bereits 1919 machte ein amerikanischer Journalist Lawrence zur Figur einer Diashow, mit der er den Madison Square Garden in New York füllte und durch England tourte. Die Erzählung von Lawrence, dem Briten aus der Wüste, schien den Zeitgenossen so ganz anders zu sein als das, was sie vom Weltkrieg kannten. Lawrence erinnerte, hoch auf dem Kamel, einen Krumdolch vor dem Bauch, umweht vom weiten Kopftuch, eher an einen fahrenden Ritter oder an die Märchen aus Tausendundeiner Nacht als an die traurigen Gestalten, die in den matschigen Schützengräben Belgiens und Frankreichs ihr Leben hatten lassen müssen. Schon in den zwanziger Jahren, noch zu Lebzeiten, mutierte Lawrence zum Helden einer Abenteuer-Saga, zu einer Mischung aus Aladin und Don Quixote. T. E. Lawrence selbst versteckte

DER KÄMPFER

Mit Auda Abu Tayi,
dem Häuptling des
Howeitat-Stammes,
erobert Lawrence
im Juni 1917 die
strategisch wichtige
Festung Akaba am
Roten Meer



sich schon bald vor seinem Ruhm, diente ein paar Jahre unter wechselnden falschen Namen als einfacher Soldat in der britischen Armee und starb 1935 bei einem Motorradunfall auf einer Landstraße in England.

Knapp dreißig Jahre später, 1962, sollte seine Geschichte durch David Leans monumentalen Film zu einem Hollywood-Märchen gerinnen – aus Thomas Edward wurde »Lawrence of Arabia«. Was in den Jahren zwischen 1916 und 1918 wirklich im Nahen Osten geschah, verschwand fortan hinter einem Schleier aus Technicolor. Fest mit dem Lawrence-Mythos verwoben ist die Überhöhung und Umdeutung des Geschehens, an dem Lawrence beteiligt war, der »Arabischen Revolte«. Sie wurde bereits durch seine eigene Schilderung in den *Sieben Säulen* zum Aufstand der unterdrückten Volksmassen Arabiens stilisiert – die sie so nie war. Daraus entwickelte sich, schreibt der Historiker Peter Thorau, mit der Zeit ein »großer, Gemeinsamkeit stiftender Mythos, der sich als propagandistische Waffe gegen die westliche Bevormundung und Einmischung einsetzen ließ – und lässt«.

Ihren Anfang nahm die Revolte im Hedschas, dem Küstenland im Westen der Arabischen Halbinsel, in dem Mekka und Medina liegen. Das Osmanische Reich beherrschte diese Gegend seit gut 500 Jahren; der Scherif von Mekka aus dem Haus der Haschemiten war ein Vasall des Sultans. Doch das Osmanische Reich bröckelte: Großbritannien suchte Bündnispartner für einen Feldzug gegen die Türken von Ägypten aus in Richtung Jerusalem und begann, mit Scherif Hussein zu verhandeln. Die Haschemiten führen ihr Geschlecht auf Mohammed selbst zurück und sahen sich seit jeher berufen, den Kalifen zu stellen, also die Muslime der Welt anzuführen – diese Rolle hatte ihnen der türkische Sultan genommen. Durch den Weltkrieg bot sich die Gelegenheit, die innerislamische Machtfrage neu zu stellen. Zumindest wollte Hussein sich vom Sultan los-sagen und König von Arabien werden.

Er verhandelte parallel mit Konstantinopel und der Entente. Vom Sultan forderte er ein Königreich im Hedschas; gegenüber den Briten behauptete er, für die »arabische Nation« zu sprechen – doch kaum jemand außerhalb des Hedschas folgte ihm. Den Briten erschien Hussein trotzdem als nützlicher Verbündeter. Mit wechselseitigen Betrugereien versuchte man ein-ander zu instrumentalisieren.

Die Folgen dieser diplomatischen Täuschungen sollten sich für den Nahen Osten als schwere Belastung erweisen. Hussein erträumte sich ein Reich vom Mittelmeer bis Persien und von Anatolien bis zum Golf von Aden, das er niemals hätte erobern oder beherrschen können. Die Briten versprochen es ihm nicht, wie regelmäßig behauptet wird, sie widersprachen ihm

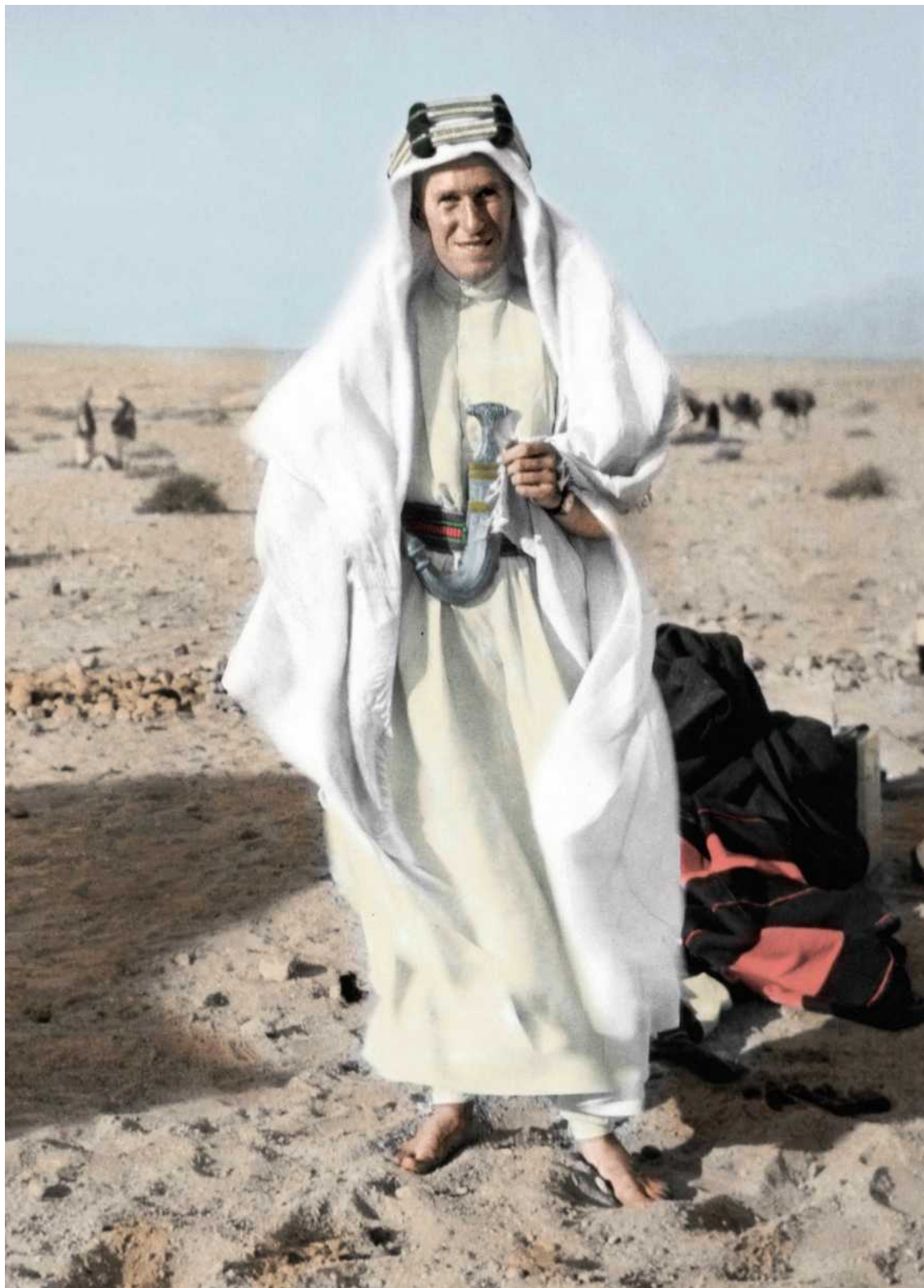
allerdings auch nicht – sie hielten die Ansprüche für völlig überzogen, wie ihr interner Schriftverkehr aus dieser Zeit zeigt. Zum Aufstand rang Hussein sich erst durch, als die Verhandlungen mit Konstantinopel abbrachen und sich im Sommer 1916 osmanische Truppen Richtung Mekka bewegten. Er fürchtete, dass man ihn beseitigen wollte, und befahl seinen Soldaten, in Mekka die Kontrolle zu übernehmen.

In anderen Teilen Arabiens betrachtete man den Aufstand im Namen »aller Araber« mit Desinteresse, häufig mit Missbilligung. Kaum ein arabischer Soldat in osmanischen Diensten lief zu Hussein über. Schnell drohte die Revolte zu scheitern. Im Spätsommer 1916 dirigierten die Briten darum zur Unterstützung Kanonenboote an die Küste des Hedschas; an Husseins Sohn Faisal und seine Brüder schickten sie Gewehre und Gold sowie Verbindungsoffiziere wie T. E. Lawrence – als Übersetzer, Berater und Sprengmeister.

Keiner kam den Aufständischen dabei so nahe wie Lawrence. Er machte die Sache derer, die er als »Araber« betrachtete, zu seiner Sache und tauchte tief in die Welt ein, die ihn umgab. Schon als Student hatte Lawrence den Nahen Osten ausgiebig durchwandert und seine Abschlussarbeit über Kreuzfahrerburgen in Palästina und Syrien geschrieben. Später kam er als Archäologe im britischen Auftrag erneut mit der Welt und den Menschen des Nahen Ostens in engen Kontakt. Er lernte, fließend Arabisch zu sprechen.

Ende 1916 wurde Lawrence zu Husseins Sohn Faisal ins Feldlager geschickt. Schon kurz nach seiner Ankunft begann er, arabische Gewänder zu tragen – damit die Beduinen erkannten, dass er war wie sie. Anfang 1917 schlug der Tross in der Hafenstadt Wadsch ein Basislager auf, 700 Kilometer entfernt von Mekka. Faisal lud die Führer der Beduinenstämme aus der Umgebung ein. Auf ihre Hilfe war er angewiesen, um die Revolte Richtung Norden zu tragen. Mitte April bekam Faisal Besuch vom Mächtigsten unter den Beduinen: Auda Abu Tayi vom Stamm der Howeitat. Auch Lawrence wurde zum Gespräch gebeten und notierte später, tief beeindruckt: »Ein prächtig ungleiches Paar, die Verkörperung des Besten in Arabien: Faisal der Prophet und Auda der Krieger, jeder in seiner Art vollendet«. Über Auda schrieb er zudem: »Er muss an die fünfzig sein (vierzig gibt er zu), und sein schwarzer Bart ist von weißen Strähnen durchzogen [...]. Er war achtunddreißig Mal verheiratet, wurde dreizehn Mal verwundet und musste in seinen Schlachten mit-ansehen [...], wie die meisten seiner Verwandten getötet wurden. [...] Nichts auf der Welt könnte ihn dazu bewegen [...], einem Befehl zu gehorchen oder einen Kurs einzuschlagen, den er missbilligt.«

Lawrence hatte eine verklärende Sicht auf die Menschen, mit denen er in den Krieg zog. »Die Araber« und

**BARFUSS
IM KRIEG**

So gut er kann,
verwandelt sich
Lawrence in
einen Beduinen.
Doch die Sonne
verbrennt ihm
das Gesicht, vom
Essen bekommt
er Durchfall, und
das dauernde
Kamelreiten lässt
am Gesäß Furunkel
sprießen

Faisals Beduinen setzte er meist gleich. Er projizierte auf sie einen politischen Freiheitswillen, den vielleicht Faisal, »der Prophet«, gehabt hat, Auda Abu Tayi, »der Krieger«, aber schon nicht mehr, geschweige denn seine Kämpfer. Die *Sieben Säulen* wurden jedoch zu einer der Hauptquellen für die »Arabische Revolte«, weil Lawrence den Aufstand aus der unmittelbaren Nähe seiner Protagonisten und so reich an Details schilderte.

Im Frühjahr 1917 begann ihn seine Identifikation mit den Beduinen ernsthaft zu belasten: Er wusste, dass der britische Diplomat Mark Sykes 1916 ein Abkommen mit dem Franzosen François Georges-Picot geschlossen hatte, in dem der Nahe Osten für den Fall eines Sieges über die Osmanen unter der Entente aufgeteilt wurde. Auch der russische Außenminister war daran beteiligt. In den Augen von Lawrence begingen die Briten Verrat, weil sie Hussein und Faisal dies verschwiegen. Öffentlich dazu äußern konnte Lawrence sich nicht; es ist jedoch wahrscheinlich, wenn auch nicht belegt, dass er sich gegenüber Faisal offenbarte. In jedem Fall schmiedeten Lawrence und Faisal den Plan, so schnell wie möglich nach Syrien, vor allem nach Damaskus vorzudringen, um Fakten zu schaffen, an denen Großbritannien und Frankreich nicht mehr vorbeikommen würden.

Drei Wochen nach der ersten Begegnung sattelten Auda Abu Tayi, Lawrence und gut vierzig Mitstreiter die Kamele und brachen auf Richtung Nordosten. Faisal blieb im Lager. Sie hatten den Plan gefasst, Akaba zu erobern, den letzten osmanischen Hafen am Roten Meer. Ein kleiner Stützpunkt, strategisch bedeutsam, der am Weg von Arabien zum Sueskanal in Ägypten lag.

Mehrfach hatten die Osmanen den Kanal angegriffen, um den Schiffsverkehr der Briten nach Indien abzuschneiden. Zuletzt waren sie im Juni 1916 gescheitert. Kurz nach der Attacke begannen die Briten den Gegenangriff, eroberten den Sinai und standen kurz vor Gaza. Bis Weihnachten 1917 wollte man in Jerusalem sein. blieb Akaba unter osmanischer Kontrolle, drohte von Osten her jedoch jederzeit Gefahr.

Der schnellste Weg nach Akaba hätte am Roten Meer entlangeführt, doch dorthin zeigten auch die Kanonen der Bastion. Die Landseite aber war offen, weil es als unmöglich galt, die Festung von dort einzunehmen. Schroffe rote Felsen zerteilten die Gegend – dorthin wollten Lawrence und Auda ziehen, in einem riesigen Bogen, Hunderte Kilometer durch die Wüste.

Am 25. Mai 1917 breitet sich vor Auda und Lawrence das Wadi Sirhan aus: eine Reihe aufeinanderfolgender Senken mit Quellen, ein paar Büschen und Bäumen. Hier wird Auda die Stämme der Umgebung zusammenrufen, um in den Kampf zu ziehen. Doch davor steht bei den Beduinen das Gespräch, das Essen, das Trinken – auch das Beten.

Mehrere Tage verbringen die Männer sitzend und redend auf Teppichen. Mittags wird Hammel serviert, der in Butter schwimmt. Nach dem Essen trinkt man in einer langwierigen Zeremonie Kaffee, stets begleitet vom vielstimmig gemurmelten »im Namen Gottes, des Gnädigen und Allgütigen«.

Tag für Tag verschlimmert sich nun das, was Lawrence beim Treck durch die Wüste seine »Bürde« nannte, zu zermarternder Seelenpein. Wieder und wieder, so Lawrence in den *Sieben Säulen*, wird er an den britischen »Verrat« durch das Sykes-Picot-Abkommen erinnert: Von den Türken hätten die Beduinen Gerüchte gehört; ein Mann nach dem anderen habe ihn gefragt, ob die britische Regierung Wort halten und »die Araber« nach der Revolte in die Freiheit entlassen werde. Lawrence schreibt in sein Tagebuch, dass er sich bitter schämt, die Beduinen in den Kampf um eine Freiheit zu hetzen, die Großbritannien schon verschachert hat: »Wäre ich ein ehrlicher Ratgeber gewesen, so hätte ich den Leuten sagen müssen, nach Hause zu gehen und nicht länger ihr Leben für eine solche Gaukelei aufs Spiel zu setzen.«

Einige Historiker halten diese Schilderung für ein nachträgliches Konstrukt. Wüstenkämpfern wie Auda Abu Tayi ging es bei ihren Unternehmungen vor allem darum, Beute zu machen. So auch bei Faisals Revolte. Die große Politik, die in Konstantinopel oder London gestaltet wurde, interessierte sie nicht. Weit bis ins Jahr 1916 hielt Auda es noch mit den Osmanen; nun hat er eben die Seiten gewechselt. Seine Streitmacht ist keine Truppe, die ihr Leben für eine politische Überzeugung einsetzen will – eher sind es Wüstenpiraten, deren räuberisches Handwerk Lawrence im Sinne der Briten nutzbar machen soll. Es ist wahrscheinlich, dass der »Verrat«, von dem er schreibt, für ihn selbst ein größeres Problem darstellt als für die Beduinen der Howeitat.

Anführer Auda gelingt es, immerhin 560 Kämpfer zu versammeln. Am 17. Juni ziehen sie gen Akaba. Um die Osmanen abzulenken, überfallen sie eine Zeit lang in kleinen Trupps die Hedschas-Bahn südlich von Damaskus, mit der die Osmanen Soldaten, Lebensmittel und Waffen an die Front bringen.

Der Angriff auf Akaba beginnt wenig später: Am Morgen des 4. Juli reiben die Beduinen ein osmanisches Bataillon nahe Akaba vollständig auf. Danach leisten die verbliebenen türkischen Außenposten am Weg kaum noch Widerstand. Die Soldaten der Garnison



DER PROPHET

Feldherr Faisal, Sohn des Scherifen von Mekka, eint die Beduinenstämme des westlichen Arabiens für den Krieg. Lawrence sieht in ihm den künftigen König Arabiens

von Akaba verschanzen sich zwar erst, übergeben dann aber kampflos die Stadt. Am 6. Juli ziehen Auda und Lawrence in die kleine Festung ein. Da in Akaba aber kaum noch etwas zu finden ist, womit die Kämpfer entlohnt oder am Leben gehalten werden können, begibt sich Lawrence sofort auf einen Gewalttritt per Kamel quer über den Sinai nach Kairo. Kaum hat er der britischen Führung die Nachricht von der Eroberung überbracht, schickt sie Schiffe mit Lebensmitteln, Waffen und Gold nach Akaba.

Lawrence bleibt einige Tage in Kairo und trifft dort auf den neuen Befehlshaber der britischen Truppen, Edmund Allenby. Der erklärt ihm, dass er bis Weihnachten in Jerusalem einziehen will. Die Eroberung von Akaba kommt ihm gelegen, weil sie die Türken in Syrien und im Hedschas beschäftigt und damit in Palästina schwächt. Der nächste Vorstoß Richtung Jerusalem soll im September unternommen werden – nicht wie zuvor über Gaza, sondern über Beer Scheva, eine Stadt in der Wüste Negev.

Die Idee geht zurück auf Hinweise, die den Briten durch einen Spionagering zugespielt wurden, mit dem Juden aus Palästina die Briten bei der Eroberung des Landstrichs unterstützen. Die Spione hoffen, ihrem Traum von einer jüdischen Nation in Palästina näher zu kommen, wenn die osmanische Herrschaft gestürzt wird. Der Moment ist dafür günstig, denn zur selben Zeit versucht der britische Zionist Chaim Weizmann, die Regierung in London, vor allem Außenminister Arthur Balfour, davon zu überzeugen, das jüdische Projekt zu seinem Anliegen zu machen. Balfour hegt Sympathie für die Idee: Er sieht in der jüdischen Bevölkerung in Palästina einen natürlichen Verbündeten und einen Stabilitätsfaktor für die Zeit nach der Eroberung. Tatsächlich bekennt die britische Regierung in der Balfour-Deklaration vom November 1917 »ihr Wohlwollen gegenüber der Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina«. Etwa zur gleichen Zeit sind Allenbys Truppen bis Jerusalem vorgedrungen, und am 11. Dezember schreitet der General durchs Jaffator in die Altstadt.

Chaim Weizmann wird später Kopf der ersten Zionistischen Kommission, einer Art Selbstverwaltungsbehörde der Juden in Palästina, und schließlich der erste Staatspräsident Israels. Sogar mit Faisal wird Weizmann ein Abkommen schließen, in dem die Haschemiten die Balfour-Deklaration und das jüdische Projekt in Palästina anerkennen, mit dem Vorbehalt, dass die Briten auch einem großarabischen Königreich zur Geburt verhelfen – was nicht passiert.

Nie sind die Zeugnisse von Lawrence widersprüchlicher und beklemmender als Ende des Jahres 1917. Er kehrt mit dem Plan nach Akaba zurück, den briti-

schen Vormarsch in Palästina von Osten her mit Faisals Männern zu unterstützen. In Syrien greift er nun mit einer kleinen Beduinentruppe Posten der Hedschas-Bahn an; er will Brücken sprengen und türkische Stellungen überfallen. Viele der Aktionen misslingen. Einem alten Freund vertraut Lawrence im Oktober in einem Brief an: »Ich hoffe, dass dieser Albtraum bald endet und ich wieder zu einem Lebenden werde. Das Töten und Töten ist schrecklich.« Nur einen Tag später berichtet er aber einem britischen Offizier in beschwingtem Ton von den gleichen blutigen Aktionen, von mutigen Beduinen, von »wunderschönen Schüssen«, und er schließt: »Ich hoffe, Du hörst, wie viel Spaß wir hatten.«

Anfang November gerät Lawrence nach eigener Darstellung in osmanische Gefangenschaft. Seltsam detailliert schildert er in den *Sieben Säulen*, wie er gefoltert und sexuell missbraucht wird, ihm aber am Ende eine waghalsige Flucht gelingt. Historiker haben immer wieder die Korrektheit dieser Schilderung angezweifelt. Fantasiert Lawrence hier seine Strafe für den Verrat an der Revolte herbei? Tatsächlich geschieht in diesen Tagen in einem anderen Winkel der Welt etwas, was die Last, die er spürt, von seinen Schultern nehmen wird: In Petrograd führt Lenin die Bolschewiki zur Oktoberrevolution. Das hat eine konkrete Auswirkung auf den Nahen Osten: Kurz nach dem Putsch veröffentlichten die Revolutionäre Geheimverträge der russischen Regierung, unter ihnen das Sykes-Picot-Abkommen.

Ein osmanischer General zögert nach diesen Neuigkeiten nicht lange und bietet den Haschemiten einen Waffenstillstand an – was Scherif Hussein umgehend an die Briten meldet. Im Hauptquartier in Kairo fürchtet man, dass nun die gesamte Strategie im Nahen Osten scheitern könnte. Lawrence sieht die Indiskretion pragmatisch: Er rät Faisal, zumindest zum Schein auf das türkische Angebot einzugehen, um so ein gutes Argument in den Verhandlungen mit Briten und Franzosen zu haben. Die »Bürde« des Verrats scheint von Lawrence abgefallen zu sein – er kämpfe nicht mehr für sein Heimatland, meldet ein britischer Offizier Mitte November aus Akaba, »sondern für den Scherifen«.

Lawrence wird Faisal beim Einzug in Damaskus 1918 und bis zu den Friedensverhandlungen 1919 in Paris begleiten. Briten und Franzosen machen dort tatsächlich das Sykes-Picot-Abkommen zur Grundlage der Zukunft des Nahen Ostens. Sie enttäuschen damit die Ambitionen der Haschemiten, ignorieren US-Präsident Woodrow Wilsons Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und vollenden, zumindest in den Augen von Lawrence, ihren Verrat. ■

MARKUS FLOHR ist Journalist und Buchautor

EINZUG

Am 11. Dezember 1917 schreitet General Allenby durch das Jaffator in die Altstadt des eroberten Jerusalem – unter den britischen Offizieren, die ihn begleiten, ist auch Lawrence



WEITERLESEN

Scott Anderson:
»Lawrence in
Arabia«
Random House,
New York 2013

Wilson wird uns helfen

Die Unterdrückten der Erde hoffen auf den US-Präsidenten:
Er soll den Kolonialismus beenden und ihnen die Freiheit schenken.
Schon bald werden sie enttäuscht VON JUDITH SCHOLTER

D

er Küchengehilfe Nguyen Tat Thanh aus Französisch-Indochina, 29 Jahre alt, bemüht sich im Juni 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz um eine Audienz bei US-Präsident Woodrow Wilson. Er hat sich einen Anzug geliehen, um vorgelassen zu werden zum mächtigsten Staatsoberhaupt der Welt. Wilsons Ideen sollen, so Nguyens Idee, auch für Französisch-Indochina gelten, jene Region, in der Frankreich 100 000 Soldaten für den Krieg gegen die Mittelmächte rekrutiert hatte – wie auch in anderen Kolonien von Algerien bis Senegal. Doch der Präsident empfängt Nguyen nicht. Jahre später hätte er den jungen Mann nicht mehr ignoriert: Die Welt wird ihn als Ho Chi Minh kennenlernen.

Nguyen ist nicht der Einzige, der gewaltige Hoffnungen mit der Friedenskonferenz verbindet. Der chinesische Intellektuelle Liang Qichao kommt nach Paris, um für sein Land die volle Souveränität zu verlangen – als Ausgleich für die chinesischen Arbeitskräfte, die in der französischen und britischen Industrie eingesetzt waren. Aus Indien und aus Korea erreichen die Konferenz beinahe täglich Petitionen, die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit fordern. Viele davon sind an Präsident Wilson adressiert. Der, so meinen die Absender, vertrete eine antiimperialistische Weltmacht und habe den Weg vorgezeichnet, der die kleinen Nationen vom Kolonialismus befreien soll.

Die ersehnte Begegnung mit Präsident Wilson, die Petitionen, all die Erwartungen sind der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die mit dem Kriegseintritt der USA 1917 beginnt und die Wilson zu einer Hoffnungsgestalt der kolonisierten Länder macht. Und tatsächlich scheint der amerikanische Präsident sich für die Belange der Unterdrückten auszusprechen: In einer Rede im Januar 1917 führt er den Krieg auf die »Missachtung der Rechte von kleinen Nationen und Völkern« zurück, denen die Macht fehle, »ihre Ansprüche geltend zu machen und so ihre eigenen Bündnisse und politisch-konstitutionellen Formen zu bestimmen«. Im Februar 1918 bekräftigt Wilson vor dem Kongress, »Selbstbestimmung« sei kein bloßes Schlagwort, sondern »ein unerlässliches Handlungsprinzip, das die Staatsmänner von jetzt an nur zu ihrem Verderben ignorieren werden«.

Diese Ideen verbreiten sich weltweit: »Fortan«, schreibt der indische Nationalist Lala Lajpat Rai zehn Monate nach dem Kriegseintritt der USA in seiner Zeitschrift *Young India*, »werden seine Worte der Kriegsruf aller kleinen und unterworfenen und unterdrückten Nationalitäten der Welt sein.« Der amerikanische Generalkommissar in Ägypten berichtet in die Heimat, dass sich in dem nordafrikanischen Land die Überzeugung verbreitet habe, Präsident Wilson werde sich für das Recht der Ägypter einsetzen, sich selbst zu regieren. Chen

Duxiu, der später die Kommunistische Partei Chinas mitgründet, preist Wilson als Ersten unter den guten Männern. Und eine Lehrerin, die in der koreanischen Nationalbewegung aktiv ist, beschreibt ihr Gefühl, als sie von Wilsons 14 Punkten erfährt: »Einer der Punkte ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Du musst etwas aus dieser Situation machen. [...] Präsident Wilson wird dir helfen.«

Wilson ist nicht der Auslöser, aber ein Katalysator für den Wunsch nach Unabhängigkeit. In Ägypten hatte es schon von 1879 bis 1882 den Versuch gegeben, sich gegen die Fremdherrschaft zu wehren. Als 1905 die japanische Flotte in der Seeschlacht bei Tsushima die russische besiegte, beflügelte dies Erneuerer von der Türkei bis Indien. Mohandas Gandhi, Rechtsanwalt in Indien, wusste, »dass wir die Früchte, die [der japanische Sieg] einmal tragen wird, noch gar nicht zu erkennen vermögen«. 1917, als die USA die Weltbühne betreten, scheint die Zeit reif, die Früchte zu ernten.

Dabei ist Woodrow Wilson nicht der Einzige mit der Idee einer Nachkriegsordnung unter antiimperialen Vorzeichen. Lenin erklärt ebenfalls 1917 »die Befreiung aller Kolonien, [...] aller abhängigen, unterdrückten und nicht souveränen Völker« zum Bestandteil eines Friedensplans. Die Provisorische Regierung Russlands fordert einen Friedensschluss entsprechend dem



WESTFRONT 1917

Französische Soldaten aus
Algerien beobachten
in Noyon den
Abzug der Deutschen

»Selbstbestimmungsrecht der Völker«. Wie der Harvard-Historiker Erez Manela schreibt, ist es aber Wilson, der sich diesen Schlüsselbegriff »mit zunehmender Wärme und Emphase« aneignet. In seiner Studie über den *Wilsonian moment* untersucht Manela die Wirkung der Worte des amerikanischen Präsidenten in der kolonisierten Welt und zeigt, wie sich dessen Reden und Erklärungen etwa in Ägypten über Nachrichtenagenturen und die Presse oder in China mithilfe des Committee for Public Information verbreiten. Das neu geschaffene amerikanische Propagandainstitut errichtet eine Dependence in China und gibt Wilsons Reden zweisprachig heraus.

In Ägypten gründet sich Ende 1918 unter Saad Zaghlul die Wafd, eine Partei, die das Ziel der ägyptischen Unabhängigkeit auf der Friedenskonzferenz vortragen will. »Kein Volk«, schreibt Zaghlul an Präsident Wilson, »hat die Freude über die Geburt eines neuen Zeitalters stärker empfunden, das sich dank Ihres mannhaften Eintretens schon bald in der ganzen Welt durchsetzen wird.« Zaghlul will nach Paris reisen, scheitert aber zunächst an den britischen Be-

hörden, die das Land seit 1882 faktisch beherrschen und die Unruhe fürchten, die Zaghlul und die Wafd schüren. Sie lassen Zaghlul festnehmen und auf die Mittelmeerinsel Malta bringen. In seiner Hosentasche soll ein Zeitungsausschnitt mit Wilsons 14 Punkten gefunden worden sein.

In Indien tritt im Dezember 1918 der Indische Nationalkongress zusammen, eine Partei, die sich seit 1885 für die Teilhabe von Indern am politischen Prozess einsetzt und bis heute existiert. Hindus und Muslime verlangen hier gemeinsam, Vertreter nach Paris schicken zu können, und formulieren eine Resolution für die »Anwendung des Prinzips der Selbstbestimmung auf Indien«. Aus dem ganzen Land senden lokale Komitees ähnliche Petitionen nach Paris. Immerhin hat Indien mehr als eine Million Soldaten und Arbeitskräfte in Europa und dem Nahen Osten gestellt, das erhöht die Erwartungen an den nun zu schließenden Frieden.

Auch für Korea formiert sich eine Befreiungsbewegung, allerdings im Exil in Shanghai und Tokio. Das Land ist seit 1910 japanische Kolonie und einer strengen Zensur und Kontrolle unterworfen.

China darf im Gegensatz zu Indien, Korea oder Ägypten als formal selbstständiger Staat und Kriegsteilnehmer eine eigene Delegation nach Paris schicken. Sie verlangt die Anerkennung des Landes als souveräne Macht: China soll nicht mehr

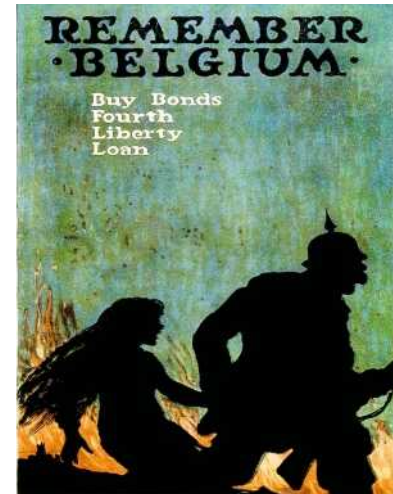
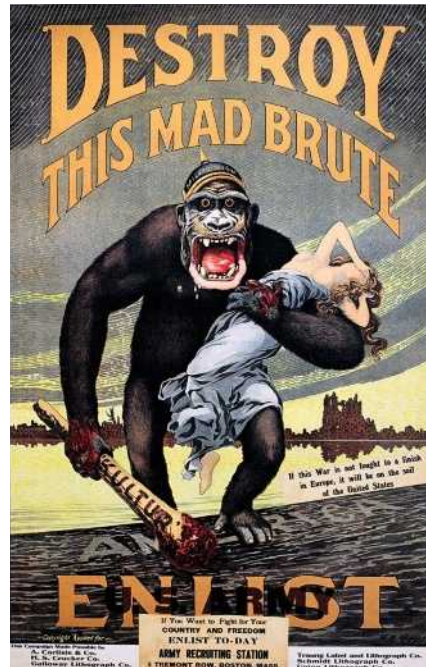
mit ungerechten Handelsverträgen gedemütigt und damit quasi kolonisiert werden – und Japan soll das mit dem Segen der Briten besetzte ehemals deutsche Gebiet auf der chinesischen Halbinsel Shandong zurückgeben.

Erfolg aber haben all diese Ambitionen nicht. Präsident Wilson erkennt die faktische britische Herrschaft über Ägypten offiziell an und interveniert nicht, als Japan die zukünftige Hoheit über das umstrittene chinesische Shandong zugestanden wird. In China gehen danach Studenten auf die Straße, und in Ägypten kommt es nach der Festnahme Zaghluls Anfang 1919 zu den größten antikolonialen Protesten, die das Land bislang gesehen hat. 800 Menschen sterben. In Indien verlängert Großbritannien die Kriegsgesetzgebung und schlägt den Widerstand gegen sie gewaltsam nieder, 400 Menschen kommen dabei um.

Präsident Wilson ahnt wohl schon, als er nach Paris reist, dass er viele Hoffnungen nicht erfüllen wird. Dem Chef seiner Informationsagentur gesteht er unterwegs, die alten Ungerechtigkeiten, deretwegen sich die Welt nun an Amerika wende, würden noch eine Weile bestehen: »Was ich zu sehen meine – mit ganzem Herzen hoffe ich, mich zu irren –, ist eine Tragödie der Enttäuschungen.« ■

JUDITH SCHOLTER ist Redakteurin
bei ZEIT Geschichte

Gegen Bestien und Barbaren



DÄMONISIERUNG

Ein deutsches Plakat brandmarkt England als den »Hauptfeind«; die amerikanische Propaganda zeigt den Deutschen als keulenschwingenden Gorilla und erinnert an Verbrechen nach dem Überfall auf das neutrale Belgien (Plakate von 1917)

D

ie Herren sind nervös. Der Krieg dauert bereits zweieinhalb Jahre, ein deutscher Sieg ist nicht in Sicht. Liegt es an der Propaganda? Genau da will die Oberste Heeresleitung im Januar 1917 Abhilfe schaffen: Sie gründet das Bild- und Film-Amt (BuFa), das patriotische Propagandafilme drehen soll. Später, im Dezember 1917, beginnt ein noch ehrgeizigeres Projekt – die Ufa (Universum Film AG), die einmal für ein deutsches Hollywood stehen wird. Sie soll noch massiver werben für den Krieg.

Die Propaganda hat frischen Schwung bitter nötig. Während die Mobilisierung zu Hause halbwegs funktioniert, ermüdet, ja nervt die deutsche Selbstinszenierung das

internationale Publikum in den neutralen Ländern. In Skandinavien etwa wendet man sich bald ab von der plumpen Verklärung deutscher »Kultur«. Da ist viel von Ehre und Ritterlichkeit die Rede, doch die deutschen Truppen haben dies bereits zu Kriegsbeginn konterkariert und – in der Sprache der Zeit – ihren Rock befleckt. Nicht nur, dass sie das neutrale Belgien überfallen haben: Es wurden auch ungezählte belgische Zivilisten erschossen und Städte verwüstet. Vor allem die Zerstörung der Bibliothek von Löwen mit ihren reichen Schätzen sorgte für weltweite Empörung.

Seitdem ist die deutsche Propaganda in der Defensive. »Remember Belgium« wird

bis Kriegsende zum ewigen Refrain der alliierten Kriegswerbung. Und während die Deutschen ihre »Kultur« in einen Gegensatz stellen zur westlichen »Zivilisation«, die materialistisch und dekadent sein soll, dreht die Propaganda der Gegner das Ganze um und feiert den Kampf der westlichen Zivilisation gegen die deutsche »Barbarei«, gegen »Bestien«, »Hunnen« und »boches«.

Neben den Kriegsgräueln in Belgien steht dabei der deutsche Kaiser Wilhelm II. im Mittelpunkt. Das bei aller technischen Modernität altbackene Regiment des Monarchen, seine irritierend flirrende Persönlichkeit und seine Dschingherassa-Politik hatten in den westlichen Ländern bereits

Kriegsfilme erobern 1917 die Kinos.
Doch den Kampf der Bilder
hat Deutschland zu diesem Zeitpunkt
längst verloren

VON RALF ZERBACK



MOBILISIERUNG

Britinnen sollen ihre Männer bestärken, die Heimat zu verteidigen (Plakat von 1915); Deutsche und Amerikaner werden aufgefordert, ihre Soldaten mit dem Kauf von Kriegsanleihen zu unterstützen (Plakate von 1917 und 1918)



vor 1914 Befremden ausgelöst. Nun wird er als »Schlächter« karikiert.

Auf deutschen Bildpostkarten dagegen äußert der Kaiser: »Ich habe den Krieg nicht gewollt.« Allerdings ist es weniger der Monarch, den die deutsche Propaganda als teutonischen Heros herausstreichet. Stattdessen wird Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg zum neuen Kriegshelden stilisiert. Anders als der sprunghafte Kaiser scheint Hindenburgs markanter viereckiger Schädel robuste Unerschütterlichkeit auszustrahlen – auch wenn der »Sieger von Tannenberg« eigentlich im Schatten seines Untergebenen agiert, des Generalquartiermeisters Erich Ludendorff.

Die Propagandafabriken aller Kriegsparteien sind wild wuchernde Gebilde, in denen staatlich-zivile, militärische und private Institutionen durcheinanderfunken. Zu Kriegsbeginn werden überall staatliche Propagandastellen eingerichtet, in Deutschland etwa eine Abteilung im Auswärtigen Amt, die später dem Militär unterstellt wird, in England das War Propaganda Bureau, in Frankreich das Maison de la Presse. Zudem werden permanent alte Institutionen umgebaut oder neue geschaffen. Auch die Zielgruppen sind unterschiedlich: Die heimische Bevölkerung wird ebenso angesprochen wie eine Art »Weltöffentlichkeit«, die von den neutralen Ländern repräsentiert wird.

Das Spektrum der eingesetzten Medien reicht von Zeitungsartikeln und -karikaturen, Gedichten, Liedern, Theaterstücken, Aufrufen, Plakaten, Flugblättern, Postkarten, Dossiers, Spielzeug bis zu Fotografien und Filmen. Die Propaganda will der eigenen Bevölkerung Mut zusprechen oder ihre Angst schüren, sie will den Gegner lächerlich machen oder entmenslichen, sie setzt auf patriotische Appelle, auf Heroisierung und Mobilisierung, auf das Darstellen oder Erfinden feindlicher Kriegsgräuel.

Auch Kunst und Wissenschaft stellen sich in den Dienst der Meinungsfront. Noch im Herbst 1914 unterschreiben 93 deutsche Kulturschaffende ein Manifest,

das die Vorwürfe gegen die deutsche Kriegsführung zurückweist, unter ihnen Gerhart Hauptmann, Max Liebermann und Max Reinhardt. Sie beklagen, dass die Alliierten »Mongolen und Neger auf die weiße Rasse [...] hetzen«. Zur selben Zeit engagieren sich die britischen Schriftsteller Rudyard Kipling und H. G. Wells für ihr Vaterland. Und der angesehene französische Mediziner Edgar Bérillon wartet mit der Erkenntnis auf, alle Deutschen strömen einen unangenehmen Körpergeruch aus, weil sie Harnsäure über den Fußschweiß absonderten.

Überhaupt ist die Propaganda um Erfindungen nicht verlegen. Auf alliierter Seite werden tatsächliche und erfundene Gräueltaten vermengt: Im britischen Bryce-Report von 1915 heißt es, deutsche Soldaten hätten belgischen Kindern die Hände abgehakt. Ein von 1917 an vorgebrachter Dauerbrenner ist das Horrormärchen, die Deutschen betrieben eine Fabrik, in der Leichen verwertet würden.

Ein wichtiger Meinungskampf wird auf amerikanischem Boden ausgetragen. Mit dem Kriegseintritt im April 1917 werfen auch die USA das Schwungrad der Propaganda an. Zur Einstimmung der Bevölkerung auf den Krieg wird das Committee of Public Information gebildet. Einige Plakate werden Berühmtheit erlangen, so etwa das auch im Zweiten Weltkrieg eingesetzte Poster mit dem auf den Betrachter zeigenden Uncle Sam: »I want you for U. S. Army«. Oder die Abbildung eines Riesengorillas mit preußischer Pickelhaube, der eine junge Frau im Arm hält, in der Rechten einen Knüppel mit der Aufschrift »Kultur«: »Destroy this mad brute« (»Vernichtet diese irre Bestie«). Das Motiv wird später in den King-Kong-Filmen wieder auftauchen.

Eine amerikanische Erfindung sind die Four Minute Men – freiwillige patriotische Redner, die Kurzvorträge halten, zum Beispiel in Kinos. Etwa 75 000 Redner erreichen an die elf Millionen Zuhörer. Offensiv tragen sie vor allem die Friedensvorstellungen des US-Präsidenten Woodrow Wilson nach außen: die universellen Prinzipien von Demokratie, Freiheit und Men-

schenrechten – im Gegensatz zu der als piefig dagegensetzten deutschen Kultur.

Vor allem nutzen die Amerikaner das moderne Medium Film. Sie produzieren Streifen wie *The Kaiser*, *The Beast of Berlin*, *The Heart of Humanity* oder Charlie Chaplins *The Bond*. Auch die anderen großen Kriegsnationen entdecken in den Jahren 1916 und 1917 zunehmend Fotografie und Film als die wohl effektivsten Propagandamittel. Zu Kriegsbeginn werden Propagandafilme noch von privaten Gesellschaften gedreht, die der Zensur unterliegen. Zugleich laufen im Kinovorprogramm Wochenschauen mit Bildern von der Front. Nun aber werden fast überall staatliche Abteilungen gegründet, um die Filmpropaganda zu forcieren. Dabei werden die meisten Kriegsszenen nachgestellt. Das Hantieren mit den über 30 Kilogramm schweren Kameras im Schützengraben ist kaum möglich und das Darstellen des Grauens auch nicht erwünscht: Bilder von Toten sind tabu.

Den Durchbruch aber schafft der britische Film *The Battle of the Somme* von 1916, der etwa 20 Millionen Zuschauer erreicht und sie im Glauben an die eigenen Soldaten und deren Mission bestärkt. Der Film ist tatsächlich überwiegend an der Front gedreht und verzichtet mit seinen nüchternen Zwischentiteln völlig auf plumpe Propagandaphrasen. Gerade deshalb ist diese erste abendfüllende Reportage so erfolgreich. Die deutsche Antwort *Unsere Helden an der Somme* vom Januar 1917 dagegen ist inszeniert und kann nicht mithalten.

In dieser schwierigen Situation startet die Ufa. Während Deutschland darbt und hungert, kommt die Creme der deutschen Wirtschaft am 18. Dezember 1917 zur Gründungsfeier im Hotel Adlon zusammen. Emil Georg von Stauff von der Deutschen Bank übernimmt den Vorsitz, seine Stellvertreter sind Robert Bosch sowie Ernst Gerlach von den schlesischen Hüttenbetrieben Henckel-Donnersmarck. Im Aufsichtsrat finden sich Vertreter der anderen großen Banken sowie der AEG oder des Norddeutschen Lloyd. Im Hin-

tergrund des Giganten mit einem Gründungskapital von immerhin 25 Millionen Reichsmark freilich will ein politisch-militärischer Komplex mit Ludendorff an der Spitze die Fäden ziehen. Für sie ist die Ufa eine Waffe. Doch das Ganze endet mit einer ironischen Volte: Die Rechnung der Militärs geht nicht auf, denn in den Ufa-Gremien dominieren Männer der Wirtschaft, und die haben anderes im Sinn, als wenig einträgliche Durchhaltefilmchen zu drehen. Sie wollen Geld verdienen mit Unterhaltung. Die Wirtschaftsbosse setzen sich durch – und Ludendorff schäumt. Insgesamt erzielen die Propagandafilme der Deutschen, die in der Ufa-Zeit oder zuvor gedreht werden, nur begrenzte Wirkung. Weil der Unmut an der Heimatfront wächst, setzen sie im letzten Kriegsjahr auf die Angst vor einem feindlichen Sieg.

Es ist nur schwer möglich, die Wirkung von Propaganda genau zu erfassen. Blickt man allerdings auf die Kriegseintritte der zuvor neutralen Länder, an die sich ein Teil der Propaganda gerichtet hat, fällt die Bilanz für Deutschland und seine Verbündeten miserabel aus: Allein 1917 treten außer den USA noch Brasilien, China und Griechenland dem Bündnis gegen die Mittelmächte bei. Mehr Erfolg hat die deutsche Propaganda, wenn sie gegenüber der eigenen Bevölkerung für Kriegsanleihen wirbt oder zu Materialsammlungen aufruft. So sind Aktionen wie »Gold gab ich für Eisen« durchaus populär: Der deutsche Patriot spendet Goldschmuck und erhält dafür einen eisernen Ring.

Der Erste Weltkrieg verhilft der modernen Propaganda zum Durchbruch. Er ist nicht, wie bisweilen behauptet, der erste Medienkrieg, aber er erreicht eine neue Dimension der Meinungsbeeinflussung und erschließt neue technische Wege. Die beteiligten Stellen lernen in blitzartiger Geschwindigkeit ihre Lektionen. Es sind Lektionen, die schon bald den Regimen der Nationalsozialisten oder der Sowjets dienlich sein werden. ■

RALF ZERBACK ist Historiker und Journalist in Frankfurt am Main



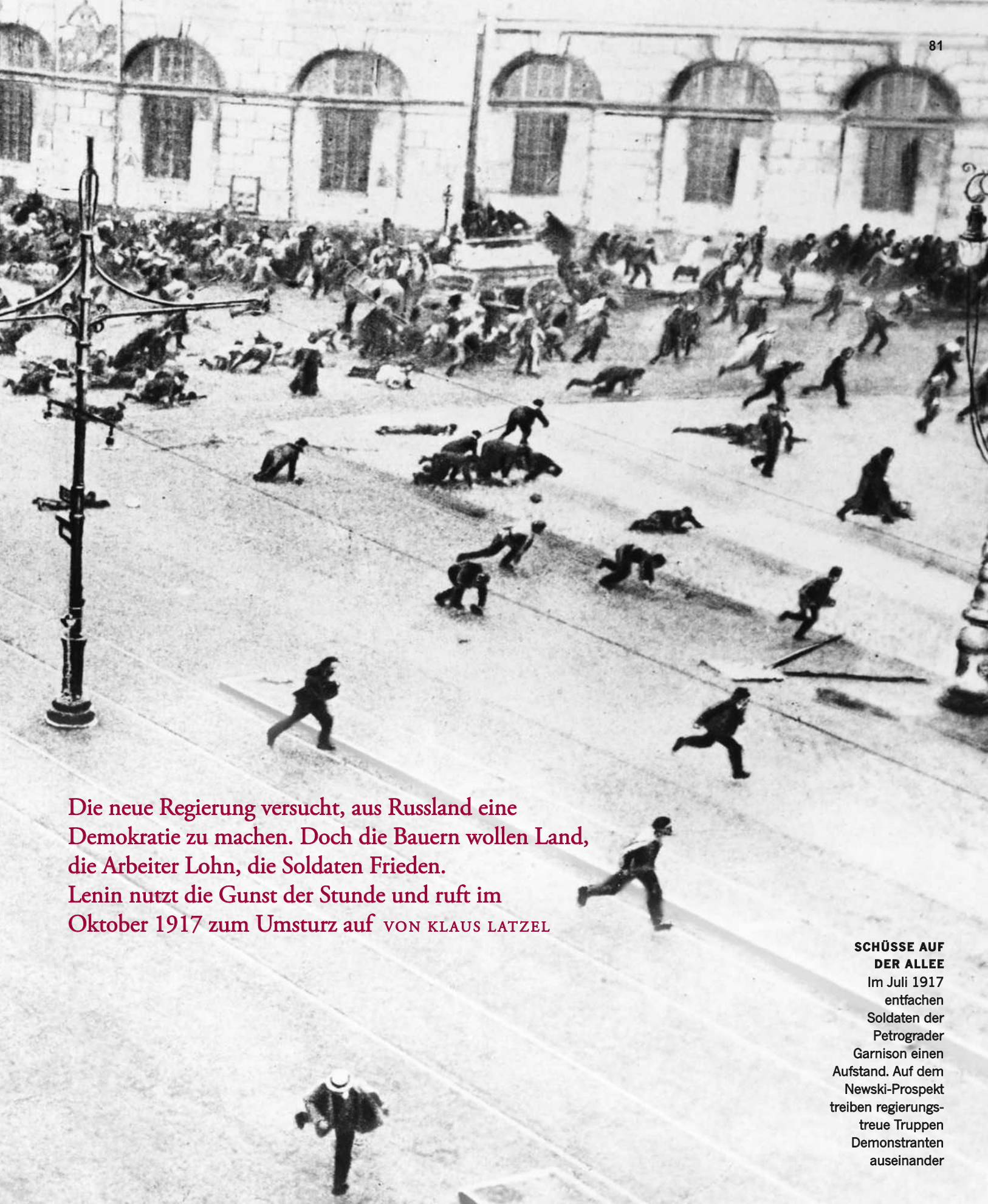
PAPIERHOSE

Je länger der Krieg dauert, desto vertrauter und verhasster wird den Deutschen dieses Wort: Ersatz. Es gibt Ersatzkaffee aus Malz, Ersatzwurst aus Brennnesseln und Ersatzkäse aus Steckrüben. Bald ist auch die Kleidung an der Reihe. Tierwolle und Baumwolle fehlen allerorten; Nachschub ist nicht in Sicht. Nun soll man Sachen aus Papier tragen: Hosen, Schürzen, Unterwäsche für Damen und Herren aus Holzfasern. Schnell geraten die neuen Modelle in Verruf. Man fürchtet, das Zeug könne sich bei Regen am Körper auflösen. Übersteht es wohl die erste Wäsche? Die Reichsbekleidungsstelle sieht sich gezwungen, eine Waschanleitung zu veröffentlichen, die sich auch im Etikett der hier abgebildeten Hose (Größe 52) findet: »In Seifenwasser von ca. 45° Cels., ohne Soda und Chlor. [...] Vorheriges Weichen und Kochen unbedingt zu vermeiden.«

FLO



Der Weg zur roten Revolution



Die neue Regierung versucht, aus Russland eine Demokratie zu machen. Doch die Bauern wollen Land, die Arbeiter Lohn, die Soldaten Frieden. Lenin nutzt die Gunst der Stunde und ruft im Oktober 1917 zum Umsturz auf VON KLAUS LATZEL

SCHÜSSE AUF DER ALLEE

Im Juli 1917 entfachen Soldaten der Petrograder Garnison einen Aufstand. Auf dem Newski-Prospekt treiben regierungstreue Truppen Demonstranten auseinander

D

as Stadtzentrum war eine einzige politische Versammlung, wobei es das Volk [...] besonders zum Snamenski-Platz zog. Dort, vom Postament des Denkmals Alexanders III. herab, sprachen ununterbrochen und gänzlich ungehindert Redner der linken Parteien. Die Hauptlosung lautete wie bisher: »Nieder mit dem Krieg!«

Nikolai Suchanow, der brillante Chronist der Russischen Revolution, hielt mit dieser Szene vom 25. Februar 1917* die entscheidende Bedeutung der Kriegsfrage für die Revolutionen des Jahres 1917 fest. Am 2. Oktober schrieb Hauptmann Jacques Sadoul von der französischen Militärmission in Petrograd nach Paris: »Der Wunsch nach sofortigem Frieden um jeden Preis ist allgegenwärtig [...]. Alle Russen, die ich getroffen habe, stimmen ohne Ausnahme mit den Bolschewiki [...] in dem Wunsch nach einem Ende des Krieges überein, koste es, was es wolle.«

Die Provisorische Regierung aber, seit Anfang März im Amt, konnte oder wollte nicht sehen, dass es die Gewalt des Krieges und die soziale Not im Reich waren, die große Teile der Bevölkerung zur Verzweiflung oder in den Aufstand trieben. Insofern war die Oktoberrevolution nicht nur ein Militärputsch oder ein Staatsstreich. Sie war auch nicht allein das Ergebnis der skrupellosen Gewalt- und Tatbereitschaft der Bolschewiki oder folgte nur aus deren Versprechen, den Bauern Land, den Arbeitern Brot und den Soldaten Frieden zu geben. Um die Oktoberrevolution zu verstehen, muss man ebenso das Unvermögen der russischen Demokraten in den Blick nehmen, mit den dringenden Problemen des Landes fertigzuwerden, die sich nach der Februarrevolution stellten. Und nicht zuletzt war es eine Frage des Zufalls, dass die Berufsrevolutionäre Erfolg hatten.

In der Zeit der »Doppelherrschaft«, den dramatischen Monaten zwischen den Revolutionen vom Februar und Oktober 1917, standen sich in Russland zwei Institutionen gegenüber: die Provisorische Regierung, getragen von liberalen Demokraten, den sogenannten Kadetten – und der Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat, getragen von gemäßigten Sozialisten, den Menschewiki und den Sozialrevolutionären; die Bolschewiki spielten anfangs nur eine Nebenrolle. Der Sowjet wollte die Regierung um Premier Georgi Lwow kontrollieren, aber nicht selbst die Macht übernehmen. Am Ende sollte eine Konstituierende Versammlung eine Verfassung beschließen und den neuen russischen Staat formell begründen.

Zwar war das Regime des Zaren gestürzt, hatte man bürgerliche Freiheiten erkämpft, die Demokratisierung auf den Weg gebracht. Doch den Krieg an der Seite der Entente führte auch die neue Regierung weiter. Die Unzufriedenheit wuchs: In den Städten begannen Industriearbeiter zu streiken, als sich im Sommer 1917 die Versorgung mit Lebensmitteln erneut verschlechterte; mancherorts übernahmen sie die Kontrolle über die Fabriken. Die Bauern wollten nicht länger auf eine Landreform warten, doch die Regierung beließ es bei zaghaften Schritten in Richtung Neuverteilung. Endgültig sollte auch darüber die Konstituierende Versammlung entscheiden, aber deren Einberufung wurde ständig verschoben. Manche Bauern nahmen sich auf eigene Faust das Land, im Zweifel mit brutaler Gewalt. Radikale Soldaten schreckten auch vor Lynchmorden an Offizieren nicht zurück. Die Soldaten ersehnten ein Ende des Sterbens an der Front, forderten Frieden oder desertierten. Die »Schicksalsfrage des Regimes«, sagt der Historiker Manfred Hildermeier, »blieb der Krieg«.

Die Provisorische Regierung verlor aber nicht nur die Unterstützung der Arbeiter, Bauern und Soldaten, deren Hoffnungen sie enttäuschte. Die Revolte griff auch auf den Petrograder Sowjet über.

Im Zentrum der ersten Krise im April 1917 stand Außenminister Pawel Miljukow, Parteichef der Kadetten. Er hatte den Verbündeten der Entente am 18. April zugesichert, dass Russland seinen Verpflichtungen nachkommen und »den Weltkrieg bis zum entscheidenden Sieg« fortsetzen werde. Die Kriegsgegner waren erbost: Tausende bewaffnete Arbeiter und Soldaten versammelten sich in Petrograd unter Parolen wie »Nieder mit Miljukow!«, »Nieder mit der Provisorischen Regierung!« und bereits auch »Alle Macht den Sowjets!«. Es kam zu blutigen Zusammenstößen mit rechten Patrioten und Monarchisten. Der Sowjet sah die Hauptstadt kurz vor einem Bürgerkrieg und sprang der Regierung zur Seite: Im Mai bildete man eine neue Koalition, der auch gemäßigte Sozialisten beitraten. Außenminister Miljukow verlor sein Amt, neuer Kriegsminister wurde Alexander Kerenski von den Sozialrevolutionären.

Der Kompromiss stiftete aber keinen Frieden, sondern polarisierte auf neue Weise. Die Parteibasis der Kadetten verstand sich bald als rechte Opposition; Menschewiki und Sozialrevolutionäre hingegen gerieten in Konflikt mit den linken Massenbewegungen, weil sie nun für das Handeln der Regierung verantwortlich gemacht wurden. Und den Krieg beendete auch die neue Koalition nicht.

MANN DES ÜBERGANGS

Als Minister und Regierungschef will Alexander Kerenski Russland in die Demokratie führen. Sein größter Fehler: Er hält das Land im Weltkrieg



* In Russland gilt bis 1918 der julianische Kalender. Er liegt gegenüber der sonst üblichen Zählung 13 Tage zurück. Dem 25. Februar 1917 in Petrograd entspricht also der 10. März in Berlin.



Seit Februar 1917 war ein Führer der Bolschewiki nach dem anderen aus der Verbannung oder dem Exil zurückgekehrt. Lew Kamenew und Josef Stalin hielten, das zeigen ihre ersten Wortmeldungen, eine Annäherung an Menschewiki und Regierung für möglich. Am 3. April aber war auch Lenin in Petrograd eingetroffen und hatte Ideen dieser Art im Hauptquartier der Partei mit einer »donnergleichen Rede« beendet, die bei den Parteigenossen »wie ein Blitz aus heiterem Himmel« einschlug, so Nikolai Suchanow.

Lenin rief zur sozialistischen Revolution auf: Keine Unterstützung der Provisorischen Regierung! Zerschlagung des bürgerlichen Staats! Enteignung des adligen Grundbesitzes! Keine parlamentarische, sondern eine Räterepublik! Ohne den Sturz des Kapitals ist ein Ende des imperialistischen Krieges unmöglich! Diese Forderungen Lenins wurden als »Aprilthesen« bekannt. Die Parteiführung war über-

rumpelt, doch nach der Miljukow-Krise schwenkte sie schließlich auf Lenins Position ein – mit Ausnahme von Lew Kamenew und Grigori Sinowjew.

Unabsichtlich half nun die Regierung dabei, der Oktoberrevolution den Weg zu bereiten: Mitte Juni kommandierte Kerenski die russischen Soldaten zur vermeintlich letzten Offensive gegen die Deutschen. Er und sein neuer Oberbefehlshaber Alexej Brussilow hofften, durch einen Sieg die zerrissene Nation einen zu können. Kerenski versuchte, die Soldaten mit melodramatischen Ansprachen zu motivieren. Doch der »redselige Prahlhans«, wie Lenin ihn nannte, scheiterte. Die Kerenski-Offensive brach nach wenigen Tagen zusammen, Soldaten desertierten zu Hunderttausenden.

In Petrograd probten – befeuert durch die Agitation der Bolschewiki – Regimenter der Garnison den Aufstand, weil sie den Marchbefehl zur Front erhal-

INVALIDENRAT

Soldaten sind das Rückgrat der russischen Revolutionen. Am 16. April 1917 organisieren sich Kriegsversehrte in Petrograd

ten hatten. Sie forderten den Sturz der Regierung und die Übertragung der Macht an den Sowjet. Zehntausende Menschen strömten ins Zentrum der Stadt – und wussten nicht weiter. Es gab keinen Umsturz, nur wahllose Schießereien.

Am 4. Juli waren schon Hunderttausende auf den Straßen, obwohl die Sowjetführung dazu aufgefordert hatte, jegliche Aktionen einzustellen. Mithilfe der ebenfalls eingetroffenen Kronstädter Matrosen wurde das Taurische Palais belagert, Sitz des Sowjets. Dieser aber wollte die ihm angetragene Macht nicht übernehmen. Die Menge zog sich zurück, als im Laufe des Tages ein regierungstreues Garderegiment anrückte und loyale Fronttruppen in Richtung Hauptstadt marschierten. Das gezielt gestreute Gerücht, Lenin und die Bolschewiki handelten in deutschem Auftrag, tat ein Übriges – der Aufstand scheiterte. Die Regierung ließ eine Reihe bolschewistischer Rädelführer wegen Hochverrats verhaften, die Roten Garden entwaffnen, Wohnungen stürmen und die Parteipresse verbieten. Lenin setzte sich nach Finnland ab.

Premier Lwow trat zurück, und Kerenski übernahm es, eine neue Regierung zu bilden, die dritte seit Februar. Er führte sie selbst als Ministerpräsident und verantwortete unpopuläre Entscheidungen: Russland blieb im Krieg; an der Front wurde die im Zuge der Februarrevolution abgeschaffte Todesstrafe wieder eingeführt. Unter den Soldaten erzeugte dies, so schrieb eine Sekretärin des Zentralkomitees der Bolschewiki in einem Brief, »einen fürchterlichen Aufruhr und eine Explosion der Feindschaft gegenüber den Offizieren«.

Am 18. Juli 1917 ernannte Kerenski General Lawr Kornilow zum neuen Oberkommandierenden der Streitkräfte. Kornilow sollte mit harter Hand für Disziplin in der sich auflösenden Armee sorgen, was aus Kerenskis Sicht Voraussetzung für die siegreiche Beendigung des Krieges war, von der wiederum das Überleben des Staates abhing. Der General aber verstand sich als Retter Russlands vor den Linksradikalen: Er versuchte, unterstützt von Monarchisten und Teilen der Kadetten, einen Putsch anzuzetteln, nun von rechts. Ende August forderte er von Kerenski diktatorische Vollmachten – der setzte ihn daraufhin ab. Als Kornilow einige Divisionen Richtung Hauptstadt schickte, zerstörten sozialistisch orientierte Eisenbahner Gleisanlagen und leiteten Züge in die Irre. Abgesandte der Bezirkssowjets sowie der Sowjets der Garnison und der Industriebetriebe in Petrograd brachten die Soldaten Kornilows dazu, ihre Waffen niederzulegen. Entscheidend für diesen Erfolg waren die Organisationskraft der Bolschewiki und die wie-

derbewaffneten Roten Garden. Das Juli-Desaster war damit vergessen, die Reputation der Bolschewiki unter den Massen höher als je zuvor. Das Verbot ihrer Partei wurde aufgehoben, verhaftete Funktionäre wurden freigelassen; darunter Leo Trotzki, der im Mai 1917 aus dem New Yorker Exil zurückgekehrt war. Lenin blieb zunächst im Versteck in Finnland.

Nach zwei überstandenen Putschversuchen war die Provisorische Regierung im Oktober fast am Ziel: Am 12. November sollte endlich die Konstituierende Versammlung gewählt werden. Für den 20. Oktober hatten sich die Sowjets zum Allrussischen Rätekongress verabredet. Kamenew und Sinowjew, Lenins Kontrahenten in der Parteiführung der Bolschewiki, planten dort eine Allianz mit den Linken Sozialrevolutionären, einer Abspaltung von Kerenskis Sozialrevolutionären. Gemeinsam wollten sie in den demokratischen Institutionen des neuen Staates an die Macht gelangen. Lenin aber waren »formale Mehrheiten« egal. Aus dem Versteck schrieb er: »Abwarten wäre Verbrechen«, »Verzögerung Verrat an der Revolution« und bedeute »den Tod«. Er drängte zum Aufstand. Seinen Gegnern im Zentralkomitee der Partei schien jedoch die Gefahr zu groß, dass sich der Juli-Fehlschlag wiederholen könnte.

Lenin verwies dagegen auf den Rückhalt, den die Bolschewiki mittlerweile in Petrograd und Moskau unter den revolutionär gesinnten Arbeitern und Soldaten besaßen. So war am 19. September die Führung des Sowjets von Moskau bei Neuwahlen in bolschewistische Hand gelangt; bei den Wahlen zu den Stadtbezirkparlamenten am 24. September waren die Bolschewiki auf 51 Prozent der Stimmen gekommen. Einen Tag später hatte Trotzki auch in Petrograd den Vorsitz des Sowjets übernommen.

Im letzten Akt des Oktoberumsturzes kamen Kerenski und der Krieg den Bolschewiki ebenfalls zu Hilfe. Seit Anfang Oktober wusste die russische Führung, dass die Deutschen einen Angriff auf die baltischen Inseln planten, und erwartete einen anschließenden Vormarsch auf Petrograd. Wie schon im Juli kündigte die Regierung darum den Regimentern der Garnison die Verlegung an die Front an – was für helle Empörung sorgte, selbst unter jenen, die im Juli noch loyal zur Regierung gestanden hatten. Der Petrograder Sowjet gründete am 9. Oktober das Militärische Revolutionskomitee (MRK). Hier behaupteten die Bolschewiki, die Soldaten sollten Petrograd verlassen, weil Kerenski die Stadt den Deutschen übergeben wolle, um das Zentrum der revolutionären Kräfte zu vernichten.

PUTSCHIST

Im Herbst 1917 drängt General Lawr Kornilow an die Macht. Als Diktator will er das Land vor den Kommunisten retten – sein Umsturzversuch hilft aber nur den Bolschewiki





Es gelang den Bolschewiki, das MRK mit der »revolutionären Verteidigung« der Hauptstadt sowohl gegen die Deutschen als auch gegen die Regierung zu beauftragen. Anfangs war das Revolutionskomitee noch überparteilich besetzt, auch der Sowjet hatte es legitimiert. Doch rasch wurde es allein durch die Bolschewiki kontrolliert, vor allem durch Trotzki. Er baute es zur Kommandozentrale des bolschewistischen Aufstands aus.

Am 10. Oktober war auch Lenin zurück in Petrograd. Auf einer ZK-Sitzung der Bolschewiki überzeugte er die Parteiführung, dass die Situation reif für den bewaffneten Aufstand sei. Kamenew und Sinowjew opponierten zwar, aber am 16. Oktober bestätigte das ZK den Beschluss zur Erhebung, noch ohne Termin. Lenin plädierte für den sofortigen Aufstand im Namen der Partei, doch nun nahm das MRK die Vorbereitungen in die Hand.

Am 22. Oktober ersetzte es die Kommandeure der Petrograder Garnison durch eigene Offiziere. Tags darauf übernahm das Komitee das Kommando über alle Soldaten des Petrograder Militärbezirks und erlangte die Kontrolle über die strategisch wichtige Peter-und-Paul-Festung sowie über das angrenzende Waffenarsenal. Nach mehrstündigen Debatten auf dem Festungsplatz überzeugten der mitreißende Redner Trotzki und seine Genossen die Festungstruppen, sich dem MRK zu unterstellen.

Der Gegenschlag der Regierung war kraftlos und vergebens: Am 24. Oktober ließ sie die bolschewistischen Zeitungen verbieten und ihre Druckerei schließen. Wenig später wurde sie von Milizen des MRK wieder geöffnet. Haftbefehle gegen führende Bolschewiki blieben ohne Vollzug. Soldaten, die zur Basis der Partei gehörten, drängten zum sofortigen Aufstand. Das Zentralkomitee jedoch blieb unentschlossen und

NUR IM FILM

Der Sturm auf das Winterpalais im Oktober 1917 ist eine Legende, die Regisseur Sergej Eisenstein 1927 im Film »Oktober« inszeniert. Tatsächlich stoßen die Angreifer kaum noch auf Widerstand

RHETORIKER

Lenin ist ein Meister der Taktik, aber Leo Trotzki der bessere Redner. Er wiegelt die Arbeiter zum Umsturz auf und plant den Oktobercoup

**WEITERLESEN**

Helmut Altrichter:
»Russland 1917.
Ein Land auf
der Suche nach
sich selbst«
Schöningh Verlag,
Paderborn,
2., erweiterte
Auflage 2017

wollte lieber bis zum Allrussischen Sowjetkongress warten. Der sollte die Machtergreifung legitimieren, die Versammlung war aber inzwischen auf den 25. Oktober verschoben worden.

Es war Lenin, der nun den Aufstand herbeiführte. Mit einem finnischen Genossen fuhr er per Straßenbahn von seinem Versteck im proletarischen Industriebezirk Wyborg ins Stadtzentrum. Ihr Ziel: das Smolny-Institut, seit August Sitz des Petrograder Sowjets und Hauptquartier der Bolschewiki, seit dem 9. Oktober auch Sitz des MRK. Auf dem Fußweg vom Finnländischen Bahnhof liefen sie einer Patrouille der Regierung über den Weg. Lenin, in seiner schlechtesten Kleidung, verborgen unter Perücke, Brille und Gesichtsverband, wurde nicht erkannt und ging als harmloser Betrunkener durch. »Man kann sich fragen«, schreibt der Historiker Orlando Figes, »welchen Weg die Geschichte genommen hätte, wenn Lenin verhaftet worden wäre.« Wenn ihm also nicht Zufall oder Glück zu Hilfe gekommen wären. Im Smolny-Institut gelang es Lenin, das eilends zusammengerufene Zentralkomitee der Bolschewiki zum Losschlagen zu überreden.

In den frühen Morgenstunden des 25. Oktober besetzen aufständische Soldaten auf Befehl des Revolutionskomitees die strategisch wichtigen Einrichtungen der Stadt: die Bahnhöfe, die Hauptpost, das Telegrafenamts, die Telefonzentrale, das Elektrizitätswerk und die Staatsbank. Die Regierung Kerenski sitzt zu diesem Zeitpunkt im Winterpalais in der Falle, geschützt nur noch von etwa 3000 Offizieren, Kosaken, Angehörigen eines Frauenbataillons und Kadetten der Offiziersschulen. Kerenski will mit loyalen Truppen der Nordfront Verbindung aufnehmen und lässt sich in einem von der amerikanischen Botschaft beschlagnahmten Wagen aus der Stadt bringen.

Das MRK plant, bis zum Mittag, also gerade noch rechtzeitig vor Beginn des Rätekongresses um 14 Uhr, das Winterpalais einzunehmen und die Regierung zu verhaften. Doch dieser heroische »Sturm auf das Winterpalais«, von dem die Revolutionslegende erzählt, findet nicht statt. Die Operation verzögert sich – und das Geschehen bekommt Züge einer Groteske.

Die Revolutionäre warten auf die Matrosen der baltischen Flotte, ohne die man nicht losschlagen will. Es wird 15 Uhr, es wird 18 Uhr. Sie treffen nicht ein. Die regierungstreuen Soldaten im Inneren des Winterpalais dagegen werden hungrig und verlassen den Palast; allerdings nicht ohne vier der sechs schwe-

ren Geschütze mitzunehmen. Als das MRK am frühen Abend ein Ultimatum an die Minister im Winterpalais richtet, sind die Soldaten bis auf ein letztes Aufgebot von 300 Mann entschwunden. Der Panzerkreuzer *Aurora*, der auf der Newa vor Anker liegt, droht den Palast nun zu beschießen, was die Minister aber unbeeindruckt lässt.

Tatsächlich soll der Angriff der Revolutionäre am Abend des 25. Oktober durch die Kanonen der Peter-und-Paul-Festung begonnen werden, die vom anderen Ufer quer über die Newa auf den Winterpalast zeigen. Der Kommandeur der Festung muss aber im letzten Moment feststellen, dass seine Kanonen seit Monaten nicht benutzt wurden und untauglich sind. Soldaten schleppen neue herbei, doch auch diese sind entweder defekt oder unvollständig. Außerdem gibt es nirgends passende Munition.

Als Signal zum Losschlagen soll eine rote Laterne am Fahnenmast der Festung aufgezogen werden. Es findet sich aber keine. Also beginnt der Festungskommissar zu suchen, nur um sich in der Dunkelheit zu verlaufen und in eine Schlammgrube zu fallen. Schließlich wird eine Laterne gefunden, doch die lässt sich nicht richtig befestigen. So wird es fast 23 Uhr, bis nach einem ersten Warn- und Signalschuss der *Aurora* die Bombardierung des Winterpalais und der Beschuss mit Maschinengewehren vom Schlossplatz her beginnen.

Die meisten Geschosse der Festungskanonen landen in der Newa. Die Regierungssoldaten im Palast geben dennoch gegen zwei Uhr morgens ihren Widerstand auf. Zuvor sind Aufständische durch die Fenster des Ostflügels eingedrungen. Die Regierung erklärt ihre Kapitulation, wird vom MRK verhaftet und in die Peter-und-Paul-Festung gebracht.

Während dieses Kampfes geht das Leben in der Hauptstadt seinen Gang: Geschäfte und Restaurants sind geöffnet, Theater und Kinos bieten das gewohnte Programm. Etwa in jenem Moment gegen 23 Uhr, in dem der Beschuss des Winterpalais beginnt, wird im Smolny-Institut der Allrussische Sowjetkongress eröffnet. Die gemäßigten Sozialisten protestieren gegen den laufenden Staatsstreich und verlassen den Saal. Die Bolschewiki lassen sich ihre Revolutionsregierung bestätigen, den Rat der Volkskommissare mit Lenin an der Spitze.

Der Kongress verabschiedet zwei Verordnungen: Das Dekret über den Frieden ebnet den Weg zum Waffenstillstand am 2. Dezember; das Dekret über den Grund und Boden legalisiert die bereits begonnene, entschädigungslose Umverteilung des Landes in Dörfern und Provinzgemeinden. Mitte November



folgt eine »Verordnung über die Arbeiterkontrolle«, die den Beschäftigten weitgehende Aufsichtsrechte in Unternehmen einräumt. Die dringendsten Forderungen der Massenbewegung sind damit erfüllt.

In der Provinz vollzieht sich der Machtwechsel reibungslos. Nur in Moskau kommt es zu Straßenkämpfen, die mehrere Hundert Menschen das Leben kosten. Der bolschewistische Rat der Volksbeauftragten soll das Land provisorisch verwalten, bis doch noch die Konstituierende Versammlung zusammentritt. Die nur noch halbfreien Wahlen im November bringen den Bolschewiki zwar 45 Prozent in Petrograd und 48 Prozent in Moskau – landesweit holen sie aber nur ein Viertel der Stimmen. Die meisten Stimmen erhalten die Sozialrevolutionäre.

Am 5. Januar 1918 tagt endlich die Konstituierende Versammlung. Als diese sich weigert, den Kottai vor Lenin zu machen, verlassen die Bolschewiki

den Saal. Am nächsten Tag verhindern Rotgardisten, dass die Versammlung erneut zusammentritt. Ein Dekret erklärt die Konstituante für aufgelöst. Nennenswerter Protest regt sich nicht mehr.

Die »Große Sozialistische Oktoberrevolution« nimmt sich weitgehend wie ein militärischer »Wachwechsel« (Nikolai Suchanow) aus. Doch dieser erfolgreiche Staatsstreich führt in den Bürgerkrieg, einen »nachgeholten Revolutionskrieg«, wie Manfred Hildermeier schreibt. Er wird von beiden Seiten mit ungeheurer Brutalität und Grausamkeit geführt. Die Bolschewiki, die 1917 so vehement verlangt hatten, dass Russland aus dem Weltkrieg ausscheide, finden im Bürgerkrieg gleichsam zu sich selbst: Er wird für sie zur Hohen Schule der Gewalt. ■

KLAUS LATZEL ist Historiker und lehrt Geschichte an der Technischen Universität Braunschweig

KOPF DER REVOLUTION

Schnell reißt Lenin nach dem Oktoberputsch alle Macht an sich. Das Foto zeigt ihn (mit Trotzki auf der Treppe der Tribüne) im Mai 1920 vor Soldaten auf dem Swerdlow-Platz in Moskau



Feindschaft voraus

Demokratie oder Bolschewismus?

Mit der Oktoberrevolution beginnt der Konflikt zwischen Ost und West,
der das 20. Jahrhundert prägen wird VON BERND STÖVER

US-SOLDATEN IN RUSSLAND

Amerikanische
Truppen landen
im August 1918 in
Wladiwostok.
Sie greifen aufseiten
der »Weißen«
in den Russischen
Bürgerkrieg ein

D

ie Russische Revolution im Oktober 1917 weckt weltweit große Erwartungen, aber auch große Befürchtungen. Die einen hoffen auf die völlige Beseitigung gesellschaftlicher Unterdrückung. Die anderen fürchten Chaos und Anarchie. Globalgeschichtlich betrachtet, verleiht die Revolution dem bereits seit dem 19. Jahrhundert immer wieder betonten Ost-West-Gegensatz eine dezidiert ideologische Komponente. Mit ihr weitet sich der bis dahin machtpolitische Konflikt in der Wahrnehmung der Zeit zum ideologischen »Weltbürgerkrieg« – es beginnt das »Jahrhundert der Ideologen«.

Welche politische Wucht von Petrograd ausging, zeigte sich unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, als sich 1919 unter anderem in Deutschland, Österreich, Ungarn und der Slowakei, aber auch im Iran Räterepubliken nach russischem Vorbild etablierten. In Deutschland entstanden sie infolge der Novemberrevolution im Machtvakuum nach dem Ende der Monarchie und riefen von Beginn an den erbitterten Widerstand ihrer konservativen Gegner hervor.

In München etwa ermordete ein völkisch-nationaler Attentäter am 21. Februar 1919, drei Monate nach Ausrufung eines bayerischen Freistaats, den von einem Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat zum Ministerpräsidenten gewählten USPD-Politiker Kurt Eisner. Danach bildeten Kommunisten, Anarchisten und Pazifisten eine Räteregierung, die am 2. Mai 1919 durch antikommunistische »Weiße Truppen«, also von der Reichsregierung unterstützte rechte

Freikorpsverbände, gestürzt wurde. Das Führungspersonal der Räterepublik wurde entweder ermordet oder zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. In der Wahrnehmung der Antibolschewisten erschien Bayern nun als »Ordnungszelle« und Vorbild für Deutschland: Hier seien Revolution, Räterepublik und Chaos erfolgreich abgewehrt worden, ein Kampf, der im übrigen Reich fortgeführt werden müsse. Nicht zufällig entstand zum selben Zeitpunkt in München der Vorläufer der NSDAP.

Auch in den USA löste das bolschewistische Russland jetzt Deutschland als bevorzugtes Feindbild ab. Die »Diktatur des Proletariats« galt als Gegenbild zur amerikanischen Demokratie. Für die Zeit des Krieges war mit Mühe ein innenpolitischer Burgfrieden erreicht worden: Die Gewerkschaften trugen den Krieg weitgehend mit, pazifistische Gruppen wurden zurückgedrängt. Nach 1918 jedoch zerbrach dieser gesellschaftliche Konsens, der Umsturz von links schien möglich. Die wichtigste Arbeitnehmervertretung, die mächtige American Federation of Labor, rief zu Streiks auf, da die Steuererhöhungen während des Krieges gerade die unteren und mittleren Einkommenschichten stark belastet hatten. »Red Scare« wurde zum Schlagwort für die Jahre bis 1920, als eine Streikwelle, Rassenunruhen und Bombenanschläge anarchistischer Gruppen hysterische Reaktionen auslösten und Tausende von tatsächlichen oder vermeintlichen Kommunisten verhaftet wurden.

Ein von Präsident Woodrow Wilson 1920 abgezeichnetes Memorandum beschrieb die Oktoberrevolution als die »Negation aller Prinzipien von Ehre und gutem Glauben«, und auch sein Friedensplan für die Beendigung des Weltkriegs, die »14 Punkte« vom Januar 1918, lassen sich bereits als Konzept gegen die Bolschewiki deuten.

Wilsons Nachfolger übernahmen diese Sichtweise. Parteiübergreifend vertraten die US-Präsidenten die Ansicht, dass die Bolschewiki – wie alle Regierungen, denen die Legitimation demokratischer Wahlen fehlte – nicht den Willen der Bevölkerung spiegelten und damit im Grunde genommen schwach seien. Dahinter stand die in der US-Geschichte tief verwurzelte und in der Amerikanischen Revolution intensiv diskutierte Idee, dass sich die

unternahmen, mithilfe ihrer lettischen Wachmannschaften die Revolutionsführer Lenin und Trotzki zu ermorden.

Einen kaum zu überschätzenden Einfluss auf das Bild der UdSSR in den USA und darüber hinaus hatte seit ihrer Einrichtung im Jahr 1922 die amerikanische Gesandtschaft in Riga, die regelmäßig über die Sowjetunion berichtete. Seit 1931 arbeitete hier George F. Kennan als Botschaftssekretär, dessen Meldungen nach dem Zweiten Weltkrieg zur Grundlage der »Eindämpfungspolitik« werden sollten. Kennan hielt die Kommunisten im Kreml für ebenso expansiv wie die Zaren, die für die USA spätestens seit der Präsidentschaft James Monroes von 1817 bis 1825 als zentrale Bedrohung gegolten hatten. Die Sowjetunion hatte in Kennans Augen das imperiale Erbe des ehemals zur Heiligen Allianz gehörenden Zarenreiches angetreten.

Die amerikanischen Sorgen wurden auch nicht dadurch abgemildert, dass die sowjetische Regierung seit Beginn der zwanziger Jahre zwischen revolutionärem Anspruch und pragmatischer Diplomatie lavierte. Moskau bemühte sich in dieser Zeit um Kontakt zu den europäischen Mächten. Während die Annäherungsversuche mit London und Paris misslangen, konnte die russische Führung 1922 mit Deutschland den Vertrag von Rapallo schließen. Das Abkommen sah die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor und führte schließlich sogar zur geheimen Zusammenarbeit zwischen Roter Armee und Schwarzer Reichswehr – illegalen militärischen Einheiten, die in der Weimarer Republik unter Umgehung des Versailler Vertrages entstanden waren.

Aber nicht nur die Kooperation zwischen den beiden großen Außenseitern der Zwischenkriegszeit verstärkte die Distanz der übrigen Mächte gegenüber der Sowjetunion. Zum tiefen Misstrauen gegenüber Moskau trug auch die von Lenins Nachfolger Stalin öffentlich immer wieder betonte sowjetische Vorreiterrolle für die Weltrevolution bei. Denn parallel zu den Versuchen, die Beziehungen zu Europa zu normalisieren, machte der sowjetische Diktator auch in den zwanziger Jahren unmissverständlich deutlich, dass die UdSSR alles tun werde, um die »gesetzmäßigen Widersprüche des Kapitalismus« zu ihren Gunsten zu verstärken, also die Weltrevolution voranzutreiben.

Zur Strategie der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale (Komintern) gehörte es unter anderem, Streiks in westlichen Staaten zu unter-



TRAUERZUG

Am 26. Februar 1919 erweisen Tausende Kurt Eisner in München die letzte Ehre. Der bayerische Ministerpräsident ist von einem völkischen Nationalisten ermordet worden

Menschen früher oder später gegen Despoten erheben würden. Washington verweigerte den Bolschewiki bis 1933 nicht nur jede diplomatische Anerkennung, die US-Regierung schickte auch Truppen in den bis 1921 andauernden Russischen Bürgerkrieg, um auf der Seite der antikommunistischen »Weißen« zu kämpfen. Schon 1918 landeten 35 000 US-Soldaten in Wladiwostok; auch britische, japanische und tschechoslowakische Einheiten beteiligten sich aufseiten der »Weißen« am Bürgerkrieg.

Zur selben Zeit begannen westliche Geheimdienstoperationen gegen die Bolschewiki. Britische Nachrichtendienste standen 1918 hinter einer Reihe von Attentaten und Putschversuchen. Am bekanntesten wurde das sogenannte Lettische Komplott, bei dem das britische Außenministerium und der Geheimdienst MI6 im August 1918 den Versuch

stützen. Für die englischen Bergleute etwa, die am 1. Mai 1926 in einen langen Ausstand traten, organisierte die Komintern eine umfangreiche Spendensammlung, was in der britischen Regierung für große Verärgerung sorgte.

Auch in den dreißiger Jahren blieb die antikomunistische Grundstimmung in den Vereinigten Staaten virulent, obwohl sich seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 einige bedeutende Intellektuelle wie Ernest Hemingway für sozialistische Ideen begeisterten. In der antikomunistischen Denktradition lag begründet, dass die Innen- und Wirtschaftspolitik, die US-Präsident Franklin D. Roosevelt 1933 als »New Deal« ankündigte, von seinen Gegnern zeitweilig erfolgreich als kommunistisch diffamiert werden konnte. Während Roosevelt im Nationalsozialismus die größere Gefahr sah, wandten amerikanische Gerichte die Bestimmungen des Smith Act – eines 1940 geschaffenen Gesetzes, das die Anstiftung zum Sturz der Regierung unter Strafe stellte – häufiger gegen »Kommunisten« als gegen NS-Sympathisanten in den USA an. Tatsächlich hielt das 1941 geschlossene Bündnis zwischen den USA und der Sowjetunion, zwischen Demokratie und Diktatur, auch nur bis zur Kapitulation Deutschlands 1945. Es mündete unmittelbar in den Kalten Krieg – die Schlussrunde des Konfliktes der Ideologien.

Nachdem sich die großen Sieger des Zweiten Weltkriegs nicht über eine gemeinsame Nachkriegsordnung einigen konnten, standen sie sich in bis an die Zähne atomar bewaffneten »Blöcken« gegenüber – die allerdings aus genau diesem Grund auch keinen »heißen« Weltkrieg gegeneinander führten. Stattdessen wurde die Auseinandersetzung zwischen den beiden konkurrierenden Gesellschaftsentwürfen – staatssozialistische »Volksdemokratie« gegen liberal-kapitalistische parlamentarische Demokratie – in einem permanenten »Nichtfrieden« auf Ersatzfeldern ausgefochten: politisch-ideologisch, ökonomisch, technologisch-wissenschaftlich, sozial und kulturell. Auswirkungen zeigten sich bis in den Alltag. Nur in der Dritten Welt kam es auch zu konventionellen »kleinen Kriegen«, die tatsächlich Millionen von Toten hinterließen. Gemessen an der Zahl der Toten im Verhältnis zur Einwohnerzahl, wurde dabei Kambodscha zum größten Opfer des Kalten Krieges.

Der Kalte Krieg endete schließlich 1991 mit der Auflösung der Sowjetunion. Lenins idealistische Vorstellung von der UdSSR als ideologischem Weg-

bereiter der »Weltrevolution«, so lautet eine der Thesen zu den Ursachen des Untergangs, sei niemals zu erfüllen gewesen. Stalin habe daher auf Gewalt gesetzt und damit die Widerstände hervorgerufen, die zum Zerfall der UdSSR führten. Andere meinen, die Sowjetunion sei durch die ungleich größere wirtschaftliche Macht des Westens »totgerüstet« worden. Eine dritte Erklärung sieht in dem durch den Westen forcierten »Wandel durch Annäherung« den Grund dafür, dass sich die UdSSR von innen aufgelöst habe. Die Verknüpfung aller drei Thesen kommt der historischen Wahrheit wahrscheinlich am nächsten.

Die Sowjetunion und mit ihr der Ostblock standen in den achtziger Jahren innen- wie außenpolitisch vor enormen Herausforderungen. Die Ver-



sprechen der Oktoberrevolution waren schon lange verblasst oder widerlegt. Zu den Verstärkern der Krise gehörten neben dem Druck aus dem Ausland insbesondere die wachsenden Konsumansprüche der Bevölkerung, forciert durch die westlichen Medien. Mit diesen Ansprüchen verband sich schließlich die Forderung nach mehr persönlicher Freiheit und politischer Selbstbestimmung.

Wenn man so will, endete im Jahr 1991 mit dem Untergang der Sowjetunion das in der historischen Forschung so bezeichnete »kurze 20. Jahrhundert«, das 1917 begonnen hatte. Der mit der russischen Oktoberrevolution entstandene Ost-West-Konflikt war Geschichte. ■

BERND STÖVER *lehrt Globalgeschichte an der Universität Potsdam*

UNTER AUFSICHT

Im Mai 1926 streiken in Großbritannien die Bergleute, unterstützt von der Komintern. Die britische Regierung reagiert mehr als verschnupft. Hier werden Minenarbeiter, vermutlich Streikbrecher, von einem Polizisten eskortiert



WEITERLESEN

Bernd Stöver:
»Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991«
C. H. Beck
Paperback,
München 2017

Die Farben des Krieges

Keiner ihrer Zeitgenossen treibt die abstrakte Malerei so weit wie sie: 1917 finden Wassily Kandinsky und Piet Mondrian zu ihrem Stil

VON KAROLINE KUHLA

GEISTESBRÜDER

Wassily Kandinsky
(links) und
Piet Mondrian



D

er Weltkrieg erschüttert auch Europas Künstler. Was galt, gilt nicht mehr: Die unentwegte Präsenz von Leid und Tod zwingt zur Auseinandersetzung. Die Futuristen verherrlichen die Technik, die Dadaisten zelebrieren den Irrsinn und den totalen Zweifel. Künstler wie Franz Marc oder Otto Dix melden sich freiwillig zum Kriegseinsatz – der eine stirbt an der Front, der andere hält die Folgen des Krieges in Invalidenporträts fest.

In der niederländischen Stadt Leiden gründet sich 1917 die Künstlergruppe De Stijl, zu der auch der Maler Piet Mondrian gehört. Die Gruppe versucht, den Krieg und seine Folgen für die Kunst zu deuten. Das Kämpfen »destruktiviert die alte Welt mit ihrem Inhalt«, verkündet die Gruppe in ihrem Gründungsmanifest. Dieser Welt-

inhalt sei die allgegenwärtige Vorherrschaft des »Individuellen«. Mondrians Gruppe setzt dagegen das »Universelle« – denn Ungleichgewicht führe zu Streit. Sie fordert eine »internationale Einheit« in Leben und Kultur und bekennen sich zu einem asketischen Stil in Kunst und Architektur.

In seinen Gemälden wendet sich Mondrian immer weiter vom Gegenstand ab, auch vom Realismus. Es geht ihm nicht mehr darum, zu malen, was ist. Das von De Stijl geforderte Gleichgewicht von »individuellem und universellem Prinzip« führt Mondrian endgültig in die abstrakte Malerei. Die Aufgabe, die Natur abzubilden, haben – auch angesichts der konkurrierenden Fotografie – bereits vor dem Krieg viele Künstler als unerfüllbar angesehen. Schon in der Nachfolge der Impressionis-

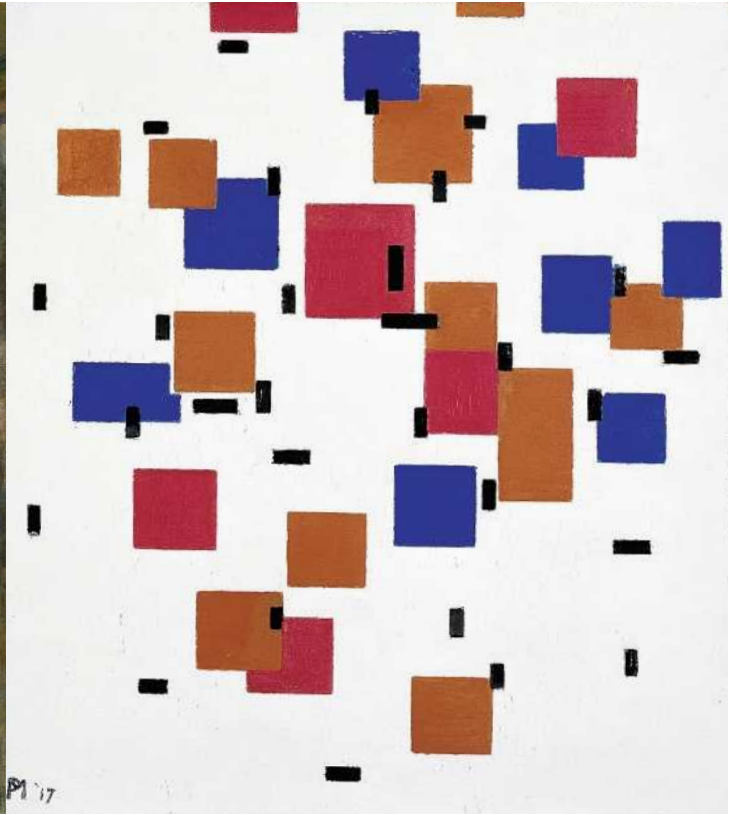
ten zersplitterten Ende des 19. Jahrhunderts die Kunststile: Es entstanden Expressionismus, Fauvismus, Kubismus. In allen Varianten entfernten sich die Künstler zusehends vom Gegenständlichen.

Im Jahr 1917 macht sich ein zweiter bekannter Künstler ähnliche Gedanken wie Mondrian, allerdings 2500 Kilometer von den Niederlanden entfernt, auf der anderen Seite Europas: Es ist Wassily Kandinsky in Moskau. Er malt in diesem Jahr gleich 29 abstrakte Bilder, sie sind deutlich vom Krieg beeinflusst. Von seiner einst leuchtenden Farbpalette ist kaum noch etwas zu sehen. Die Werke wirken düster und drohend, die Farben sind trüb. Auch Kandinsky denkt seit Jahren darüber nach, wie es möglich sei, die Kunst vom Gegenstand



CHAOS UND ORDNUNG

Kandinskys »Dämmerung« (links) aus dem Jahr 1917 ist düsterer als



seine früheren Gemälde. Mondrians »Komposition in Farbe A«, ebenfalls von 1917, hat sich ganz vom Gegenstand verabschiedet

zu trennen. Nachdem der Krieg ihn in seine Heimat zurückgetrieben hat, erkennt er, worin der Sinn der Abstraktion besteht: Der Betrachter der Bilder soll sich nicht mehr an bekannten Motiven festhalten können, sondern auf seine eigene Gefühlswelt zurückgeworfen werden.

Obwohl der Krieg sie von ihren Künstlerkollegen getrennt hat und so den intensiven Austausch verhindert, finden beide Maler gerade in diesen Jahren zu ihrem Stil – relativ spät, mit über 40 Jahren. Bis dahin hatten ihre Lebenswege nicht unbedingt auf die Rolle des radikalen Erneuerers zugeführt.

Kandinsky wurde 1866 als Sohn eines Teehändlers aus Sibirien in Moskau geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und wurde

promoviert, doch er sehnte sich nach etwas anderem. Schon als Gymnasiast nahm er Zeichenstunden und wurde dabei von seiner Familie unterstützt: »Mein Vater ließ mich mit einer außergewöhnlichen Geduld in meinem ganzen Leben nach meinen Träumen [...] jagen«, schrieb er später. 1896 besuchte Kandinsky eine Ausstellung von impressionistischen Gemälden in Moskau und traf die Entscheidung, Künstler zu werden. Er zog noch im selben Jahr nach München, wo es eine lebendige Kunstszene gab und er verschiedene Kunstschulen besuchte. Mühsam eignete er sich die Technik des Zeichnens an, fasziniert war er von der Kraft der Farben. 1901 lernte er die Malerin Gabriele Münter kennen, sie wurden ein Paar, und er brach auf in seinen ganz eigenen Stil: die expressive Abstraktion. Später

beschrieb Kandinsky einen Schlüsselmoment aus dieser Zeit: Es hatte bereits zu dämmern begonnen, als er, den Malkasten unterm Arm, noch einmal in sein Atelier zurückkehrte. Er war tief in Gedanken – stutzte aber, als sein Blick auf ein Bild fiel, das an der Wand lehnte. Das Motiv war kaum zu erkennen, irgendetwas stimmte nicht, und doch war es »ein unbeschreiblich schönes, von einem inneren Glühen durchtränktes Bild«. Formen und Farben fielen vor seinen Augen auseinander, er schaute ein zweites Mal hin. Dann erkannte er: »Es war ein von mir gemaltes Bild, das an die Wand angelehnt auf der Seite stand.«

Kandinsky versuchte, diesen Eindruck erneut zu erzeugen, doch er blieb unwiederholbar. Dennoch hatte das Erlebnis Konsequenzen: »Ich wußte jetzt genau, daß der

Gegenstand meinen Bildern schadet«, schrieb er rückblickend. Etwa ab 1908 verschwammen auf seinen Werken Vorder- und Hintergrund der Landschaften, zugunsten der Farbe lösten sich die Gegenstände langsam auf: »Ich dachte wenig an Häuser und Bäume, strich mit dem Spachtel farbige Streifen und Flecken auf die Leinwand und ließ sie so stark singen, wie ich nur konnte.«

1911 gründete er unter anderem mit Franz Marc und Gabriele Münter die Gruppe »Der Blaue Reiter«. Mit Münter lebte und arbeitete er auch in Murnau am Staffelsee, als 1914 der Krieg begann. Nun drohte ihm die Internierung oder Ausweisung, weil er Russe war und als »feindlicher Ausländer« galt. Für Kandinsky war dies ein Schock. »Von den 16 Jahren, die ich in Deutschland lebe, habe ich nicht wenige vollkommen dem deutschen Kunstleben gegeben. Wie soll ich mich jetzt plötzlich hier fremd fühlen?«, schrieb er in einem Brief. Er floh mit Münter in die Schweiz. Im November reiste er aber ohne sie weiter, über den Balkan nach Moskau.

Kandinsky, der in Deutschland ein gefeierter Maler gewesen war, verfiel in Depressionen und Selbstzweifel. 1915 entstand kein einziges Bild, auch das folgende Jahr war nicht ertragreich. Erst 1917 gelang es ihm, sich wieder seiner Kunst zu widmen.

Piet Mondrian kam 1872 im beschaulichen niederländischen Städtchen Amersfoort zur Welt. Von seinem Vater, einem religiösen Schwärmer, der als Oberlehrer arbeitete, lernte er das Zeichnen. Eine idyllische Kindheit verlebte er nicht: Seine Mutter war oft krank, der Vater flüchtete sich in Arbeit. Zeit seines Lebens war Mondrian psychisch labil, was er auf seine Eltern zurückführte. Er verließ die Familie im Alter von 20 Jahren, um in Amsterdam Kunst zu studieren. Dort malte er zuerst besinnliche Landschaften in gedämpften Tönen, die von seiner christlichen Weltanschauung durchdrungen waren. Als er sich aber 1911 aufmachte nach Paris, begann in seinem Leben und auch in seinen Bildern ein einschneidender Stilwechsel.

In Paris beschäftigte sich Mondrian mit den kubistischen Arbeiten von Pablo Picasso

und Georges Braque. Auch seine eigene Farbpalette orientierte er nun an den Vorbildern: Er arbeitete in Grau, Braun und Schwarz. Für die Kubisten waren die Linien das Gerüst jedes Gegenstandes, also machte auch Mondrian sich auf die Suche: In der Straße, an der sein Atelier lag, wurden gerade Grundstücke neu bebaut, sodass die Brandmauern der Gebäude freilagen. Das Durcheinander von alten Farbresten, tapezierten Flächen und Reklamefetzen fing seinen Blick. Er fertigte eine Vorzeichnung von dem Motiv an, die er sorgfältig mit Notizen versah. Später entstand daraus das Ölgemälde *Komposition Nr. VI* (1914). In Texten reflektierte Mondrian sein Schaffen. »Die Emotion der Schönheit wird immer behindert durch die Erscheinung eines ›Dinges‹, deshalb muss das Ding aus der bildnerischen Darstellung entfernt werden«,

»Ich ließ die Streifen und Flecken so stark singen, wie ich nur konnte«

schrrieb er. Die Ideen der Kubisten waren die Grundlage, die er während des Krieges weiterentwickelte.

Im Sommer 1914 reiste Mondrian in die Niederlande, wohl um seinen kranken Vater zu besuchen. Dann begann der Krieg. Der deutsche Einmarsch in Belgien schnitt ihm den Rückweg nach Paris ab. Er blieb in Holland. Wie bei Kandinsky in Russland fällt der künstlerische Durchbruch in diese Zeit in der alten Heimat. Anfangs umrissen die schwarzen Linien seiner Bilder noch die Struktur und die Konturen beispielsweise eines Baumes, doch immer weiter lösten sie sich vom Gegenstand. Schließlich waren es nur noch Linien und Farbflächen, die er gleichmäßig auf der Leinwand anordnete.

Kandinsky und Mondrian sind weder die Einzigen noch die Ersten, die abstrakte Kunst schufen. Aber sie trieben die Entfernung vom Gegenstand weiter als alle anderen Künstler zuvor. Als frühe

Wegbereiter ihres Stils gelten der französische Schriftsteller Victor Hugo und der englische Maler William Turner. Hugo schrieb nicht nur, er experimentierte auch künstlerisch: Er ließ Farbe spritzen und fließen, arbeitete mit Tintenflecken und Abdrücken von Tassen oder Flaschen. In Turners späten Landschaftsmalereien traten die Umriss der Natur fast gänzlich hinter den Farben zurück. Auch Zeitgenossen von Kandinsky und Mondrian wie Kasimir Malewitsch, Robert Delaunay und El Lissitzky sind Pioniere der Abstraktion. Was sie entwickelten, ist revolutionär und wirkt bis in die Gegenwart fort – Mondrian und Kandinsky aber nehmen in dieser Reihe besondere Plätze ein. Ihre Werke sind Extreme der abstrakten Malerei, denn sie erklären die Gegenstandslosigkeit zu ihrem Prinzip. Auch ihre bekanntesten Texte prägen die Kunst bis heute: *Über das Geistige in der Kunst* von Kandinsky aus dem Jahr 1912 und die 1920 veröffentlichte Schrift *Die neue Gestaltung der Malerei* von Mondrian.

Nach Kriegsende verlassen Mondrian und Kandinsky erneut ihre jeweilige Heimat. Mondrian geht nach Paris zurück und später nach New York, wo er 1944 stirbt und ihm das Museum of Modern Art im Jahr darauf die erste Retrospektive widmet. Kandinskys Farbpalette hellt sich wieder auf, aber auch er bleibt seinem Stil treu. Er kehrt zurück nach Deutschland, wird Professor am Bauhaus, bis er vor den Nationalsozialisten fliehen muss und in die Nähe von Paris zieht. Er stirbt wie Mondrian 1944.

Das Prinzip, das De Stijl vor 100 Jahren den Verwüstungen des Weltkriegs entgegengesetzt, prägt Kunst, Design und Architektur noch immer: Ordnung und Harmonie durch vertikale und horizontale Linien, die Reduktion auf die Primärfarben Rot, Blau und Gelb. Das Ziel fasste die Gruppe einmal so zusammen: »Man dient der Menschheit, indem man sie erleuchtet.« ■

KAROLINE KUHLA ist Kunsthistorikerin und Journalistin in Hamburg



GRANATE IM BETT

Wieder und wieder kehrt die Kälte zurück: Der »Steckrübenwinter« 1916/17 ist insgesamt nicht besonders eisig, doch mancherorts sinken die Temperaturen noch bis ins Frühjahr hinein tief unter den Gefrierpunkt. »Frühlingsanfang, aber kein Frühling!«, titelt eine Solinger Zeitung am 21. März. In Bayern schneit es heftig noch Mitte April. Ohne Kohle können die Menschen in den Städten nicht heizen, sie bibbern sich in den Schlaf. Der Hunger nagt an ihnen, Krankheiten breiten sich aus. Wer eine Wärmflasche hat, wärmt wenigstens eine kleine Menge Wasser auf, füllt die Flasche und nimmt sie mit unter die Bettdecke. Die alten Wärmer aus Zink, Messing oder Aluminium haben die Leute schon bei Sammlungen des Heeres abgegeben, für Waffen und Kriegsgerät. Nun, da die alten Flaschen fehlen, dient als Ersatz Abfall, der von der Front zurückkommt: Die Wärmflasche im Bild zum Beispiel ist aus Messing, wiegt leer ein Kilogramm – gefüllt das Doppelte – und war einmal eine Granate. **FLO**



SOLDATENBILDER
Nach dem
Kriegseintritt der
USA setzen die
Fotografen
Arthur S. Mole und
John D. Thomas
patriotische Motive
aus Tausenden
Soldaten ins Bild.
Hier Präsident

Woodrow Wilson,
aufgenommen
am 5. September
1918. Auf den
folgenden Seiten die
Freiheitsstatue
und die »Liberty Bell«
(Freiheitsglocke)

»Die Demokratie wird es schwer haben«

Endet mit Donald Trump, was vor 100 Jahren mit Woodrow Wilson begonnen hat? Der Historiker Volker Berghahn über die langen Linien amerikanischer Außenpolitik im 20. Jahrhundert

VOLKER BERGHANH
ist emeritierter
Professor für Moderne
deutsche Geschichte
an der Columbia-
Universität in New
York und Spezialist für
die deutsch-amerika-
nischen Beziehungen.
Er lebt seit 1988
in den USA



ZEIT Geschichte: Sie haben sich viel mit dem großtuerischen, unreifen, sprunghaften Kaiser Wilhelm II. beschäftigt. Eine gute Schule, um Donald Trump zu verstehen?

Volker Berghahn: Da fangen Sie bei dem Richtigen an. Ja, es gibt durchaus Parallelen zwischen Trump und dem deutschen Kaiser: die Unberechenbarkeit etwa oder die Angeberei. Aber Trump wird ja eher mit Adolf Hitler verglichen und der Beginn seiner Präsidentschaft mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten.

ZEIT Geschichte: Sehen Sie da Gemeinsamkeiten?

Berghahn: Man muss mit solchen Vergleichen vorsichtig sein, wenn sie zeitlich weit auseinanderliegen. Zugegeben, die NS-Machtergreifung war Folge einer Wirtschaftskrise, und eine solche ging auch dem Wahlsieg Trumps voraus – so viel kann man sagen. Danach wird es schwierig.

ZEIT Geschichte: Mit welchem amerikanischen Präsidenten würden Sie Trump am ehesten vergleichen?

Berghahn: Vielleicht mit Richard Nixon, der auch immer wieder Unwahrheiten verbreitete und der wie Trump in der Außenpolitik lavierte, um von innenpolitischen Problemen abzulenken. Wenn Trump Kriegsschiffe Richtung Nordkorea schickt und mit der atomaren Option kokettiert, ist das auch ein Zeichen dafür, dass er in der Innenpolitik noch keine Linie gefunden hat und mit außenpolitischen Paukenschlägen Schlagzeilen machen möchte.

ZEIT Geschichte: Bei Woodrow Wilson war es anders: Er zog 1917 wider Willen in den Krieg und musste dies innenpolitisch erst durchsetzen. Seitdem verstehen sich die USA als Anführer der freien Welt und als Schutzmacht der Demokratie. Reißt diese lange Tradition liberal-internationalistischer Außenpolitik nun mit Trump ab?

Berghahn: Nein. Trump verkörpert im traditionellen Schema amerikanischer Außenpolitik, dem Gegensatz von »Idealisten« und »Realisten«, also der Orientierung an allgemeinen Werten oder nationalen Interessen, eine merkwürdige Mischung. Auf der einen Seite macht er idealistische Versprechungen, auf der anderen sagt er in typisch nationalistisch-realistischer Weise, dass Amerika wieder groß werden und eigene Ziele durchsetzen müsse.

ZEIT Geschichte: Idealismus ist nicht unbedingt das erste Stichwort, das man mit Trump verbindet.

Berghahn: Anfangs wollte er festgefahrene außenpolitische Probleme lösen und vor allem die Beziehungen zu Russland verbessern, um einen Wiederbeginn des Kalten Krieges zu verhindern. Die Vorstellung, dass man dazu miteinander sprechen muss, ist typisch idealistisch und das genaue Gegenteil der harten Linie der Realisten. Der Angriff in Syrien, der als Antwort auf den Einsatz von Giftgas verstanden werden sollte, lässt sich ebenfalls in diese Richtung deuten – auch wenn dadurch die Beziehungen zu Russland wieder belastet sind.

ZEIT Geschichte: War Wilson ein lupenreiner Idealist?

Berghahn: Ja. Im Inneren hat er große Reformen in Angriff genommen, etwa die Arbeiterunfallversicherung eingeführt und das Bankenwesen reguliert – ganz im Sinne des Progressivismus, einer politischen Strömung um die Jahrhundertwende, die den gesellschaftlichen Wandel sozial gestalten wollte. Und als Wilson gegen seinen Willen in den Ersten Weltkrieg hineingezogen wurde, wollte er auch dies nutzen, um eine neue Weltordnung zu schaffen.

ZEIT Geschichte: Wie viel davon war ernsthafte Ambition, wie viel nur Rhetorik, um andere Interessen zu camouflieren? Wirtschaftlich waren die USA 1917 ja längst in den Krieg verstrickt.

Berghahn: Natürlich hatten die Vereinigten Staaten auch ein Interesse daran, die Investitionen in den Krieg wieder hereinzuholen. Ohne ihre Anleihen hätten die Engländer und Franzosen den Krieg nicht gewinnen können. Die USA waren wirtschaftlich und in der Finanzwelt längst die dominierende Macht, diese Stellung konnten sie nicht durch eine Niederlage ihrer Schuldner riskieren. Insofern war der Kriegseintritt auch Ausdruck eines Hegemonialstrebens. Aber auf der anderen Seite machte Wilson deutlich, dass die europäische Machtpolitik des 19. Jahrhunderts gestoppt werden müsse. Nach dem Krieg sollte der Völkerbund das zentrale Instrument sein, um einer neuen Weltgemeinschaft einen Rahmen zu geben. Es sollte das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker gelten – das war eine gewaltige Herausforderung für die alten Kolonialmächte. Da war Wilson wirklich Idealist und Reformist. Er glaubte, dass die alte Politik in diese Katastrophe geführt hatte und man sie deshalb ein für alle Mal abschaffen müsse.

ZEIT Geschichte: Ihr Kollege Adam Tooze sieht in Wilson eher einen Realisten, der die Gunst der Stunde nutzt und mit seiner Friedensdiplomatie auch Machtpolitik betreibt.

Berghahn: Diesen Zwiespalt finden Sie aber nicht nur bei Wilson. Ich würde nicht sagen, dass die Amerikaner da heuchlerischer sind als andere. Sie verfolgen ihre Interessen, sind aber auf der anderen Seite auch altruistisch. Das war nach dem Ersten Weltkrieg so und mehr noch nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Marshallplan. In beiden Fällen ist den USA klar, dass sie die ökonomische und politische Macht haben, etwas Neues zu schaffen. Interessant bei Wilson ist, dass man seine Vorstellungen im Kontrast zu Lenin sehen muss. Denn auch Lenin entwickelt zu dieser Zeit eine neue, wenn Sie so wollen, idealistische Konzeption für die Weltpolitik.

ZEIT Geschichte: Nimmt Wilson den russischen Revolutionär Ende 1917 wirklich schon so ernst, dass man seine 14 Punkte als Reaktion auf Lenin lesen kann?

Berghahn: Da ist durchaus eine Dialektik. Schon der Zusammenbruch des Zarenreichs im Februar 1917 und erst recht die Revolution im Oktober werfen für die amerikanische Politik die Frage auf, wie sie mit den Ereignissen in Russland umgehen soll. Wilson entwickelt seine Utopie für den Wiederaufbau der Weltgesellschaft auch in Auseinandersetzung mit Lenin und Trotzki, die eine Weltrevolution entfachen wollen. So gesehen wird auch Wilson zum Revolutionär.

ZEIT Geschichte: ... der sich bei den Friedensverhandlungen nicht durchsetzen kann, obwohl er als strahlender Sieger nach Paris reist. Woran ist Wilson gescheitert?

Berghahn: Zum einen sitzt er bei der Friedenskonferenz mit England und Frankreich am Verhandlungstisch. Beide haben keinerlei Interesse an einer Weltordnung, die auf nationaler Selbstbestimmung gründet und damit das Ende ihrer Kolonialreiche bedeuten würde. Zum anderen ist in den Vereinigten Staaten die öffentliche Meinung nach Kriegsende stark auf Rückzug bedacht und eben nicht auf ein weiteres Engagement in der Welt. Deshalb lehnt der Senat den Friedensvertrag und den Beitritt zum Völkerbund ab.

ZEIT Geschichte: Der alte Isolationismus meldet sich zurück. Warum besinnen sich die USA nach 1918 wieder so auf sich selbst? Sie waren doch erfolgreich und hatten gerade den Krieg gewonnen.

Berghahn: Der Wunsch, die Boys so schnell wie möglich wieder nach Hause zu holen, ist nach dem Krieg sehr stark. Dass Hunderttausende Soldaten nach Übersee geschickt wurden, ist für die USA historisch eine völlig neue Situation, ein Ausnahmezustand, der mit dem Slogan »Zurück zur Normalität« beendet werden soll. Als man merkt, dass die Europäer nicht vom Kolonialismus lassen wollen, sagt man sich: »Okay, sollen sie weitermachen, aber ohne uns.« Andererseits gibt es schon nach dem Ersten Weltkrieg an der

»NACH 1991 MACHEN DIE USA EINEN GROSSEN FEHLER«

Wall Street Ideen, den Europäern mit Anleihen beim Wiederaufbau zu helfen. Allerdings hätte das mit Steuergeldern abgesichert werden müssen – und das war der amerikanischen Öffentlichkeit nicht abzurufen. Langfristig hat sich der wirtschaftliche Rückzug als schwerwiegender Fehler erwiesen. Die USA lernten daraus und wollten es nach dem Zweiten Weltkrieg besser machen.

ZEIT Geschichte: Wie erinnert man sich heute in den USA an den Kriegseintritt vor hundert Jahren?

Berghahn: So gut wie gar nicht. Weder in den Medien noch auf dem Buchmarkt spielt das Thema eine Rolle. In New York gab es eine einzige Veranstaltung dazu – wir haben sie an der Columbia-Universität organisiert. Wenn Sie es vergleichen, fällt auf, dass es in den USA im Gegensatz zu Europa auch kaum Denkmäler für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges gibt.

ZEIT Geschichte: Woran liegt das?

Berghahn: Für Europa war der Erste Weltkrieg eine Katastrophe. In England und Frankreich wird er immer noch als der Große Krieg – *the Great War*, *la Grande Guerre* – bezeichnet. Die Amerikaner dagegen haben zwar Hunderttausende Männer in den



Krieg geschickt, und es sind auch viele gefallen, aber mit der Wucht des Zweiten Weltkrieges oder des Vietnamkrieges ist das nicht zu vergleichen. Außerdem sind viele Amerikaner generell nicht besonders am weltpolitischen Geschehen interessiert, das gilt leider auch für die Geschichte.

ZEIT Geschichte: Hat Wilson trotz seines Scheiterns die amerikanische Außenpolitik des 20. Jahrhunderts geprägt?

Berghahn: Die Ära Roosevelt nach 1933 hat Wilson außenpolitisch ganz sicher geprägt. Wie seine Vorgänger proklamiert auch Franklin D. Roosevelt zunächst Amerikas Rückzug auf sich selbst. Zum Beispiel sollen die Zollschranken hochgezogen werden, um zu Hause die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Aber gleichzeitig hat er mit Cordell Hull einen Außenminister ernannt, der klar für die *open door* eintritt, für freien internationalen Handel. Als die USA dann in den Zweiten Weltkrieg eingreifen, erinnert man sich durchaus an Wilsons Neuordnung der Welt von 1919.

ZEIT Geschichte: Wie weit wirkt Wilsons liberales, internationalistisches Erbe noch über den Zweiten Weltkrieg hinaus?

Berghahn: Ich sehe die große Zäsur 1990, am Ende des Kalten Krieges. Damals löst sich der Gegensatz zwischen der bolschewistisch-leninistischen und der amerikanisch-liberal-kapitalistischen Weltordnung auf. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetblocks machten die Amerikaner dann einen großen Fehler, der schon vielen Großmächten am Ende ihrer Zeit unterlaufen ist: Sie sind dem Unilateralismus verfallen, waren der Meinung, sie seien jetzt der alles entscheidende Machtfaktor auf der Welt. Die Russen

und die Chinesen wurden aufs Seitengleis geschoben. Das konnte auf lange Sicht nicht gut gehen, denn heute leben wir in einer multipolaren Welt, in der viele Spieler wichtig sind.

ZEIT Geschichte: Auch die »humanitären Interventionen« unter Bill Clinton oder der »Krieg gegen den Terror« unter George W. Bush erfolgten im Namen der Demokratie und der Menschenrechte. Hätte Wilson da protestiert?

Berghahn: Ich glaube, es gibt hier einen Unterschied zwischen Demokraten und Republikanern: Die Demokraten stehen eher in Wilsons Tradition. Das beginnt schon im Kalten Krieg, als etwa der Hochkommissar in Deutschland, John McCloy, mit den Russen ins Gespräch kommen möchte, weil man keinen nuklearen Weltkrieg riskieren könne. Die Republikaner setzen dagegen stärker auf Konfrontation. John Foster Dulles, der Außenminister unter Eisenhower, ist dafür ein gutes Beispiel. Was den *War on Terror* angeht: George W. Bush ist ebenfalls Republikaner und kommt aus der realistischen Schule. Den Krieg begann er vor allem aus einem nationalen Interesse heraus: den Mittleren Osten neu zu organisieren, wobei auch das Öl eine Rolle spielte.

ZEIT Geschichte: Vergleichbar mit 1917 ist die Angst vor Feinden im eigenen Land, die in Repression umschlägt. Nach dem Eintritt in den Weltkrieg werden in den USA die Grundrechte eingeschränkt, den Deutschstämmigen schlagen Misstrauen und Hysterie entgegen. Kriegspolitik auf Kosten innerer Freiheit: Erinnert das nicht an die Zeit nach dem 11. September 2001?

Berghahn: Wenn es um die Ursachen für den damaligen Amerikanisierungsdruck geht, die Abgrenzung gegenüber Fremden, halte ich ökonomische Krisen für wirkmächtiger als Kriegssituationen. Nehmen Sie die zwanziger Jahre: Es herrscht wieder Frieden, aber die Wirtschaft liegt am Boden. Und es blüht die Vorstellung, man müsse die Menschen, die im 19. Jahrhundert eingewandert sind, amerikanisieren. Die USA errichten Einwanderungsschranken – genau wie jetzt unter Trump.

ZEIT Geschichte: Aber 1917 spielen die wirtschaftlichen Hintergründe kaum eine Rolle.

Berghahn: Das ist richtig, im Ersten Weltkrieg beziehen sich die Ängste vor allem auf deutsch- und irischstämmige Amerikaner, denen man unterstellt, dass sie illoyal seien. Aber in den frühen Zwanzigern führt man die strikten Einwanderungsbeschränkungen wieder ein. Interessanterweise wird das nicht mit wirtschaftlichen Argumenten begründet, wie es korrekt gewesen wäre, sondern mit kulturellen. Komplexe ökonomische Probleme sind der Bevölkerung bekanntlich schwerer zu vermitteln als kulturelle



Vorurteile. Dass es gefährlich ist, wenn Verbrecher ins Land kommen, dass man sich schützen muss – diese Argumente gab es in den Zwanzigern schon einmal, und es gibt sie heute wieder. Sie müssen die Ökonomie und die Politik zusammendenken.

ZEIT Geschichte: Manche sehen die amerikanische Demokratie kurz vor einem Ermüdungsbruch. Ist Trump nur das Symptom einer viel tiefer gehenden Krise?

Berghahn: Ja, die USA stecken nicht nur politisch-wirtschaftlich, sondern verfassungsrechtlich in einer tiefen Krise: Die Parteien blockieren sich, der Kongress ist gelähmt, der Einfluss von Lobbygruppen mit sehr viel Geld im Hintergrund ist stark.

ZEIT Geschichte: Ihr Kollege Timothy Snyder wird nicht müde, vor dem Untergang der amerikanischen Demokratie zu warnen.

Berghahn: Ich bin etwas hoffnungsvoller als Tim Snyder. Ich lehre ja weiterhin an der Columbia-Universität und müsste damit aufhören, wäre ich ein Pessimist wie er. Einer jungen Generation kann man die Geschichte nicht als Trauerspiel nahebringen. Der Alarm ist aber nicht untypisch für Snyder, er sucht die Kontroverse.

ZEIT Geschichte: In seinen ersten Amtswochen hat Trump eini-
ge Lektionen in Gewaltenteilung erhalten. Stimmt Sie das optimistisch?

Berghahn: Man kann es, bei allen Problemen, tatsächlich als positiv ansehen, dass die Checks and Balances halbwegs funktionieren. Die Opposition regt sich überall sehr deutlich.

ZEIT Geschichte: Ist die Situation heute so viel anders als Anfang der siebziger Jahre? Damals erschütterte die Watergate-Affäre die US-Demokratie und löste eine tiefe Vertrauens- und Verfassungskrise aus.

Berghahn: Watergate lässt sich nicht mit der Situation heute vergleichen. Nixon hatte seine Macht missbraucht, aber mit seinem Rücktritt war die Krise gelöst. Während der Watergate-Affäre spielten zudem gesamtgesellschaftliche Probleme eine geringere Rolle als heute, da eine ganze Schicht von meist weißen, abgehängten Arbeitern in den deindustrialisierten Gebieten des Mittleren Westens an der Wahlurne rebelliert und diesem Land den derzeitigen Präsidenten beschert hat.

ZEIT Geschichte: Da spricht der Wirtschaftshistoriker. Aber greift es nicht zu kurz, den Siegeszug autoritärer Populisten in wohlhabenden Ländern ökonomisch zu erklären? Welche Rolle spielen Identitätsängste, die Furcht vor Überfremdung, vor dem Verlust von Heimat und Ordnung?

Berghahn: Es ist dasselbe Spiel: Es fällt immer leichter, kulturelle Ängste zu bedienen, als wirtschaftliche Hintergründe zu ver-

mitteln. Denken Sie an die große Depression der 1870er Jahre – auch da greift dieser Sündenbock-Mechanismus. Man lastete die Krise einer identifizierbaren Minderheit, den Juden, an, statt zu erklären, was ökonomisch hinter dem Abschwung steckte.

ZEIT Geschichte: Heute geht es der amerikanischen Wirtschaft recht gut, die Börse boomte in den ersten Wochen nach dem Wahlsieg Trumps. Berechtigte Erwartungen – oder die Fallhöhe für den nächsten Absturz?

Berghahn: Ich beobachte die Entwicklung mit Sorge. Heute steht der Dow Jones bei fast 21 000 Punkten, vor zehn Jahren stand er gerade mal bei 8000 Punkten. Wir haben den Kasino-Kapitalismus, der 2007/08 zum Crash geführt hat, noch nicht

»DER KASINO-KAPITALISMUS IST NOCH NICHT ÜBERWUNDEN«

überwunden. Ich sehe nicht, dass die amerikanische Wirtschaft sich robust entwickelt hätte. Dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur werden nicht erfolgen, weil Trump an Steuergeschenke für die Reichen denkt.

ZEIT Geschichte: Und außenpolitisch: Wie groß ist das Risiko, dass Trump ein Kriegspräsident wird?

Berghahn: Wäre ich Politologe, würde ich mich stärker aus dem Fenster lehnen, als Historiker bin ich vorsichtig mit Prognosen. Aber ja, ich bin besorgt, wenn ich die widersprüchliche Außenpolitik der letzten Monate betrachte und an die immensen Militärausgaben denke, die nochmals erhöht worden sind.

ZEIT Geschichte: Gibt Wilsons Vision, die weltweite Verbreitung von Demokratie, Freiheit und nationaler Selbstbestimmung, eigentlich noch Orientierung für das 21. Jahrhundert?

Berghahn: Die Demokratie wird es als globales Ordnungsmodell schwer haben. Wenn man auf die neuen Großmächte schaut, wird das sofort klar: China hat sich ökonomisch modernisiert, versucht aber politisch, den Daumen draufzuhalten. Eine Demokratie birgt eben auch Gefahren für eine Großmacht. Entscheidungen sind manchmal irrational und Krisen schwer vorherzusehen. Das Beispiel Brexit zeigt dies. Ich glaube nicht, dass Wilson 1912 oder 1917 geahnt hat, dass die Demokratie eines Tages kein allgemeingültiges Zukunftsmodell mehr sein könnte. Umso wichtiger ist es, die Demokratie dort, wo sie lebt, zu stärken. ■

Das Gespräch führten JUDITH SCHOLTER und FRANK WERNER am 24. April 2017

Der einfachste Weg zu Ihren Pflegehilfsmitteln

Sanubi - bundesweiter Ansprechpartner zum Thema Pflegehilfsmittel - vereinfacht die Versorgung von Pflegebedürftigen

Die fürsorgliche Betreuung und Pflege von Angehörigen ist nicht immer einfach. Neben Engagement und Zeit ist auch der finanzielle Aufwand häufig enorm. Der Gesetzgeber hat zur finanziellen Entlastung von pflegenden Angehörigen daher einen Anspruch auf Kostenübernahme bestimmter Verbrauchsmittel in der ambulanten Pflege durch Angehörige vorgesehen. Diese werden *Pflegehilfsmittel zum Verbrauch* genannt.

Wie erhalten Sie Pflegehilfsmittel?

Zunächst müssen Sie Pflegehilfsmittel zum Verbrauch bei der Kasse beantragen. Fordern Sie dazu einen *Antrag auf Kostenübernahme* entweder bei der Kasse oder einem Anbieter für Pflegehilfsmittel an. Diesen füllen Sie zu Hause aus und senden ihn direkt an die Kasse oder den Anbieter zurück. Nach Prüfung durch die Kasse erhalten Sie eine Zusage der Kostenübernahme. Erst dann übernimmt die Kasse die Kosten und der Anbieter liefert die gewünschten Hilfsmittel.

So kann es bis zu 4 Wochen dauern, bis Sie Ihre erste Lieferung mit Pflegehilfsmitteln erhalten.

Innovation von Sanubi

Sanubi, bundesweiter Ansprechpartner zum Thema Pflegehilfsmittel, hat die Beantragung der Pflegehilfsmittel beschleunigt. Mit Sanubi haben Sie die Möglichkeit, den gesamten Kostenübernahmeantrag online auszufüllen, sowie direkt zu unterschreiben. So kann das Antragsformular sofort digital an die Pflegekasse übermittelt werden. Der gesamte Prozess dauert so nur noch wenige Minuten.

Zudem versendet Sanubi das erste Paket sofort nach der Anmeldung. Sogar die Zusammenstellung Ihrer



Lieferung, können Sie selbstständig durchführen. Auf der Webseite erhalten Sie außerdem ein eigenes Kundenkonto, über das Sie ihre monatlichen Bestellungen jederzeit selbstständig nach Ihren Wünschen anpassen können.

Sie ersparen sich bürokratischen Aufwand und zeitintensive Telefonate.

Informieren Sie sich jetzt unter:

www.sanubi.de/dieZeit

oder lassen Sie sich persönlich unter der Telefonnummer 030 - 555 72 11 63 beraten.

So erreichen Sie Sanubi:



Sanubi GmbH
Boxhagener Straße 103
10245 Berlin

Tel.: 030 - 555 72 11 63
E-Mail: service@sanubi.de
www.sanubi.de/dieZeit



UNVERGÄGLICH
Lenins Leichnam liegt
einbalsamiert im
Mausoleum auf dem
Roten Platz in Moskau.
Auch sein Ruhm
scheint der Zeit zu
trotzen

Der gefährliche Lenin

Wie gedenkt Russland der Oktoberrevolution? In der Bevölkerung ist Lenin wieder beliebt. Doch der Kreml hält sich bedeckt: Die Feier eines Umsturzes ist das Letzte, was Putin gebrauchen kann VON MICHAEL THUMANN

V

or einem Jahr beschuldigte der russische Präsident Putin den russischen Chefrevolutionär Lenin, »eine Atombombe unter das Gebäude Russland« gelegt zu haben. Einige dachten damals, damit hätte Putin nun seinerseits eine Bombe vor die Tür von Lenins Mausoleum gelegt und würde den chemisch konservierten Revolutionär bald vom Roten Platz schaffen. Aber passiert ist nichts. Stattdessen rief Putin kürzlich die Historiker dazu auf, die Geschichte von 1917 gut zu studieren. Vergeblich hat die Zunft versucht, daraus eine klare Linie abzuleiten. Das heißt jedoch nicht, dass es keine gibt. Und schon gar nicht, dass jetzt erlaubt wäre, selbst eine Linie zu entwerfen.

Wie man auf das Jahr 1917 blickt, ist in Russland ein Urteil über die Gegenwart und die Zukunft des Landes. Und darüber bestimmen nun einmal höchste Politiker und nicht die Quellen oder die Historiker. Der ehemalige sowjetische Generalsekretär Nikita Chruschtschow brachte es einst auf die prägnante Formel: »Historiker sind gefährliche Leute. Sie müssen unter Aufsicht stehen.« An dieser Auffassung hat sich in der russischen Regierung bis heute nicht viel geändert. Gern gewährt man Historikern Lehraufträge, Professuren, Zugang zu Archiven, Bücher in nennenswerter Auflage, wenn sich der Forscher den politischen Gegebenheiten anzupassen vermag. Für Politiker sind geschichtliche Fakten keine unumstößlichen Tatsachen, sondern Rohmaterial, aus dem man sich bedient, um die eigene Version der Geschichte zu erzählen. Es geht in Russland nicht um die richtigen Fakten, es geht um die richtige Geschichtspolitik. Aber welche ist richtig?

Das Jubiläum der Februarrevolution liegt bereits hinter uns. Sie markierte das Ende der Romanow-Dynastie, den Untergang der Monarchie und den Zerfall des russischen Weltreiches von Warschau bis Wladiwostok. Es war eine Revolution im eigentlichen Sinne, während Lenins Machtübernahme eigentlich eher ein Putsch war, der erst durch Bürgerkrieg und spätere Umwäl-



HÜTER DER ERINNERUNG

Patriarch Kirill und die orthodoxe Kirche erklären den Russen die Vergangenheit – stets im Sinne von Wladimir Putin

zungen zur Revolution wurde. Doch war die Februarrevolution den Politikern weder Trauer noch eine Feier wert. Es gab nur einen Fernsehfilm auf dem Kanal Kultura abends um 23 Uhr. Als hätte man dazu nicht mehr zu sagen.

Das liegt natürlich auch daran, dass der Oktober dem Februar 1917 die Schau gestohlen hat. Der Oktoberumsturz sollte prägend für die nächsten 70 Jahre werden. Lenin hat die Februarrevolution zum bürgerlichen Vorspiel nach Karl Marx' Programmvorlage degradiert. Lenin hat die Provisorische Regierung gestürzt und einen Bürgerkrieg geführt, der das Land an den Rand des Untergangs brachte. Lenin hat einen Friedensvertrag mit Deutschland unterschrieben, in dem Russland große Teile seiner europäischen Besitztümer verlor. Lenin hat die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gegründet.

Der Umgang mit diesem Mann gehört zum Kern des russischen Selbstverständnisses heute. Die Haltung zur Oktoberrevolution, einer der Gründungskatastrophen des blutigen 20. Jahrhunderts, bestimmt die Selbsteinschätzung der Gegenwart. Im Jahr 1917 begann die russische Moderne. Soll man dieses Jahr feiern, betrauern oder besser beschweigen? Verklären, verdammen oder verdrängen? Überraschend ist, dass der sonst so monolithisch auftretende russische Staat widersprüchliche Antworten darauf gibt. Die Deutung ist so umkämpft wie die russische Selbstdarstellung überhaupt. Gerade deshalb haben in der vergangenen Zeit so viele Politiker versucht, die Leerstellen zu füllen.

Kulturminister Wladimir Medinski, dessen Dissertation von Historikern als Plagiat entlarvt wurde, hat sich dabei schon einen Namen gemacht. In seinem Buch »Mythen über Russland« woll-

te der Politologe »westliche Mythen« dekonstruieren, schuf aber selbst neue. Zum Beispiel: Der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 verdiente ein Monument, schrieb er, die baltischen Staaten seien nicht besetzt worden, sondern auf Wunsch angeschlossen. »Alternative Geschichtsschreibung«, höhnen Historiker über Medinskis Einlassungen. Das hat den Gelegenheitshistoriker Medinski nicht erschüttert. Der Mann macht Geschichtspolitik. Schon vor zwei Jahren gab er im früheren Moskauer Revolutionsmuseum nahe dem Roten Platz die Parole für das Gedenken an 1917 aus: Die Erinnerung solle die Gesellschaft »konsolidieren«.

Das ist ein Codewort. Konsolidierung meint die Einheit der Gesellschaft und ist natürlich nur möglich unter dem Stahldach eines starken Staates, der diese Einheit vorgibt. Medinski hat das Jahr 1917 eine »Zeit der Wirren« (*smutnoje wremja*) genannt. Damit spielte er an auf die Machtkämpfe in den Jahren 1598 bis 1613, als die Dynastie der Rurikiden endete und es 15 Jahre dauerte, bis sich die Romanows dauerhaft auf dem Thron einrichteten. Damals, sagt Medinski, sei die Kontinuität der russischen Staatlichkeit tragisch, aber nur kurzfristig unterbrochen worden. So sei es auch in den revolutionären Wirren von 1917 gewesen, bevor der Staat wieder zu alter Stärke zurückgefunden habe. Unter Stalin eben.

Genau das war die Botschaft einer Ausstellung, die schon vor zwei Jahren in Moskau lief. Das Russische Historische Museum am Theaterplatz zeigte den *Mythos vom geliebten Führer* über die Sowjetherrscher Lenin und Stalin. Was Lenin betrifft, war die Ausstellung wenig aufregend. Alle Russen und alle, die Russland kennen, haben die Bilder und Fotos von ihm schon oft gesehen. Der Revolutionär in Schwarz-Weiß am Schreibtisch, am Rednerpult, beim Nachdenken. Lenin war Nebensache in dieser Schau. Der Hingucker war Josef Stalin. Die bunten Propagandaplakate mit dem gütigen Diktator vor leuchtenden Kinderaugen, die Erzählungen vom häuslichen Väterchen Stalin, die Oden an den geliebten Führer, die adorierenden Büsten, die verherrlichenden Ölgemälde vom Generalissimus in Uniform. All das war lange im Giftschränk und wurde zur wärmenden Erinnerung hervorgeholt. Das Museum bot diese Devotionalien kommentarlos an, aber die Botschaft war klar: Stalin war der starke Führer, der Russland rettete, sein Territorium und seine Macht in der Welt erweiterte.

Stärke und Einheit sind die wichtigsten Wesenszüge im Selbstbild der Sowjetunion, auf die sich die heutige Regierung gern beruft. Die KPdSU stellte sie in einen Zusammenhang mit dem Oktober 1917. Den Russen wurde damals von Staats wegen eingepflichtet, stolz auf ihre Erhebungen zu sein. Und genau da liegt der Traditionsbruch von heute: Revolutionen kann derzeit niemand im Kreml gebrauchen. Russlands Regierung erinnert sich noch mit Schrecken an die Proteste gegen Putin 2011 und 2012, die man als tödliche Gefahr auffasste. Seit der ukrainischen Revolution 2014 sieht Russlands herrschende Klasse die eigene Geschichte durch dieses Prisma. Die Gegenüberstellung ist immer gleich: hier die rechtmäßige Regierung, dort die Banditen und Aufständischen, die das Chaos bringen.

Konstantin Kostin, ein Spindoktor des Kremls und Chef der kremlnahen Stiftung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft, bezeichnet die Maidan-Aufstände in Kiew 2014 als Fortsetzung der latenten Drohung gegen »anerkannt rechtmäßige Regierungen«. Kostin hatte früher schon für Putin Wahlkampf gemacht. Diese Form des Staatsstreiches, sagt er, habe es in der Geschichte immer wieder gegeben. 1917 sei der Zar gestürzt worden, 1993

habe man in Moskau den Putsch geprobt, 2004 sei in der Orangen Revolution die Regierung in Kiew entmachtet worden. Kostin spricht von »orangen Technologien«, die immer wieder zur Anwendung kämen: Besetzung öffentlicher Plätze, provozierte Konflikt mit der Obrigkeit, Lügenformeln wie »Wir sind Demokraten, die sind Diktatoren«, am Ende werde Gewalt angewendet. »Die Bolschewiki unter Lenin waren wie die Führer des Maidan: Sie haben unrechtmäßig und gewaltsam die Macht ergriffen.«

Aus der Sicht Konstantin Kostins sind alle Formen des öffentlichen Protests eine Vorstufe zum Staatsstreich. Das ist der staatliche Konsens im Russland von heute. Die Revolutionen des 20. Jahrhunderts gelten als staatszersetzend. Doch fragt man Kostin, ob nicht Russland als Folge von Krisen und wachsender Unzufriedenheit in der Bevölkerung auch irgendwann wieder einmal Aufstände drohen könnten, antwortet er mit hegelianischer Gewissheit: »Diese Zeiten haben wir längst hinter uns gelassen.« Geschichte schreitet in Etappen voran. Die Etappe Revolution, die war gestern.

Neben Politikern und Spindoktoren im Dunstkreis des Kremls versucht sich vor allem die orthodoxe Kirche als oberster Geschichtslehrer der Nation. Sie hat eine perfekte Bühne dafür gefunden: Die Kirche organisierte in den vergangenen Jahren die großen russischen Geschichtsausstellungen. Um in die monumentale Schau *Meine Geschichte: Die Rurikiden* zu gelangen, standen die Menschen auf dem Manegeplatz in Moskau täglich in großen Trauben bis hinüber zum Roten Platz. Schulen, Kasernen und Universitäten organisierten Ausflüge. Wegen des Andrangs ist die

Schau heute in einer Dauerausstellung im Norden Moskaus zu sehen. Der Präsident persönlich hatte Werbung für die Reise tief zurück in die russische Geschichte gemacht. Bei seinem Besuch rief er die Historiker zur »Objektivität« auf und warnte vor »kriminellen Verdrehungen«. Sein Beichtvater Tichon hatte das monumentale Sinnstiftungsprojekt organisiert. Putin, das hat er selbst einmal verraten, war schon in der Schule ein Geschichtsfan. Bei den Ausstellungen der Kirche sollen nun alle Hobbyhistoriker auf ihre Kosten kommen.

Am Eingang verteilen junge Geistliche Kopfhörer und Eintrittskarten. Sie gehören zum Priesterseminar von Pater Tichon im Moskauer Sretenski-Kloster. In schwarzen langen Gewändern führen sie ihre Gäste durch die Schau: Mädchen und Jungen, Waisenkinder und Sprösslinge reicher Familien, Soldaten und Krankenhausbelegschaften. An Schautafeln, Filmleinwänden, Malereien und Karten geht es vorbei, an Plakaten, auf denen russische Philosophen, Historiker und Wladimir Putin das Wesen des russischen Staates erklären.

Lenin würde sich wohl in seinem Chemiegrab umdrehen, wenn er sähe, dass die Popen den Russen die Revolution präsentieren. Überhaupt ist die moderne enge Verbindung der Russen mit dem Christentum erst ein gutes Jahrzehnt alt. In der Sowjetunion führte die Kirche ein Randdasein, sie war dem säkularen Staat vollkommen unterworfen: Den Menschen wurde Lenin statt Christus angedient. Der lastende Druck der Sowjetideologie ließ

ANZEIGE

Nirgendwo einfacher - Pflegehilfsmittel von Sanubi

119 Kunden sagen:
Hervorragend*



TRUSTPILOT



Sofort

In 2 Minuten Antrag online ausfüllen



Sofort

Antrag online unterschreiben



Sofort

Wir reichen den Antrag elektronisch bei der Kasse ein



Nächster Werktag

Ihre Pflegehilfsmittel gehen in den Versand

*Stand vom 13.04.2017

Jetzt Pflegehilfsmittel kostenfrei sichern unter: www.sanubi.de/dieZeit



FAHNENMEER

Am Nationalfeiertag wird nicht mehr der Revolution, sondern der Einheit des Volkes gedacht: Straßenumzug in Moskau am 4. November 2016

erst unter Michail Gorbatschow nach. In seiner Zeit wurde 1988 öffentlich der tausendjährigen Christianisierung gedacht. Seither weitete die Kirche beharrlich ihren Einfluss aus, bis sie unter Putin zum sakralen Rückgrat des Staates wurde. »Wir fühlen uns als Teil dieses großen einheitlichen Organismus«, sagt Vater Wsewolod Tschaplin, Sprecher der Kirche, am Rande der Ausstellung: »Es ist eine Symphonie der Gewalten.« Eine erneute Indienststellung des Glaubens kann Tschaplin nicht erkennen. »Wir Russen unterwerfen uns nur dem Evangelium.«

Die Tschaplin-Schau hat zwei wichtige Botschaften: Erstens, nationale Uneinigkeit führt zu territorialen Verlusten. Zweitens, Revolutionen sind von außen organisiert. Als die Ausstellung 2014 öffnete, stand Tschaplins Dienstherr, Patriarch Kyrill, in der Uspenski-Kathedrale des Kremls vor dem Volk und sprach: »Russland hat sich nie vor dem äußeren Feind gefürchtet, wir haben immer gesiegt, auch wenn wir geschwächt waren.« Die Schwäche hatte stets einen Grund: *rasdroblennost* – Zersplitterung. Gemeint sind Aufstände und Revolutionen, 1917 zum Beispiel, die Bolotnaja-Proteste bei Putins Wiederwahl zum Präsidenten 2011/12 oder der Maidan-Protest in Kiew ab November 2013.

Die christlich-orthodoxe Ausstellung zeigt die Tradition des inneren Zerfalls über die Jahrhunderte. Eine große Karte offenbart die Ursachen: Bereicherung von Familien, die den Staat ausplündern, Entfremdung der Bürger, Zwist zwischen Machtzentren, Opposition, Widerspruch, Brudermord. Die Folge: Wenn der Staat schwach war, zerbrach das Land. Um das zu erläutern, bietet die Ausstellung mehrere Karten mit einer Skala, die eine Quadratkilometerzahl zeigt: einem »Territoriumeter«. Es soll dokumentieren, wie die Ausdehnung Russlands beharrlich wuchs, von der Christianisierung unter Fürst Wladimir I. bis zu Iwan dem

Schrecklichen, von Peter dem Großen bis zu Stalin. Es zeigt auch die Rückschläge: im 12. Jahrhundert, als sich die russischen Fürstentümer stritten, in den Wirren Anfang des 17. Jahrhunderts und in der Zeit nach der Revolution von 1917. »Russland verlor den Ersten Weltkrieg, weil es in Chaos und Streit versank«, steht auf einer Tafel zu lesen. Dabei habe, so die Geschichtsklitterung, damals die ganze Welt Russland angegriffen.

Solche Bilder haben vor allem mit den Traumata der regierenden russischen Eliten zu tun. Für Putin war der Zerfall der Sowjetunion »die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts«. Für Tschaplin geht es um »das Jahrhundert der Staatsstiche«. Die Tschaplin-Ausstellung gemahnt deshalb auch an die frühen neunziger Jahre, in denen die Sowjetunion in 14 Staaten und noch mehr Rumpfterritorien zerfiel. Jeder, der das Territoriumeter betrachtet, sieht, dass Russland 2014 erstmals seit 1945 wieder gewachsen ist. Um die Krim. Putin und der Einheit des Volkes sei Dank.

Doch Russlands Glück habe auch viele Feinde. Tschaplins Ausstellung widmet ihnen einen ganzen Saal und einen Film. Dort ist zu erfahren, dass die Februarrevolution eigentlich eine »Farbenrevolution« gewesen sei. Das ist das russische Codewort für einen von außen organisierten Putsch, es wird auf die Umstürze in der Ukraine und Georgien vor einem Jahrzehnt, aber auch auf die arabischen Aufstände angewendet. Die Februarrevolution 1917 sei von Freimaurern organisiert und von den Engländern bezahlt worden. Der englische Botschafter habe Anfang 1917 Geld auf den Straßen St. Petersburgs verteilen lassen, um das Volk zu verführen. Das passt zu der Lesart, dass sich schon die russischen Revolutionäre des Jahres 1905 von Japan bezahlen ließen. Japan war damals der Kriegsgegner Russlands.

Lenins Oktoberumsturz 1917 folgte aus Sicht der Kirche und vieler Politiker demselben Skript. Die Deutschen führten Krieg gegen Russland, sie organisierten Lenins Rückkehr aus dem Exil. Das ist an sich nicht falsch. Aber die Schlussfolgerung ist überzogen: Nur weil Lenin sich von den Deutschen aushalten ließ, habe er die Provisorische Regierung stürzen können. Demnach bezahlte er die Deutschen mit der Unterschrift im Frieden von Brest-Litowsk. Damals musste Russland einen großen Teil seiner Territorien in Ostmitteleuropa abtreten. Merke: Revolutionäre handeln nicht aus eigenem Antrieb, auch nicht fürs Volk – sie sind vom Ausland bezahlte Agenten.

Betrachtet man die massive Verurteilung der Revolution von 1917 durch Politiker, Spindoktoren und die Kirche, könnte man denken, das Gedenken von 2017 müsse zu einem historischen Begräbnis der Revolution werden, ewige Verdammnis der Ereignisse stehe auf dem Programm. Doch paradoxerweise sieht es danach bisher nicht aus.

Per Dekret hat Wladimir Putin im Dezember 2016 eine Historikerkommission einberufen. Sie soll das Gedenken vorbereiten. »Lasst uns daran erinnern, dass wir *ein* Volk sind und *ein* Russland haben«, sagte Putin bei der Eröffnung trocken. »Wir brauchen die Lehren der Geschichte vor allem, um die Öffentlichkeit zu versöhnen und die politische und gesellschaftliche Einheit zu stärken, die wir heute erreicht haben.« In diesen Worten lag eine politische Vorgabe, aber keine Verurteilung. Der Vorsitzende der Kommission, Auslandsgeheimdienstchef Sergej Naryschkin, wurde schon deutlicher. Er warnte vor dem »Export verschiedener revolutionärer Techniken in alle Regionen unseres Planeten«, war sich aber

sicher, dass »die russische Gesellschaft gegen diese Techniken sicher geimpft« sei. Doch die Historikerkommission macht bisher nicht sonderlich von sich reden. Es fehlt die feste ideologische Führung, wie man sie von Leuten erwartet hätte, die Revolutionen fürchten und Revolutionäre hassen. Woher kommt die Unentschlossenheit?

Sie liegt wohl auch darin begründet, dass Putin und Naryschkin Umfragen lesen. Und die beinhalten schlechte Nachrichten für Lenin-Kritiker. Nach Erhebungen des Lewada-Zentrums steigt Lenins Popularität in Russland Jahr um Jahr. Während 2006 nur 40 Prozent der Russen Lenin als positive Figur sahen, wuchs dieser Prozentsatz bis 2016 auf 53 Prozent. Sehr negativ sehen ihn nur noch fünf Prozent, das ist der niedrigste Wert seit dem Untergang der Sowjetunion. Aller offiziellen Kritik, allen Ausstellungen und allem Stalin-Kult zum Trotz: Lenin bleibt für eine Mehrheit der Russen ein Held.

Am positivsten sehen ältere, über 55-jährige Russen den Revolutionär – vor allem Rentner, Menschen mit geringer Bildung, niedrigem sozialem Status und geringem Einkommen. Das sind genau jene Schichten der Bevölkerung, bei denen auch Putin höchste Popularität genießt. Lenin und Putin haben also, bei allen ideologischen Gegensätzen, dieselben Fans. Putin aber will sich im nächsten Jahr wiederwählen lassen. »Warum sollte er diese Menschen mit kräftigen antirevolutionären Aussagen verärgern?«, fragt die Historikerin Ljudmila Nowikowa von der Hochschule für Wirtschaft in Moskau. Der Präsident hält sich lieber mit Kritik an seinem sowjetischen Vorgänger zurück.

Vieles spricht im vierten Monat des Erinnerungsjahres für einen sehr vorsichtigen Umgang mit Lenin und der Revolution. Eher stille Verdrängung als krachende Verdamnis. Putin könnte sich dafür den sowjetischen Generalsekretär Leonid Breschnew als Vorbild nehmen. Die Historikerin Juliane Fürst hat jüngst die Revolutionsfeiern 1977 untersucht. Das war jene Zeit, die von älteren Russen als die goldene Zeit der Sowjetunion erinnert wird. Das Leben war geordnet und überschaubar, das Land einflussreich und unangreifbar, der Gastronom-Laden voller Wurst- und Käsesorten. Zum Jahrestag der Revolution 1977 erwähnte die *Prawda* die Gedenkfeiern noch nicht einmal, sagt Juliane Fürst. Die Erinnerung an Lenin wurde verdrängt, stattdessen rückte die Glorifizierung des Sieges über Hitlerdeutschland ins Zentrum sowjetischen Gedenkens. In den Breschnew-Jahren der Stagnation konnte man auf eine dramatische Vergangenheit zurückblicken, die man selektiv verherrlichte. Ansonsten richtete man sich in der überraschungslosen Gegenwart ein. Eine Zukunft war nicht vorgesehen.

In Putins Russland sieht es ähnlich aus. Die Geschichte wird eingefroren in Ausstellungen und griffigen Warnungen vor Zersplitterung und Chaos. Das konservativ-autoritäre Regime will das Land und seine Bürger vor unangenehmen Überraschungen und Farbenrevolutionen schützen. Revolution ist ein heikles Thema, spaltend, aufreizend, berauschend. Wer wenig darüber spricht, heizt die Sache nicht weiter an. Über 1917 wird man im westlichen Ausland am Ende womöglich mehr diskutieren als in Russland selbst. Für Putin wird es am besten sein, wenn das Gedenkjahr möglichst still und unfallfrei vorübergeht. ■

MICHAEL THUMANN ist Außenpolitischer Korrespondent der ZEIT



WIR ZEIGEN KUNST.

Die WELTKUNST, das Kunstmagazin aus dem Hause der ZEITUNG, bietet opulent bebilderte Kunstgeschichten von der Antike bis zur Gegenwart. Dazu finden Sie Berichte aus der Museumswelt, das Wichtigste von Handel und Auktionen sowie News der zeitgenössischen Szene. Für Kunstkenner und alle, die es werden wollen. Entdecken Sie WELTKUNST, indem Sie zwei Ausgaben kostenfrei bestellen.

Testen Sie jetzt zwei Ausgaben der WELTKUNST:

🌐 www.weltkunst.de/kennenlernen

@ kundenservice@weltkunst.de

☎ +49-40/55 55 78 68

Bestellnr.: 1619205

Januar

12. 1. Hungerproteste in Hamburg-Harburg. Auch in anderen deutschen Städten fehlen den Menschen Nahrung und Heizmaterial. Die Zeit geht als »Steckrübenwinter« in die Geschichte ein.

22. 1. US-Präsident Woodrow Wilson fordert in seiner später berühmt gewordenen Rede, dass die Kriegsparteien einen »Frieden ohne Sieg« schließen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker achten.

Februar

1. 2. Deutschland kündigt an, den uneingeschränkten **U-Boot-Krieg** auf den Weltmeeren wieder aufzunehmen. Die USA brechen zwei Tage später als Reaktion darauf die diplomatischen Beziehungen zum Kaiserreich ab.

9. 2.-15. 3. Bei der Rückzugs-Operation »**Alberich**« hinterlassen deutsche Verbände an der Westfront verbrannte Erde: Sie zerstören Hunderte Dörfer in Frankreich, mehr als 100 000 Menschen werden zwangsevakuiert.

März

1. 3. Die »New York Times« veröffentlicht die **Zimmermann-Depesche**. Mit diesem Telegramm hat Deutschland im Januar 1917 versucht, Mexiko in einen Krieg gegen die USA zu drängen.

8. 3. (23. 2.)* In Petrograd läuten Demonstrationen von Arbeiterinnen die »**Februarrevolution**« ein: Das Kabinett des Zaren wird gestürzt. Es bilden sich eine Provisorische Regierung und ein Arbeiter- und Soldatenrat, der Sowjet.

15. 3. (2. 3.) Der russische **Zar Nikolaus II.** dankt ab, gedrängt von der Führung der russischen Armee. Die Provi-



sorische Regierung übernimmt die Macht; sie wird kontrolliert vom Petrograder Sowjet.

16. 3. Deutsche Verbände an der Westfront verschanzen sich nach ihrem Rückzug in der »**Siegfriedstellung**« östlich der Somme in Frankreich.

April

1. 4. Großbritannien erweitert das gesperrte Seegebiet, wodurch die **Blockade** gegen Deutschland verschärft wird.

* Alle Daten entsprechen dem gregorianischen Kalender. In Russland gilt bis 1918 der julianische Kalender (Daten in Klammern). Nach üblicher gregorianischer Zeitrechnung fällt die »Februarrevolution« in den März, die »Oktoberrevolution« in den November

6. 4. Die **USA** erklären dem Deutschen Reich den Krieg. Vier Tage zuvor hat Präsident Wilson im Kongress verkündet, die USA müssten die Welt »sicher für die Demokratie« machen.

6.-8. 4. In Gotha gründen sozialdemokratische Kriegsgegner die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (**USPD**) als Abspaltung von der SPD. Mitte des Monats kommt es in Berlin, Leipzig und anderen Städten zu Massenstreiks, weil die Bevölkerung hungert und Frieden will.

7. 4. In der »**Osterbotschaft**« verspricht Kaiser Wilhelm II., das Dreiklassenwahlrecht in Preußen zu reformieren.

9. 4. An der **Westfront** beginnen die Briten eine Offensive in der Nähe von Arras. Lenin bricht an diesem Tag von Zürich aus in einem versiegelten Bahnwaggon via Deutschland nach Russland auf.

16. 4. Start der **Nivelle-Offensive**: Die Franzosen greifen deutsche Stellungen an der Aisne und auf dem Chemin des Dames an – der Vorstoß scheitert. Mehr als 120 000 französische Soldaten sterben. Der Oberkommandierende Robert Nivelle wird im Mai gegen Philippe Pétain ausgetauscht.

16. 4. (3. 4.) Lenin erreicht Petrograd per Zug und ruft mit seinen »Aprilthesen« umgehend zum Sturz der russischen Regierung durch eine Revolution auf.

Mai

Von Ende April bis Anfang Juni meutern nach der gescheiterten Nivelle-Offensive französische Soldaten. Mehr als 3000 **Meuterer** werden vor Gericht gestellt, über 500 zum Tode verurteilt, aber die meisten später begnadigt.

Juni

7. 6. Unter den deutschen Stellungen bei der belgischen Stadt **Ypern** bringen die Briten ein eigens angelegtes Stollensystem mit mehr als 400 Tonnen Sprengstoff zum Einsturz. Die Explosionen sind gewaltig, bis zu 10 000 deutsche Soldaten sterben.

8. 6. Erste **US-Truppen** landen in Liverpool, etwas später marschieren sie durch Paris (Foto unten). Seit Mitte Mai werden junge Amerikaner zum Kriegsdienst eingezogen und für die Front ausgebildet.



13.6. Deutsche Bomber attackieren **London**. Es ist der erste Luftangriff bei Tag auf die britische Hauptstadt. Er fordert mehr als 150 Tote und über 400 Verletzte.

27.6. Auch **Griechenland** tritt der Entente bei und erklärt dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn, dem Osmanischen Reich und Bulgarien den Krieg.

29.6. (16.6.) Der russische Regierungschef **Alexander Kerenski** schickt Truppen an die Front in Galizien zum Angriff gegen die Mittelmächte. Die Offensive scheitert bereits nach drei Wochen und trägt zur Destabilisierung seiner Regierung bei.

Juli

6.7. Emir Faisals Beduinen, angeführt von **Lawrence von Arabien**, erobern das osmanische Akaba am Roten Meer.

13.7. Der deutsche Reichskanzler **Theobald von Bethmann Hollweg** reicht seinen Rücktritt ein. Neuer Kanzler wird Georg Michaelis.

16.7. (3.7.) Hunderttausende Demonstranten ziehen durch die Straßen Petrograds, aufgewiegelt von den **Bolschewiki**. Die Provisorische Regierung beendet die Unruhen durch den Einsatz eines Garderegiments. Lenin flieht nach Finnland.

19.7. Eine Mehrheit im deutschen Reichstag stimmt für eine **Friedensresolution**, die auf eine Initiative des Zentrums-Abgeordneten

Matthias Erzberger zurückgeht. Die Resolution fordert einen »Verständigungsfrieden« ohne Annexionen.

31.7. Die Briten greifen bei Ypern an. Die Kämpfe dauern bis Mitte November und werden bekannt als Dritte **Flandernschlacht** oder Battle of Passchendaele – nach einem belgischen Dorf, das völlig zerstört wird.

August

16.8. Angriffe der Franzosen und Briten an der **Westfront**, die weitgehend ohne Ergebnis bleiben. Lediglich das Dorf Langemarck nördlich von Ypern können die Briten erobern.

September

2.9. Alfred von Tirpitz und Wolfgang Kapp gründen die **Deutsche Vaterlandspartei**, die innenpolitische Reformen ablehnt und auf einen »Siegfrieden« setzt.

3.9. Im Baltikum überqueren deutsche Truppen die Düna und erobern **Riga**.

Oktober

12.10. Beginn der »**Operation Albion**«: Deutsche Verbände besetzen die estnischen Inseln Saaremaa, Hiiumaa und Muhu.

24.–27.10. Nach der zwölften **Isonzoschlacht** bei Caporetto drängen die Mittelmächte die



Italiener bis kurz vor Venedig zurück. 13 000 italienische Soldaten sterben, 300 000 geraten in Gefangenschaft.

31.10. Reichskanzler **Georg Michaelis** tritt zurück. Graf Georg von Hertling übernimmt das Amt.

November

1.11. Britische Truppen unter General Edmund Allenby erobern **Gaza**, drei Wochen später Jaffa und Tel Aviv.

2.11. Der britische Außenminister unterstützt mit der **Balfour-Deklaration** eine Heimstatt für das jüdische Volk in Palästina. Der Landstrich ist noch Teil des Osmanischen Reichs.

7.11. (25.10.) Die Bolschewiki putschen sich unter Lenins Führung in der »**Oktoberrevolution**« an die Macht: Sie stürzen die Provisorische Regierung und bauen ein Räteregime auf. Ende November nimmt Deutschland mit der neuen russischen Regierung Verhandlungen über einen Separatfrieden auf.

14.11. **Georges Clemenceau** wird französischer Regierungschef und Kriegsminister.

20.11. Schlacht bei **Cambrai**: Großangriff britischer Panzer gegen die »Siegfriedstellung«. Durch ihre Gegenoffensive gelingt es den Deutschen zehn Tage später, verlorenes Gebiet zurückzuerobern.

Dezember

6.12. In **Halifax** an der Ostküste Kanadas kollidiert der norwegische Frachter »Imo« mit dem französischen Munitionsschiff »Mont Blanc«, dessen Ladung explodiert. Es ist eine der größten nichtnu-



klaren Explosionen der Geschichte: Fast 2000 Menschen sterben, Tausende werden verletzt. **Finnland** erklärt seine Unabhängigkeit vom Russischen Reich.

11.12. Die Briten ziehen in **Jerusalem** ein, nachdem die letzten Verbände der Türken und der Mittelmächte die Stadt verlassen haben.

15.12. In **Brest-Litowsk** schließen die Mittelmächte und Russland einen Waffenstillstandsvertrag.

18.12. Um Kriegspropaganda zu betreiben, wird in Berlin die Universum Film AG gegründet, die späterhin so berühmte **Ufa**.

Gesamtdarstellungen

Jörn Leonhard

Die Büchse der Pandora

Geschichte des Ersten Weltkriegs
Der Autor leuchtet souverän die Zeit zwischen 1914 und 1918 aus und zeichnet ein vielschichtiges weltweites Panorama des Umbruchs. Ein Buch, das Maßstäbe setzt
C. H. Beck, 5. Auflage, München 2014; 1168 S., 38,- €



Herfried Münkler

Der Große Krieg

Die Welt 1914–1918
In seiner Gesamtschau des Ersten Weltkriegs legt der Politikwissenschaftler einen Schwerpunkt auf die Strategie der Mittelmächte und auf die Militärgeschichte
rororo Taschenbuch, Reinbek 2015; 928 S., 16,99 €

Adam Tooze

Sintflut

Die Neuordnung der Welt 1916–1931
Im Mittelpunkt dieses Buches aus der Feder des britischen Wirtschaftshistorikers steht die Rolle der Vereinigten Staaten im Krieg und in der Nachkriegszeit
Siedler, München 2015; 720 S., 34,99 €

Russland

Manfred Hildermeier

Geschichte der Sowjetunion 1917–1991

Das Standardwerk zur Geschichte der Sowjetunion nimmt die Entwicklung von Partei und Politik, von Wirtschaft und Wertordnung in den Blick
C. H. Beck, München 1998; 1206 S., antiquarisch. Eine überarbeitete Neuauflage erscheint im Herbst

Orlando Figes

Russland. Die Tragödie eines Volkes

Die Epoche der Russischen Revolution 1891–1924
Wie hat der liberale Fürst die Revolution erlebt, wie der General und wie der einfache Soldat? Ein lebendiges Bild des russischen Revolutionszeitalters, beruhend auf Augenzeugenberichten
Berlin Verlag Taschenbuch, Berlin 2014; 980 S., 26,99 €



Robert Service

Lenin. Eine Biographie

Auch 17 Jahre nach ihrem Erscheinen in Deutschland immer noch die beste Biografie des Revolutionärs
C. H. Beck, München 2000; 680 S., antiquarisch

Catherine Merridale

Lenins Zug

Die Reise in die Revolution
Detailreiche Schilderung der berühmten Zugfahrt von Zürich nach Petrograd in Form einer historischen Reportage. Fast nebenbei gelingt der Londoner Historikerin eine Charakterstudie Lenins
S. Fischer, Frankfurt am Main 2017; 384 S., 25,- €



Heiko Haumann (Hrsg.)

Die Russische Revolution 1917

Ein Band mit Aufsätzen zu verschiedenen Facetten der Revolution – von den Ereignissen in der russischen Provinz bis zu den weltweiten Reaktionen
Böhlau, 2. Auflage, Köln 2016; 218 S., 17,99 €

Deutsches Historisches Museum, Schweizerisches Nationalmuseum (Hrsg.)

1917. Revolution

Russland und die Folgen
Namhafte Historiker stellen in diesem deutsch-schweizerischen Gemeinschaftswerk die Frage, was heute noch an der Russischen Revolution interessiert
Sandstein, Dresden 2017; 200 S., 38,- €

USA

Manfred Berg

Woodrow Wilson

Amerika und die Neuordnung der Welt. Eine Biografie
Eine auf knappem Raum sehr gut erzählte und im Urteil ausgewogene politische Biografie des US-Präsidenten, die ein Schlaglicht auf die Epoche des liberalen Internationalismus wirft
C. H. Beck Paperback, München 2017; 277 S., 16,95 €

Bernd Stöver

United States of America

Geschichte und Kultur von der ersten Kolonie bis zur Gegenwart
Das Buch schildert den Aufstieg einer Weltmacht, politisch, militärisch, kulturell. Einen Schwerpunkt legt es auf die Rolle von Minderheiten in den USA
C. H. Beck, 2., aktualisierte Auflage, München 2013; 763 S., 14,95 €



Stefan Bierling
Geschichte der amerikanischen Außenpolitik

Von 1917 bis zur Gegenwart
Ein Band über die Interessen und Akteure, die seit 100 Jahren die amerikanische Außenpolitik prägen
Becksche Reihe, 3. Auflage, München 2007; 280 S., 12,95 €

Deutschland

Manfred Nebelin

Ludendorff**Diktator im Ersten Weltkrieg**

Die Studie zeichnet auf reicher Quellenbasis ein Bild des Generals, der im Ersten Weltkrieg zum starken Mann in Deutschland aufstieg, massiven Einfluss auf die Politik nahm – und 1918 an der Dolchstoßlegende stricke
Siedler, München 2011; 752 S., 39,99 €



Thomas Flemming,

Bernd Ulrich

Heimatfront

Zwischen Kriegsbegeisterung und Hungersnot. Wie die Deutschen den Ersten Weltkrieg erlebten
Kriegsanleihen zeichnen, Schlange stehen vor der Bäckerei, den Kindern Puppen in Feldgrau unter den Weihnachtsbaum legen: Dieses Buch komponiert aus einer Vielzahl von Zeugnissen eine anschauliche und spannend zu lesende Geschichte des Kriegsalltags in Deutschland
Bucher, München 2014; 288 S., 4,99 €



Franz Walter (Hrsg.)

1917–2017:

100 Jahre Links

Vor einem Jahrhundert spaltete sich die SPD – zum Jahrestag fragen die Autoren, was die Gründung der USPD bewirkt hat

Indes. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2017; 144 S., 20,- €

Karl Hampe

Kriegstagebuch

1914–1919

Mustergültige Edition der Aufzeichnungen des Heidelberger Professors Karl Hampe. Der Band gibt einen tiefen Einblick in Alltag und Denken eines kaisertreuen Untertans während des Krieges *Oldenbourg, 2. Auflage, München 2007; 1020 S., 98,- €*



Kataloge und Bildbände

Mamoun Fansa,

Detlef Hoffmann (Hrsg.)

Lawrence von Arabien

Genese eines Mythos

In Aufsätzen, illustriert mit Landkarten und Fotografien, spürt der Begleitband zu einer Ausstellung in Oldenburg und Köln dem Mythos Lawrence von Arabien nach

Philipp von Zabern, Mainz 2010; 472 S., antiquarisch

Leonie Beiersdorf,

Sabine Schulze,

Dennis Conrad (Hrsg.)

Krieg und Propaganda 14/18

Der reich bebilderte Katalog zur Ausstellung im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe im Jahr 2014 zeigt in fünf Kapiteln, wie die Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg arbeitete *Hirmer, München 2014; 224 S., 34,90 €*



Stiftung Deutsches

Historisches Museum (Hrsg.)

Der Erste Weltkrieg in 100 Objekten

Ein Käfig für Brieftauben, ein Dolch für Seeoffiziere der kaiserlichen Marine, ein Aschenbecher aus Munitionsresten: Eindrücklich erzählen die Objekte aus den Beständen des Deutschen Historischen Museums vom Krieg an der Front, vom Alltag der Soldaten und von der Heimatfront *Theiss, Darmstadt 2014; 244 S., 24,95 €*



Zusammengestellt von der Redaktion

BILDNACHWEISE

Titel [M]: Selva/Leemage/ Fotofinder; Robert Hunt Library/Mary Evans/Interfoto; bridgeman

S. 3: Deutsches Historisches Museum, Berlin, Inv.-Nr.: Do 60/307

S. 4/5: Leone/ullstein bild; Vera Tammen für ZEIT Geschichte; Imperial War Museums, Inv.-Nr.: EPH 5677

S. 6–13: bridgeman (2); Photo 12/Studio X; Paul Castelnau/Ministère de la Culture – Médiathèque du Patrimoine, Dist. RMN-Grand Palais/bpk

S. 14–20: Hermann Historica/Interfoto (4); Zim101/Fotolia; Imperial War Museums, Inv.-Nr.: UNI 7930_1

S. 22/23: Pia Bublies für ZEIT Geschichte

S. 24–29 (Ausschnitte): Fine Art Images/Heritage Images/Getty Images; Bettmann/Getty Images; Popperfoto/Getty Images; bridgeman; Pictures From History/akg-images; Granger, NYC/Interfoto

S. 30–32: Berliner Verlag/ Archiv/dpa Picture-Alliance; Dietmar Katz/ Kunstbibliothek, SMB/ bpk; I. Desnica/Deutsches Historisches Museum, Berlin, Inv.-Nr.: P 90/14033

S. 33: Imperial War Museums, Inv.-Nr.: EPH 5677

S. 34–39: Russian Look/ imago; bridgeman; Granger, NYC/Interfoto; bridgeman; Austrian Archives/Imagno/ullstein bild

S. 40–43: Bundesarchiv, Bild 102-00159; AP Photo/Picture-Alliance; Topical Press Agency/ Getty Images; Pharcide/ Mary Evans/Interfoto

S. 44–49: Underwood and Underwood/National Geographic Creative; United Archives International/imago; The New York Times/Redux/laif; Chicago History Museum/ Getty Images; United Archives International/imago

S. 50/51: AP Photo/ Picture-Alliance; ÖNB/ picturedesk.com/Interfoto

S. 52–57: Heinrich Hoffmann/ullstein bild; akg-

images; SZ Photo; bpk; Arkivi/imago; Sammlung Rauch/Interfoto

S. 58–60: Scherl/SZ Photo (Ausschnitt); akg-images

S. 61 [M]: Historisches Museum Bielefeld/ LWL-Museumsamt für Westfalen

S. 62–65: IAM/akg-images; Robert Hunt Collection/Mary Evans/Interfoto; Württembergische Landesbibliothek/BfZ; Imperial War Museums, Inv.-Nr.: Q_006432

S. 66/67: adoc-photos/ Coll. O. Calonge/bpk

S. 68–73: Granger, NYC/ Interfoto; Alamy/Sourced Collection/mauritus images; Costa/Leemage/ Studio X; bridgeman; bpk

S. 74/75: Fernand Cuville/Bilderwelt/Roger-Viollet/Studio X

S. 76–78: Lebrecht/ culture-images; Granger, NYC/Interfoto (2); The National Army Museum/ Mary Evans/Interfoto; bpk; Granger, NYC/ Interfoto

S. 79: Thomas Bruns, Objekt: Deutsches Historisches Museum, Berlin

S. 80–87: bridgeman; ullstein bild; Granger, NYC/ Interfoto; bridgeman; ullstein bild; Coll. Michel Lefebvre/adoc-photos/ bpk; akg-images

S. 88–91: Culture Club/ Getty Images; Scherl/SZ Photo; United Archives/ ddp images

S. 92–94: Leemage/ imago; André Kertész/ Ministère de la Culture - Médiathèque du Patrimoine, Dist. RMN-Grand Palais/bpk; akg-images; bridgeman

S. 95: S. Ahlers/ Deutsches Historisches Museum, Berlin, Inv.-Nr.: AK 2013/123

S. 96–100: Mole & Thomas (3); privat

S. 102–107: United Archives/ddp images; ITAR-TASS/imago; Dmitry Ermakov/NurPhoto/ddp images

S. 108/109 (Ausschnitte): bridgeman; Scherl/ SZ Photo; Antiquariat Felix Lorenz/Interfoto; Maritime Museum of the Atlantic

S. 113: Arne Bellstorf für ZEIT Geschichte

S. 114: Scherl/SZ Photo (2)

IMPRESSUM

Herausgeber: Benedikt Erenz, Christian Staas, Dr. Volker Ullrich
Berater: Prof. Dr. Norbert Frei, Dr. Theo Sommer

Chefredakteur: Frank Werner

Redaktion: Judith Scholter

Redaktionelle Mitarbeit: Markus Flohr (fr.)

Grafik/Layout: Dietmar Dänecke (verantwortlich), Maret Tholen (fr.)

Bildredaktion: Andy Heller

Korrektur: Thomas Worthmann (verantwortlich)

ZEIT Geschichte

Zeitverlag Gerd Bucerius

GmbH & Co. KG

Buceriusstraße,

Eingang Speersort 1

20095 Hamburg

Telefon: 040 • 32 80-0

Fax: 040 • 32 71 11

E-Mail: DieZeit@zeit.de

Verlagsleitung: Sandra Kreft

Objektleitung: Malte Riken

Geschäftsführung:

Dr. Rainer Esser

Vertrieb: Nils von der Kall

Marketing: René Beck

Presse- und Öffentlichkeits-

arbeit: Silvie Rundel

Herstellung: Torsten Bastian

(verantwortlich), Helga Ernst,

Hartmut Neitzel

Repro: Andrea Drewes,

Hanno Hammacher,

Martin Hinz

Gesamtanzeigenleitung:

Matthias Weidling

Anzeigenleitung Magazine:

Maren Henke

Empfehlungsanzeigen:

iq media marketing GmbH

Gesamtanzeigenleitung:

Michael Zehentmeier

Anzeigenleitung: Anja Väterlein

Anzeigenpreise:

ZEIT Geschichte-Preisliste Nr. 10

vom 1. Januar 2017

Druck: Firmengruppe APPL,

appl druck, Wemding

Abonnement:

Jahresabonnement 24,60 €,

Lieferung frei Haus

(Auslandsabonnementspreise

auf Anfrage)

Abonentenservice:

Telefon: 040 • 42 23 70 70

Fax: 040 • 42 23 70 90

E-Mail: abo@zeit.de

Diese Ausgabe enthält in Teil-

auflagen Publikationen folgender

Unternehmen:

ARTE Magazin, 10888 Berlin

Pro-Idee GmbH & Co. KG,

52053 Aachen

RSD Reise Service Deutschland

GmbH, 80687 München

WBG (Wissenschaftliche Buch-

gesellschaft), 64281 Darmstadt

VERVOLLSTÄNDIGEN SIE IHRE SAMMLUNG

Entdecken Sie große historische Figuren und bedeutende Epochen der Weltgeschichte neu. Sichern Sie sich jetzt noch die begehrten letzten Hefte aus dem ZEIT GESCHICHTE-Archiv für Ihre persönliche Sammlung.



Wir sind das Volk
Bestell-Nr.: 30887
6,90 €*



Heilige Kriege
Bestell-Nr.: 30637
5,90 €*



Die Entdeckung der Natur
Bestell-Nr.: 30296
5,90 €*



Die neuen Deutschen
Bestell-Nr.: 30094
5,90 €*



Die Russen und wir
Bestell-Nr.: 6931
5,90 €*



Napoleons Ende
Bestell-Nr.: 6827
5,90 €*



1945
Bestell-Nr.: 6436
5,90 €*



Bismarck
Bestell-Nr.: 6338
5,90 €*



Die Kirche und ihre Ketzer
Bestell-Nr.: 6137
5,90 €*



Augustus
Bestell-Nr.: 6095
5,90 €*



Der Erste Weltkrieg
Bestell-Nr.: 3024
5,90 €*



Willy Brandt
Bestell-Nr.: 3146
5,90 €*



Richard Wagner
Bestell-Nr.: 3530
5,90 €*



Die Brüder Grimm
Bestell-Nr.: 3439
5,90 €*



Das Jahr der Revolte
Aufbruch der 68er
Bestell-Nr.: 6899
7,95€* (inkl. DVD)

EINFACH BESTELLEN UNTER:

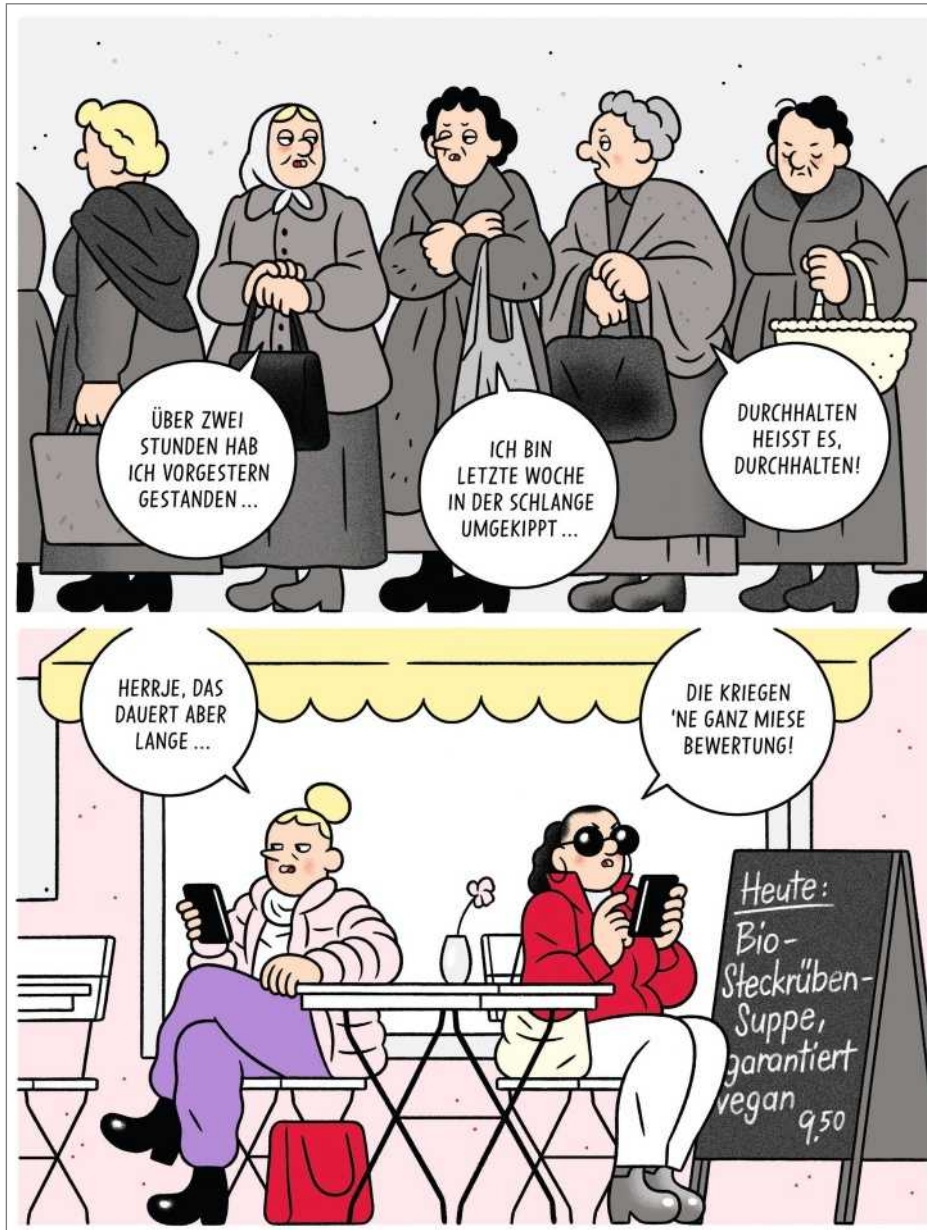
☎ 040/32 80-101 🌐 www.zeit.de/shop-zeitgeschichte

ZEIT Geschichte

*zzgl. 1,90 € Versandkosten

Anbieter: Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, Hamburg

Arne Bellstorf: Früher war alles besser



Gefälschte Wahrheit

Fake-News sind ein blühendes Genre – mit einer langen Tradition:
Ein Heft über politische Lügen und Verschwörungstheorien

Was ist Fake, was ist Fakt? Im Internet wuchern Verschwörungstheorien, Putins Propaganda lanciert Falschmeldungen, die Trump-Regierung entdeckt ihre Vorliebe für »alternative Fakten«. Die Lüge scheint übermächtig – was all jene bestärkt, die längst das »postfaktische Zeitalter« ausgerufen haben. Aber sind Fake-News tatsächlich ein neues Phänomen? Schon für Otto von Bismarck stand fest: »Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.« Von jeher gehören Lug und Trug zu den schärfsten Waffen der Politik, um Gegner zu diffamieren und die öffentliche Meinung zu manipulieren. Und schon immer war die Wahrheit das erste Opfer des Krieges. Unser nächstes Heft zeigt, wie folgenreich in der Geschichte gefälscht, getäuscht und erfunden wurde, wie neue Medien neue Möglichkeiten schufen – aber auch, welche Grenzen den Lügern gezogen waren.

ZEIT Geschichte
3/2017: Ab 22. August
am Kiosk



WO IST GOEBBELS?

Seit es Fotos gibt, werden sie manipuliert. In diesem Fall verschwindet ausgerechnet NS-Propagandaminister Joseph Goebbels aus dem Bild. Das Original zeigt ihn 1937 neben Hitler im Kreis von Mitgliedern der Familie Riefenstahl. Der Grund für die Retusche bleibt ein Rätsel: Vielleicht wollte Fotograf Heinrich Hoffmann der Filmemacherin Leni Riefenstahl (3. v. l.) eine angenehme Erinnerung an den Besuch in ihrem Garten schenken. Das Verhältnis zwischen ihr und Goebbels galt als gespannt

NEU

DIE NEUE ZEIT-WEINEDITION

6 erlesene Weine aus der Weinregion Franken



SPEZIALITÄTEN IM BOCKSBEUTEL

Aus Franken kommen heute die weltbesten Silvaner mit unverwechselbarem Charakter. In diesem Paket finden Sie drei mit unterschiedlichem Stil und einem starken Ausdruck des Terroirs von namhaften Winzern.

Dass Franken sich mittlerweile auch mit erstklassigen Rieslingen einen Namen gemacht hat, demonstrieren die im Paket enthaltenen Weine von Bürgerspital und Julius-Spital eindrucksvoll. Der Riesling Erste Lage Abtsleite vom Bürgerspital beispielsweise hat im aktuellen »Gault-Millau« mit 90 Punkten einen Spitzenwert erreicht und auch uns begeistert. Es bewegt sich was in Franken. So findet sich das anregende, ambitionierte Spiel mit Innovation und Tradition, das der

biodynamisch arbeitende Spitzenwinzer Ludwig Knoll vom Weingut am Stein zelebriert, nicht nur in seinen großartigen Weinen wieder. Das Weinland Franken vibriert und bleibt weiterhin im starken Aufwind!



Erfahren Sie mehr über die Spitzenwinzer und ihre Weine im exklusiven ZEIT-Begleitbuch

Sichern Sie sich die neue ZEIT-Weinedition – zum Vorteilspreis von 69,95 €*. Viel Freude beim Entdecken und Genießen wünscht Ihnen das Team der ZEIT-Weineditionen.

6 AUSDRUCKSVOLLE WEINE

Erleben Sie exzellente Weine von hervorragenden Winzern, exklusiv zusammengestellt von der ZEIT.

IHR BEGLEITBUCH »FRANKEN«

Das ZEIT-Begleitbuch führt Sie zu allen 6 Weingütern. Begegnen Sie den Winzern in individuellen Porträts auf 64 Seiten in edler Hardcover-Ausstattung.

DAS GENUSSPAKET ENTHÄLT

Weltner Weingut, Sylvaner Gipskeuper, 2015 ¹
 Winzerhof Stahl, Silvaner Damaszener-Stahl, 2016 ²
 Weingut am Stein, Stettener Grauburgunder, 2016 ³
 Bürgerspital Weingut Würzburg, Riesling Abtsleite, 2015 ⁴
 Weingut Julius-Spital, Würzburger Riesling, 2016 ⁵
 Weingut Rudolf May, Retzstadter Langenberg, Silvaner, 2015 ⁶
 64-seitiges ZEIT-Begleitbuch

Jetzt bestellen: shop.zeit.de/franken @zeitshop@zeit.de ☎ 040/3280-101

ZEIT  EDITION WEIN

* zzgl. Versandkosten. ¹ Hersteller: Weingut Weltner; 12,5 Vol. %; Allergenhinweis: enthält Sulfite • ² Hersteller: Winzerhof Christian Stahl; 12,5 Vol. %; Allergenhinweis: enthält Sulfite • ³ Hersteller: Weingut am Stein; 12 Vol. %; Allergenhinweis: enthält Sulfite • ⁴ Hersteller: Bürgerspital zum Hl. Geist, Weingut; 13,5 Vol. %; Allergenhinweis: enthält Sulfite • ⁵ Hersteller: Weingut Julius-Spital; 12,5 Vol. %; Allergenhinweis: enthält Sulfite • ⁶ Hersteller: Rudolf May; 13 Vol. %; Allergenhinweis: enthält Sulfite. Anbieter: Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, Hamburg

Heimat Dönhoffs

Auf den Spuren der Gräfin

Begeben Sie sich im ehemaligen Ostpreußen, dem heutigen Polen und Kaliningrad/Königsberg, auf die Spuren von Marion Gräfin Dönhoff. Sie besuchen die Redaktion des »Königsberger Express« und erleben die einmalige Landschaft der Kurischen Nehrung. Erhalten Sie einen lebendigen Eindruck des historischen Ostpreußens sowie der neuesten Entwicklungen der Region. Der Journalist und ZEIT-Reiseleiter Janusz Tycner, den die Gräfin einst persönlich als Stipendiaten der Dönhoff Stiftung auswählte, begleitet Sie.

Termine: **29.5. – 6.6. | 23. – 31.7.2017**

Ansprechpartnerin: **Jana Wiepcke**

Preis: **ab 1.740 €**

☎ **040/32 80-496**

🌐 **www.zeitreisen.zeit.de/doenhoff**

In Kooperation mit: **DUMONT** REISEVERLAG **HanseMerkur** Reiseversicherung AG **Moza ce we fotobuch** (Kunst erleben)



Niederschlesien

Lernen Sie die deutsch-polnische Geschichte kennen. Erleben Sie Kunstgeschichte im prachtvollen Breslau, Kulturhauptstadt 2016, und erhalten Sie exklusive Einblicke ins Alltagsleben.

10 Tage ab 1.690 €



Ostpreußen

Erkunden Sie mit dem Fahrrad die Landschaftsvielfalt des ehemaligen Ostpreußens. Freuen Sie sich auf das barocke Vilnius, das moderne Kaliningrad und die Hansestadt Danzig.

9 Tage ab 1.495 €



Galizien

Erleben Sie die kulturelle Vielfalt Galiziens mit dem quirligen Krakau und zahlreichen Künstlern. Entdecken Sie geschichtsträchtige Orte und den Charme Lembergs.

10 Tage ab 1.590 €